

MEMO-FORUM

**Zirkular
der
«Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik»**

Nr. 2

Bremen, Februar 1984

INHALT

Lösungsvorschläge zur Bewältigung der bundesdeutschen Agrarkrise
(Arbeitskreis alternative Agrarpolitik)

S. 3

Gewinne und Sachinvestitionen der Unternehmen im Lichte neuerer empirischer Informationen
(Gerd Brosius/Rudolf Hickel)

S. 18

Arbeitszeitverkürzung, voller Lohnausgleich und Lohnquote - ein Nachtrag
(Rudolf Hickel)

S. 32

Diskussionsforum

Kritik der Rüstungsexpansion in der BRD und Alternativen der Wirtschaftspolitik - Zur politisch-ökonomischen Begründung der Abrüstungsforderung im MEMORANDUM
(Hans-Peter Kremer/Werner Maßeling)

S. 35

Anhang: Literaturauswahl zum Verhältnis von Ökonomie und Rüstung

S. 45

Berichte

Sachverständ im Bundestag
(Michael Ernst-Pörksen)

S. 50

Der SVR und sein Öffentlichkeitsverständnis

S. 56

Veröffentlichungsübersicht zu einzelnen Themenschwerpunkten (Sozialpolitik - Arbeitsmarktpolitik/Arbeitszeitverkürzung

S. 60

MITTEILUNGEN

Das Interesse an unserem neuen Zirkular war deutlich größer als erwartet. Die erste Auflage des MEMO-FORUM Nr. 1 von über 600 Exemplaren war bereits nach einigen Wochen vergriffen. Nach anfänglichem Zögern ist der Be schluß zu einer erneuten Auflage gefaßt worden. Das MEMO-FORUM 1 kann somit auch weiterhin bezogen werden (siehe den Bestellabschnitt am Ende des Heftes).

Die nächste Ausgabe des MEMO-FORUM ist zur Jahresmitte vorgesehen. Beiträge, Diskussionspapiere, Berichte oder Leserbriefe und Stellungnahmen müssen daher bis Ende Mai - nach Möglichkeit aber auch schon früher - an unsere Kontaktadresse gesendet werden.

Auch der Absatz des MEMORANDUM '83 und insbesondere die eigenständige Veröffentlichung des darin enthaltenen Sonderbeitrages '35 Stunden sind genug!' hat neue Dimensionen erreicht. Wie uns der Pahl-Rugenstein Verlag mitgeteilt hat, sind von dem Buch zur Arbeitszeitverkürzung inzwischen über 35 000 Exemplare und vom gesamten MEMORANDUM '83 über 7 000 Exemplare verkauft worden.

Im Augenblick wird von den Mitarbeitern/innen unserer Arbeitsgruppe das MEMORANDUM '84 fertiggestellt. Anfang April wird es - wie in den letzten Jahren - an potentielle Unterzeichner/innen aus dem wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Bereich versendet.

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
Postfach 33 04 47, 2800 Bremen 33

v.i.S.d.P.: Axel Troost

Bankverbindungen: Axel Troost-Sonderkonto, Postscheckamt Hamburg,
Konto-Nr.: 1000 11-203

für Daueraufträge zur Finanzierung der halben
Mitarbeiterstelle:

Axel Troost-Sonderkonto, Postscheckamt Hamburg,
Konto-Nr.: 2184 74-201

Arbeitskreis alternative Agrarpolitik

LÖSUNGSVORSCHLÄGE ZUR BEWÄLTIGUNG DER BUNDESDEUTSCHEN AGRARKRISE

1. Hauptkonflikte der Agrarpolitik

1.1. Zunehmende soziale und ökonomische Zwänge

Die häufig betonte Arbeitsplatzsicherheit der meisten Bauern reduziert sich bei genauerer Betrachtung darauf, daß der einzelne Bauer entscheiden kann, ob er, mit immer weniger Einkommen bei weiterer Verschuldung seines Hofes, die Aufgabe seines Betriebes noch hinauszögert oder bei geeigneter alternativer Arbeitsmöglichkeit vorverlegt.

Zwischen 1949 und 1981 sank die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1,6 Mio auf 0,8 Mio. Die Schätzungen für den weiteren Rückgang der Betriebe liegen zwischen 1 - 3% pro Jahr, d.h. um die Jahrhundertwende dürfte es wohl nur noch ca. 250 000 Vollerwerbsbetriebe geben.

Die sozialökonomischen Schichten der Landwirtschaft sind von diesem kapitalistischen Differenzierungsprozess unterschiedlich betroffen. Landarbeiter und die Familien von klein- und mittelbäuerlichen Betrieben sind besonders benachteiligt. Unzureichende Boden- und Kapitalausstattung, hohe Verschuldung, geringes Einkommen, starke Arbeitsbelastung und verminderte außerlandwirtschaftliche Verdienstmöglichkeiten sind hier kennzeichnend.

Demgegenüber weiten Großbauern und Agrarkapitalisten ihre Flächen- und Marktanteile beständig aus; wenn auch die Kapitalkonzentration hier immer noch erheblich geringer ist als in der Industrie.

1.2. Wachsende Spannungen auf den Agrarmärkten

Die langjährige Strategie der Agrarproduzenten, durch Ausweitung des Produktvolumens den Betrieb rentabel zu führen, wird für die Masse der Betriebe zunehmend schwieriger. Unter den Bedingungen tendenzieller Überproduktion und sinkender Massenkaufkraft führt der fehlende Markteinfluß der Landwirte zu einer verschärften zwischenbetrieblichen Konkurrenz und somit sozioökonomischer Differenzierung. Der anhaltende Rückgang des Verzehrs wertvoller Nahrungsmittel wie Butter und Fleisch in der Bundesrepublik Deutschland zeigt außerdem, daß die Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung auch in hochindustrialisierten Ländern auf den Nahrungsmittelverbrauch einschränkend wirken kann. Absatzschwierigkeiten der Nahrungsmittelkonzerne drücken dann auf die Erzeugerpreise. Gleichzeitig wächst die Handelsspanne weiter. Nicht zuletzt belastet die wachsende Konkurrenz um Weltmarktanteile den Agrarhandel, insbesondere zwischen der EG und den USA. Fehlende Kaufkraft in den Entwicklungsländern und Profitorientierung des Exports verhindern einen Ausgleich

zwischen Überfluß und Hunger.

Einzelbetriebliche Strategien der Selbstvermarktung und eine stärkere Ausnutzung betriebseigener Potentiale bei verringertem Zukauf industriell erzeugter Produktionsmittel werden zunehmend als Alternativen erwogen.

1.3. Umweltkonflikte

Agrarische Naturnutzung wirkt nie naturerhaltend oder gar -verbessernd, sondern stets verändernd. Sie ist z.T. mit ernsten Umweltschäden verbunden. Es ist mittlerweile umstritten, daß besonders landwirtschaftliche Produktion nach 1945 Böden, Wasser, Atmosphäre und vor allem Tier- und Pflanzenarten belastet bzw. gefährdet. Zeit- und gebietsweise werden ökologische Grenzen überschritten. Keine sozioökonomische Schicht und kein Betriebssystem kann per se als umweltfreundlich gelten.

1.4. Agrarkrise als Teil der allgemeinen Gesellschaftskrise

Entsprechend der umfassenden politischen und wirtschaftlichen Integration der Landwirtschaft in das bundesdeutsche Gesellschaftssystem, verstärkt die Agrarkrise die allgemeinen Probleme, wie umgekehrt diese insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit in ländlichen Räumen den Agrarsektor beeinflussen. Emissionen von Haushalten, Industrie und Verkehr sowie deren Landbedarf beeinträchtigen die Agrarerzeugung erheblich. Auch wird die staatliche Agrarpolitik mit einem außerordentlich hohen preis- und marktpolitischen Aufwand betrieben, ohne tatsächlich auf der Erzeugerstufe anzusetzen.

2. Vier agrarpolitische Wege

Heutige Debatten über verschiedene Aspekte der Agrarkrise stehen in einer langjährigen Tradition. Die agrarsozialen, -strukturellen, -marktpolitischen und -ökologischen Konflikte unterscheiden sich jedoch von früheren durch veränderte Quantitäten, polit-ökonomische und technologische Rahmenbedingungen sowie durch neue Begriffe. Sie werden gegenwärtig auch deshalb intensiver diskutiert, da mit der Agrarförderung stets grundsätzliche politische Entscheidungen, z.B. des Bodenrechts oder der Eigentumsstruktur, verbunden sind. Darüberhinaus ist die Landwirtschaft seit je ein Bereich, in dem sich auch gesellschaftspolitische Alternativen, insbesondere ein Ausgleich zwischen Mensch und Natur, am ehesten vorstellen lassen und realisierbar erscheinen.

Zunehmend werden allgemein, aber auch von Landwirten selbst, die bisherigen Stützen der Agrarpolitik (wissenschaftlich-technischer Wandel, einzelbetriebliche Rentabilitätssteigerung durch Erhöhung des Produktionsvolumens, Strukturwandel sowie

staatliche Intervention mit preis- und marktpolitischem Schwerpunkt) hinterfragt. Daher werden vermehrt die beiden systemimmanen Lösungsansätze entweder marktwirtschaftlicher Elemente oder Ausweitung staatlicher Eingriffe diskutiert und je nach Standort unterschiedlich beantwortet. Gegenwärtig gültige ökonomische und politische Grundsätze sollen dabei weitgehend unverändert bleiben. Eine kleine, aber wachsende kritische Öffentlichkeit stellt dagegen auch die Prämissen in Frage und fordert zumeist eine ökologische, seltener eine systemkritische Wende der Agrarpolitik. Bei allen vier Strömungen wird die agrarpolitische Umorientierung als ein Teil veränderter Gesellschaftspolitik verstanden.

2.1. Mehr Markt?

In der praktischen und wissenschaftlichen Agrarpolitik wird die enge Wechselbeziehung zwischen Staat und Ökonomie selbst nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Umstritten ist hingegen, ob staatliche Maßnahmen eher der Privatinitiative dienen oder selbst einen aktiven Gestaltungsauftrag wahrnehmen sollen.

Eine betont marktwirtschaftliche Position sieht die Ursachen der Agrarkrise vor allem in Anpassungsdefiziten staatlicher Maßnahmen (Willer und Haase, 1982 und Professorenkritik zit. in Hessenbauer, Nr. 30, S. 8).

Die hieraus abgeleiteten Forderungen zielen deshalb auf folgendes ab:

- Senkung der Erzeugerpreise
- Erhöhung des Agrarexports und des Binnenverbrauchs
- Beschleunigung des Strukturwandels
- Verstärkte Unternehmenskooperationen
- Rückzug aus agrarischen Problemgebieten
- Liberalisierung des Boden- und Pachtrechts
- Abbau der Subventionen
- Ausbau des Agrarkreditprogramms
- Dominanz des Verbraucherprinzips
- Schaffung eines Marktes für Verschmutzungsrechte

Das Leitbild dieser Agrarpolitik ist die offene Agrarstruktur, mit einem Nebeneinander von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben, wobei der Schwerpunkt deutlich zugunsten industrieähnlicher Vollerwerbsbetriebe verschoben werden soll.

Gilt es, soziale, wirtschaftliche und ökologische Belange gleichermaßen positiv zu entwickeln, ist diese monetaristisch orientierte und das Subsidiaritätsprinzip betonende Lösung überaus fragwürdig. So ließe verstärkter Wettbewerb kaum einen Abbau der Überschüsse erwarten. Die Marktanteile der aufgebenden Betriebe würden sehr rasch durch die verbleibenden besetzt werden, wie z.B. die Erfolgslosigkeit staatlicher Begünstigungen zur Reduktion der Milcherzeugung (Mutterkuh- und Abschlacht-

prämie) zeigt. Außerdem bestehen auch bei Produkten mit geringer staatlicher Intervention (Obst, Gemüse, Wein, Geflügel, Eier) Überschüsse. Darüberhinaus dürften sich die Entvölkerung des ländlichen Raumes beschleunigen, die Umweltkonflikte zunehmen und innerlandwirtschaftliche Disparitäten weiter verstärken, wie im übrigen nicht bestritten wird.

Der propagierte Abbau relativer Überschüsse durch verstärkte Agrarexporte ist mit zahlreichen Problemen verbunden. Die intrasektoralen Ursachen der Überproduktion bleiben bestehen. Die Exporteure sind an einem direkten Abbau nicht interessiert, da diese entweder staatliche Subventionen oder niedrige Ankaufpreise garantieren, welche die Konkurrenzkraft auf dem Weltmarkt erhöhen. Aber auch die Möglichkeiten des Exportes werden durch Überschüsse auf dem Weltagrarmarkt erheblich eingeengt. Agrarexporte in Entwicklungsländer sind außerdem nur dann sinnvoll, wenn sie sich selbst mit der Zeit überflüssig machen. Schließlich verfügen hungernde Menschen nicht über die notwendige Kaufkraft und die betroffenen Länder selten über die nötigen Finanzierungsmöglichkeiten und Infrastrukturen (Thimm, 1978)

Auch drängen Entwicklungsländer, da sie außer Agrarprodukten zumeist nichts international vermarkten können, ihrerseits auf eigene Exportmöglichkeiten in Industrieländer. Die BRD ist als hochindustrialisiertes aber rohstoffarmes und exportorientiertes Land auf ausgewogene internationale Handelsbeziehungen angewiesen. Diese lassen sich nicht beliebig verändern.

Im Zentrum marktwirtschaftlicher Umweltpolitik steht das Verursacherprinzip. Seine grundsätzliche Problematik liegt darin, daß es die verschiedenen Interessen und Machtpositionen gesellschaftlicher Gruppen nicht wahrnimmt. Darüberhinaus verkennt es völlig das Problem der Marktbewertung von Umweltkonflikten, z.B. den Verlust einer Pflanzen- oder Tierart. Beide Aspekte tragen dazu bei, daß das Gemeinlastprinzip real immer noch bestimmt ist.

Auch manche ökologische Vorschläge wenden sich gegen einen wachsenden Einfluß des Staates. Im Gegensatz zu neoliberalen monopolistischen Lösungen der Agrarfrage setzen sie vornehmlich auf konkurrenzkapitalistische, einzelbetriebliche, allenfalls regionale Lösungsansätze. Agrarpolitisches Leitbild ist hier der mittelbäuerliche Familienbetrieb mit möglichst geringer Kapitalintensität und einem Verbund von Tier- und Pflanzenproduktion.

2.2. Stärkere staatliche Einflüsse?

Die Überzeugung, marktwirtschaftliche Mechanismen könnten die Agrarkrise nicht lösen, führt, je nach politischem Standort, zu drei staatsinterventionistischen Ansätzen. Die einen möchten das bisherige Planungsinstrumentarium konsequent mit

Hilfe von Quoten und Kontingenten für Produktionsmitteleinsatz und Erzeugung, Verbrauchersubventionierung zur Erhöhung des Binnenverbrauchs und verstärkter Raum- und Umweltplanung erheblich ausbauen. Diese Strategien erkennen zwar deutlich den sich zuspitzenden Gegensatz zwischen einzel- und volkswirtschaftlichen Interessen, stoßen jedoch an vier wesentliche Grenzen. Sie knüpfen erstens an den Symptomen, insbesondere Produktionsmengen an, nicht aber an den Ursachen; vor allem nicht an dem einzelbetrieblichen Rentabilitätsprinzip, an dem raschen technologischen Wandel, an der geringen Marktmacht der Landwirte und an der zunehmenden intra- und intersektorale Konkurrenz um Boden und Marktanteile.

Zweitens ist fraglich, ob die hierzu nötigen Kontrollen und Planungen durchführbar sind.

Drittens verkennt dieser Ansatz, daß die bisherige staatliche Agrarpolitik nicht nur Folge, sondern auch eine Ursache der aktuellen Konflikte darstellt. Daher ist die Forderung nach stärkeren staatlichen Einflüssen nicht nur juristisch und organisatorisch, sondern vor allem politisch problematisch, wenn sie nicht mit einem konkreten Interessensbezug formuliert wird. Die nunmehr hundertjährige Debatte um eine verbesserte Marktpolitik, die Bodenreform und später den Umweltschutz belegen eindeutig, daß mit dem Ruf nach staatlichen Maßnahmen allein die Probleme nicht zu lösen sind. Die Frage ist: Planung, zu welchem Zweck?

Von der Interessensgebundenheit institutioneller Maßnahmen geht der zweite staatsinterventionistische Ansatz aus: Nicht Fortsetzung, sondern Umorientierung staatlicher Eingriffe. Als Begründung gilt, daß das EG-Agrarsystem selbst einen wesentlichen Anreiz zur Überproduktion darstellt und von der bisherigen Politik Großbetriebe am stärksten profitieren. Der Grundgedanke des Lösungsansatzes besteht darin, "...die bisher in der Überschußfinanzierung gebundenen Mittel freizumachen und sie gezielt für die notwendige gesellschafts-, regional- und umweltpolitische Entwicklung ländlicher Räume einzusetzen" (J. Jordan, 1981, S. 3).

Dieser Vorschlag akzeptiert bestehende ökologische und politökonomische Konflikte und sieht auch in der staatlichen Agrarpolitik eine wesentliche Konfliktursache. Dementsprechend strebt er soziale, ökonomische und ökologische Ziele gleichermaßen an. Dieses reformistische Konzept besitzt jedoch Mängel. Es unterschätzt vor allem die ökonomischen Hintergründe der Agrarkrise, insbesondere das einzelbetriebliche Profitmotiv und die zwischenbetriebliche Konkurrenz sowie die intersektorale ökologischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Agrarbetriebe. Auch der Lösungsansatz ist vorläufig, da er die Interessensgebundenheit staatlicher Agrarpolitik unterschätzt und diese daher als wesentlich veränderbar ansieht. Ferner ist fraglich, ob damit die Überschüsse abgebaut würden, da nicht die Klein- und Mittelbetriebe, sondern die größeren Betriebe hauptsächlich für sie verantwortlich sind. Schließlich wird die Veränderungsbedürftigkeit der Klein- und Mittelbetriebe zu

wenig berücksichtigt. Ihre Probleme könnten durch staatliche Zahlungen allenfalls leicht übertüncht, nicht jedoch gelöst werden.

Eine dritte Form vermehrter staatlicher Eingriffe wird vom Forum der bundesdeutschen Agraropposition "Bauernblatt" vorgeschlagen. Gefordert wird eine aktive Agrarpolitik zugunsten der Klein- und Mittelbetriebe. In einem Sofortprogramm werden u.a. vorgeschlagen:

- Ein System gestaffelter Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse;
- Streichung des "Einzelbetrieblichen-Förderungs-Programms" zugunsten von Subventionen für Umschuldung, Existenzgründung, Umstellungshilfen für biologische Produktionsmethoden, Naturschutz und Direktvermarktungsförderung;
- verbesserte Bergbauernhilfe;
- verbesserter Pachtschutz;
- Gleichstellung der Bäuerinnen in der Sozialversicherung;
- Staffelung der Sozialversicherungsbeiträge zugunsten von klein- und mittelbäuerlichen Betrieben;
- Einschränkung der Futtermittelimporte.

Diese Forderungen sind an den aktuellen Problemen der meisten Bauern ausgerichtet. Ihnen liegt das Leitbild des mittelbäuerlichen Betriebes zugrunde und sie sind grundsätzlich auf den Erhalt der jetzigen Agrarstruktur orientiert.

Auch wenn eine Verwirklichung dieses Sofortprogramms die Sorgen zahlreicher Bauern spürbar lindern dürfte, sind doch einige Bedenken anzubringen. Zum einen ist der Staat hier ein fragwürdiger Adressat. Seine bisherige Politik war genau in die entgegengesetzte Richtung konzipiert: sie förderte immer nur, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die großen bzw. einkommensstärkeren Betriebe und deren Wachstum. Zum anderen ist das Leitbild des klein- und mittelbäuerlichen Betriebes aus sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und technologischen Gründen fragwürdig. Auch eine aktive Preispolitik kann dieses Problem nicht lösen. Es fehlt eine strukturelle Komponente in diesem Programm. Im übrigen übersieht dieses Programm auch den zwischenzeitlich erreichten Stand der Eingliederung der Landwirtschaft in das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der BRD und überschätzt die Bedeutung des Staates hinsichtlich seiner Einflußmöglichkeiten, Konkurrenz und Profitmaximierung entscheidend einzuschränken.

Schließlich fehlt auch ein Konzept zur Durchsetzung dieser Vorstellungen.

2.3. Ökologische Positionen

Allgemeine Grundlage ökologischer Positionen ist die Auffassung, der Mensch bzw. die gegenwärtige Gesellschaft wirtschaftet gegen die Natur und stoße an natürliche Grenzen, da ökologische Prinzipien mißachtet werden. Demzufolge käme es entscheidend darauf an, Produktion und menschliches Leben natürlichen Begrenzungen (Boden,

Energie, Rohstoffe, Bevölkerungszahl) und ökologischen Prinzipien (Vielfalt, Stabilität, Kreislauf) unterzuordnen. Den meisten agrarökologischen Positionen sind die Auffassungen gemeinsam, daß

- die Landwirtschaft letztlich ein besonderes Gewerbe ist, da es mit Hilfe von Biosystemen produziert und sich mithin letztlich politischen und ökonomischen Maßstäben entzieht,
- die heutige konventionelle Produktionsmethodik, insbesondere der Aufbruch der Betriebsmittelgemeinschaften und der Agrarchemikalieneinsatz weitgehend abzulehnen ist,
- reale Alternativen vor allem im Einzelbetrieb und dessen Erzeugungstechnik zu entwickeln sind,
- der bäuerliche Familienbetrieb agrarpolitisches Leitbild sein soll. Privateigentum und Lohnarbeit werden nicht abgelehnt.

Sie unterscheiden sich hingegen in Teilen ihrer erkenntnistheoretischen Grundlagen, der speziellen Produktionstechnologie, den Markt- und Beratungssystemen, Publikumsorganen sowie der Einordnung in ein gesamtpolitisches Verständnis (vgl. Krauth und Lünzer, 1982, S. 45-46).

Die Ökologiedebatte vermochte, wie keine andere Auseinandersetzung nach der Gründung der BRD agrarpolitische Kontroversen zu forcieren. Produktionsmethoden und Organisationsformen konventioneller, nationaler und internationaler Landwirtschaft erfahren durch ökologische Argumente und Tatsachen eine wesentliche Opposition. Dieser Kontrapunkt bleibt nicht im verbalen stehen, sondern regte zahlreiche praktische Initiativen an.

Derzeit wirtschaften in der Bundesrepublik - mit steigender Tendenz - ca. 1 000 Betriebe im weiteren Sinne "alternativ".

Diesen Ansätzen stehen die meisten etablierten Wissenschaftler, Politiker und Ökonomen ablehnend gegenüber, da diese Produktionsweise insbesondere den Welthunger vergrößern, die einzelbetriebliche Situation verschlechtern und die Umweltkonflikte unzulässig übertreiben würden. Diese Kritik weist auf diskussionswürdige Aspekte hin, ist jedoch durch ihren rechtfertigenden Charakter des Bestehenden insgesamt fragwürdig. Tatsächlich vermochte es ja gerade die heute bestimmende Agrarpolitik bzw. landwirtschaftliche Produktionsweise und die sie tragenden gesellschaftlichen Kräfte nicht, diese Konflikte zu lösen.

Es existieren jedoch zahlreiche objektive politökonomische und soziologische, aber auch produktionstechnische Hemmnisse für eine umfassende ökologische Umgestaltung. Diese Widerstände sind bedeutsam. Als historisch entscheidend dürften sich jedoch Vorteile und Mängel der ökologischen Landwirtschaft selbst erweisen.

Gegenwärtige Konzepte ökologischer Landwirtschaft bedürfen in wesentlichen Punkten der Weiterentwicklung bzw. einer wesentlichen Veränderung. Zunächst ist die Diag-

nose, die Landwirtschaft stoße letztlich an natürliche Grenzen schlicht unzutreffend. Sicherlich existieren absolute Begrenzungen und Schranken der Naturevolution. Diese können bisher allerdings nur abstrakt formuliert werden und besagen nichts über Möglichkeiten innerer Intensivierung. Demgegenüber unterschätzen ökologische Konzeptionen systembedingte Grenzen. Auch die Ambivalenz des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wird häufig übersehen bzw. zumeist ausschließlich negativ interpretiert und damit dessen soziales und kulturelles Potential verkannt. Das Postulat, Landwirtschaft müsse nach "ökologischen Erfordernissen" betrieben werden, ist nicht eindeutig. Alle politischen Richtungen benutzen mittlerweile dieses Schlagwort, um ihre Auffassungen zu be- und andere zu widerlegen.

Auch kann nicht übersehen werden, daß die alternativen Produktionsmethoden nicht nur ein sehr weites Spektrum aufweisen, sondern in ihren Kernauffassungen wenigstens hinsichtlich einer langfristig zu sichernden Nährstoffbilanz problematisch und in ihrer Überschätzung der Bedeutung alternativer Produktionsmethoden und einzelbetrieblicher Strategien gegenüber politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen und Hemmnissen lückenhaft sind. Der Aufbau alternativer Betriebs- und Vermarktungsorganisationen nützt letztlich eher Lücken und "Freiräume" innerhalb des Systems aus, als dieses kritisch in Frage zu stellen und in einem umfassenden Sinne neue Wege zu gehen. Die Grenzen dieser Strategien offenbaren sich z.B. an einer nicht beseitigten zwischenbetrieblichen, bald wohl auch internationalen Konkurrenz, eines nicht im Massenkonsum erreichbaren Preises und der intrasektoralen Abhängigkeit des Agrarsektors.

Überaus problematisch erscheint auch das Festhalten am Leitbild des Familienbetriebes. Dieses ist nicht nur unpräzise, sondern verkennt die objektive Krise fast aller mittel- und kleinbäuerlichen Betriebe. Die überwiegende Mehrheit der Haupterwerbsbetriebe könnte selbst bei optimaler Intensivierung betriebsinterner Potentiale, d.h. ohne weitgehende Integration in die Volkswirtschaft, ihre Betriebe über das Niveau der Selbstversorgung hinaus allenfalls kurzfristig rentabel führen. Ökologische Betriebsorganisationen sind daher nicht nur auf billige Arbeitskräfte, sondern auch auf eine genügend große Landfläche bzw. Tierhaltung und Marktnähe angewiesen. Hier dürften, neben der politisch-ideologischen Abwehrhaltung der meisten Bauern und ihrer Interessenvertretung, die wesentlichen objektiven Hemmnisse für eine ökologische Wende in der landwirtschaftlichen Produktion liegen.

Die politische Öffnung für Konservative, die deutliche Abwehr historisch-materialistisch argumentierender Systemkritik und verstärkte Forderungen nach einer ständischen Agrarpolitik erscheinen unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlich anzustrebender sozialer und ökologischer Verbesserungen besonders problematisch. Diese Ansätze dürften einen Interessenausgleich zwischen Bauern und lohnabhängig Beschäftigten - somit der Verbrauchermehrheit - besonders erschweren.

2.4. Systemkritische Agrarpolitik

Aus den Ergebnissen der historischen Agrardebatte, der Kritik an marktwirtschaftlichen, staatsinterventionistischen und ökologischen Konzeptionen und einer Weiterentwicklung der sozialutopisch-ökologischen Ansätze, entwickeln sich Ansätze einer systemkritischen Agrarpolitik. Sie stellt in erster Linie die politischen, sozialen und ökonomischen, aber auch technologischen Bedingungen in den Mittelpunkt. Diese entscheiden über Form und Inhalt gesellschaftlicher Naturnutzung.

Dieser Ansatz sieht die Ursachen der Probleme in der Landwirtschaft im raschen technischen Fortschritt einerseits, und dessen Einsatz zur einzelbetrieblichen Profitmaximierung und einer nicht angepaßten Agrarstruktur andererseits, in den widersprüchlichen staatlichen Maßnahmen sowie in der umfassenden Integration der Agrarwirtschaft in eine gewinnorientierte, hochindustrialisierte Gesellschaft.

Der systemkritische Ansatz beinhaltet einen ganzen Komplex von Lösungsvorschlägen.

2.4.1. Verbesserte Kontrolle und Beratung

Gefordert wird eine verbesserte Kontrolle und Öffentlichkeit bei der Entwicklung neuer Technologien. Betroffene, öffentliche Institutionen sowie ökonomische und wissenschaftliche Träger der Innovationen sollen gemeinsam entscheiden. Die Zulassungsverfahren für neue Produktionsmittel sind über eine Substanzprüfung hinaus in die Bereiche realer Einsatzbedingungen auszuweiten. Die sozio-ökonomische und ökologische Beratung ist zu verstärken. Das Beratungs- und Kontrollwesen muß personell ausgeweitet, inhaltlich besser auf seine umfassenden Aufgaben vorbereitet und grundsätzlich von Verkaufsinteressen befreit werden. Darüberhinaus ist das Instrumentarium weiter auszubauen. Agrarverwaltung und Umweltbehörden sollten getrennt werden.

2.4.2. Umorientierte Gesetzgebung

Gegen die Auffassungen, die Agrar- und Umweltgesetzgebung sei abgeschlossen, sprechen drei Tatsachen. Trotz eines umfangreichen und international angesehenen Gesetzeswerkes bestehen noch erhebliche Widersprüche bzw. Interessenkollisionen gerade im Agrarumweltrecht. Besonders ist hier auf die wissenschaftlich fragwürdige Landwirtschaftsklausel (§§ 1₃, 8₇ BNatSchG) zu verweisen: Zum anderen existieren trotz wachsender juristischer Regelungen nach wie vor ernste Umwelt- und Sozialkonflikte, die zumindest auf eine Fortschreibung der Gesetze drängen werden.

2.4.3. Umweltgerechte Produktionstechniken

Die systemkritische Linie lehnt zwar die ausschließliche Suche nach alternativen, biologischen oder ökologischen Produktionstechniken als unzureichend ab. Sie ver-

kennt aber nicht, daß mit Hilfe veränderter Verfahren die aktuellen Konflikte in Agrarlandschaften deutlich vermindert werden könnten. Außerdem ist gerade eine positive Wechselwirkung zwischen Technik und den sozialen, wirtschaftlichen und natürlichen Produktionsbedingungen entscheidend für eine Entwicklung im Sinne des progressiv-dynamischen Gleichgewichts. Folgende Maßnahmen sind verstärkt zu erproben:

- Reduktion des herkömmlichen Produktionsmitteleinsatzes, vor allem der Agrochemikalien; Pflanzenschutzmittel und Tierpharmaka sollten zumindest in den Giftklassen dem "freien Markt" entzogen werden.
- Bessere Effizienz des herkömmlichen Produktionsmitteleinsatzes z.B. durch Bedarfsrechnung, Prognosen und Abstimmung der Ertragserwartung mit dem Produktionsmittelaufwand, züchterische Fortschritte hinsichtlich Ertrag, Qualität und Anfälligkeit gegenüber Krankheiten und Schädlingen (Resistenz).
- Entwicklung neuartiger Produktionsmittel und -methoden; hierzu sind auch alternative Landbaumethoden zu fördern und in Wissenschaft und Praxis zu erproben.
- Unterrichtsdauer und -inhalte sind zu überprüfen und zu verbessern. Gerade Landbaumethoden dürften weniger mit der bäuerlichen Intuition als mit einer umfassenden wissenschaftlichen Ausbildung zu realisieren sein.
- Der Boden wird auch langfristig landwirtschaftliches Hauptproduktionsmittel bleiben. Deshalb ist es notwendig, die Bodennutzung nicht primär unter dem Gesichtspunkt kurzfristiger Höchsterträge, sondern stärker unter dem der nachhaltigen Ertragssicherung auf dem erforderlichen Niveau zu betreiben. Darüber hinaus werden infolge des rasch wachsenden Landschaftsverbrauchs, der häufig fruchtbare Böden betrifft, national und international verstärkte Maßnahmen des Bodenschutzes gefordert.

2.4.4. Neue Leitbilder

Veränderung des Produktionsziels

Der bisher an einzelbetrieblicher Gewinnmaximierung orientierte Produktionsmittel-einsatz ist einer allgemeinen volkswirtschaftlichen Rahmenplanung unterzuordnen. Eine nachhaltig optimale Produktionsgestaltung auf Betriebsebene muß mit dem gesamtgesellschaftlichen Optimum abgestimmt werden. Die besonderen Probleme der Agrarplanung liegen nicht in erster Linie beim politischen und sozialpsychologischen Widerstand der zu kapitalistischen Unternehmern erklärten Bauern, sondern eher in der Klimaabhängigkeit, den Ertragsschwankungen, den nationalen und internationalen Marktbeziehungen sowie der großen Betriebsanzahl. Agrarplanung muß daher langfristig auf dem Prinzip der Freiwilligkeit konzipiert sein. Sie macht gleichzeitig eine demokratische Veränderung des Staates selbst erforderlich. Die Gesellschaft garantiert dem Agrarproduzenten dafür eine insgesamt sozial und ökonomisch gleichberechtigte Stellung.

Weiterentwicklung des bäuerlichen Familienbetriebes

Es ist nicht zu verbergen, daß dieser Betriebstyp eine Ursache sozialer, ökonomischer, politischer und z.T. auch ökologischer Probleme ist. Mit der Entwicklung zum Ein-Mann-Betrieb verliert er nicht nur seine Anpassungsfähigkeit bezüglich Produktionsvolumen und Arbeitskraft, sondern auch gegenüber den Möglichkeiten moderner Technologie und des sozialen Fortschritts. In einer hochtechnisierten Agrarproduktion sind Klein- und Mittelbetriebe den Großbetrieben nicht nur ökonomisch, sondern vor allem auch sozial und im Kenntnisstand der Produzenten unterlegen. Eine Weiterentwicklung auf einzelbetrieblicher Ebene ist jedoch nur ab einer bestimmten (nicht statischen) Mindestgröße sinnvoll, wobei dies nicht nur auf die Flächengröße bezogen ist.

Betriebsspezifische Organisationsformen

Ein einheitliches Leitbild erscheint bei der historisch bedingten heterogenen Agrarstruktur wenig sinnvoll. Demgegenüber ist zu untersuchen, ob für die bodenarmen Betriebe Aufstockung bzw. Aufgabe oder Kooperation und für die Mittelbauern kooperative oder einzelbetriebliche Weiterentwicklung die angemessene Perspektive böte. Bei den Großbauern und Agrarkapitalisten stellt sich vor allem die Frage nach der gesellschaftlichen Notwendigkeit des Privateigentums an Produktionsmitteln und dessen gewinnorientierter Verwendung.

Zwischenbetriebliche Kooperation

Die einzelbetriebliche bäuerliche Agrarproduktion wird durch die umfassende stoffliche, energetische, soziale, ökonomische und politische Integration der Landwirtschaft in die Gesamtwirtschaft problematisch. Diese Integration sollte sowohl die Produktionsmethoden als auch die Organisationsformen umfassen. Ziel dieser Veränderungen soll daher nicht die Stärkung der einzelbetrieblichen Konkurrenzposition, sondern das Prinzip der überbetrieblichen Zusammenarbeit sein. Sie hat auch der gegenseitigen Arbeitserleichterung zu dienen. Dabei kann an die existierenden Formen der Kooperation angeknüpft werden. Besondere Bedeutung ist dabei der intrasektoralen Arbeitsteilung beizumessen.

Ökonomische, soziale und ökologische Buchführung

Um das Konfliktpotential zu beschränken, wird es notwendig sein, neben die ökonomische auch eine soziale, eine technische und eine ökologische Inventur zu setzen. Im Mittelpunkt des Interesses stehen biologische, stoffliche und energetische Betriebsbilanzen. Darüberhinaus ist der einzelbetriebliche Stoff- und Energiehaushalt zwischenbetrieblich abzustimmen. Erste Ansätze in dieser Richtung gibt es vor allem in Holland aber auch in der Bundesrepublik.

Aufgabenspezifische Produktionsmethoden und Organisationsformen

Die künftigen Aufgaben der Landwirtschaft: Nahrungsmittelproduktion, Gestaltung von Erholungslandschaft, Gestaltung einer Landschaft zum Zwecke des Recycling, Bereitstellen von Flächen für außeragrarische Zwecke (z.B. Wohnfläche), Rohstoff- und Energieerzeugung werden künftig nicht mit den gleichen einzel- und überbetrieblichen Organisationsformen und Produktionsmethoden realisierbar sein. Aufgabenspezifische Entwicklungsmodelle sind zu suchen.

2.4.5. Umorientierung staatlicher Agrarpolitik

Da der Agrarsektor ein hohes Maß an politischer Steuerung erfährt, ist die Verwirklichung systemkritischer Ansätze auch davon abhängig, ob und wie es gelingt, sie zum Ziel staatlicher Maßnahmen zu erheben. Insbesondere wird es darum gehen, neue agrarpolitische Leitbilder in dem vorgestellten Sinne zu entwickeln und zu diskutieren. Ebenso wäre die "Politik des peripheren Eingriffs" zugunsten einer an sozialen und allgemeinen Interessen ausgerichteten Politik aufzugeben. Dazu gehörte insbesondere ein reformiertes Bodenrecht, welches den kapitalistischen Bodenbesitz und die Spekulation unterbindet und die Bereitschaft zur Landabgabe mit entsprechenden Sozialleistungen honoriert. Darüberhinaus müßte die Dominanz der Preis- und Marktpolitik zugunsten einer behutsamen Produktionsplanung und stärker betonter Struktur- und Sozialpolitik aufgegeben werden. Produktionssubventionen wären völlig zu streichen.

2.4.6. Verringerung der Marktmacht der vor- und nachgelagerten Konzerne des Produktionsmittel- und Verarbeitungsbereichs

Staatliche Preiskontrollen oder -festsetzungen sowie ein Ausbau innerbetrieblicher Mitbestimmung könnten die Marktposition z.B. der Chemie- und Ernährungsindustrie reduzieren, die der Bauern verbessern.

Vielfach gelten die agrarpolitischen wie -ökologischen Konflikte hochindustrialisierter sozialistischer Länder als wesentliche Argumente gegen einen systemkritischen Ansatz. Unumstritten sind soziale, wirtschaftliche und Umweltprobleme nicht-kapitalistischer Gesellschaftsordnungen (Paucke und Bauer, 1980). Fraglich hingegen ist die Konsequenz, diese seien allein der historisch-materialistischen Theorie bzw. deren Realisierung geschuldet. Dieser Schluß erscheint unzulänglich, da die innere Vielfalt sozialistischer Staaten keine monokausale Verbindung zwischen Theorie und gesellschaftlicher Praxis erlaubt und diesen Ansatz als Analyseinstrument des Stoffwechsels zwischen Gesellschaft und Natur nicht betrifft. Es ist ferner davon auszugehen, daß eine systemkritische Strategie lediglich bessere Voraussetzungen zur Lösung bestehender Konflikte vermuten läßt, aber nicht schon automatisch den Gordischen Knoten zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Interessen entwirrt. Allerdings lassen sich gesellschaftliche Entwicklungsprozesse, die auf

einen dynamischen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Ausgleich zielen eher durch vorsichtige Rahmenplanung als durch eine Vielzahl profitmaximierender Projekte vorstellen.

Gegenüber den Öko-Bauern betont sie die Dominanz von Politik und Ökonomie über die Produktionstechnik, verweist auf die historisch perspektivlose Kombination von utopischen mit konservativen Konzepten und unterstützt das utopische Element. Alle Auffassungen sollten jedoch theoretisch und praktisch voneinander lernen.

2.5. Reform der EG-Agrarpolitik

Die zuvor behandelten Positionen finden sich auch in der Auseinandersetzung um die künftige EG-Agrarpolitik. Die Reformbedürftigkeit dieser Politik ist unumstritten. Debattiert wird lediglich und schon seit längerer Zeit darüber, in welcher Form eine Änderung erfolgen soll und wer diese zu finanzieren hätte.

In der offiziellen Diskussion wird allgemein davon ausgegangen, daß überhöhte und garantierte Preise für landwirtschaftliche Produkte und damit eine übermäßige Be-günstigung der Landwirte die Hauptursache der EG-Agrarkrise ist. Bei genauerer Be-trachtung läßt sich allerdings feststellen, daß nicht für die Produkte der Landwirte, sondern für Produkte der Großhandelsstufe von der EG garantierte Mindestpreise gezahlt werden: über diesen "Umweg" wird versucht, ein bestimmtes Niveau der Er-zeugerpreise und damit der landwirtschaftlichen Einkommen zu erreichen. Dies ist bisher noch immer fehlgeschlagen. Zum einen werden durch das Herausnehmen von über-schüssigen Produkten der Großhandelsstufe (z.B. Butter und Magermilchpulver) nicht der angestrebte Richtpreis für die landwirtschaftlichen Erzeuger erreicht, da die Preisvorteile nicht entsprechend an die Landwirte weitergegeben werden, zum ande-ren werden vermehrt die Produkte erzeugt und den Interventionsstellen als nicht-absetzbare Ware angeboten, für die es einen Garantiepreis gibt. Es wird somit weder ein Marktgleichgewicht noch ein befriedigendes Einkommen für die Landwirte er-reicht, wobei es hier, mehr als in anderen Wirtschaftszweigen, erhebliche Einkom-mensdifferenzen zwischen den Einzelbetrieben gibt, und die oberen Einkommensgrup-pen sich ständig weiter von den unteren Einkommensgruppen absetzen. Der größte Teil staatlicher Förderungsprogramme forciert diese Entwicklung noch erheblich.

Verstärkt wird die Agrarkrise noch dadurch, daß durch zunehmende Konkurrenz auf dem Weltagarmarkt und durch die national wie international gesunkene Massenkauf-kraft, die Produkte nicht mehr profitabel abgesetzt werden können. Demzufolge stei-gen seit Jahren die Ausgaben für die Lagerhaltung und Exportsubventionen. Ange-sichts dieser Situation und fehlender Finanzierungsmittel werden z.Zt. rigorose Produktionsbeschränkungen in Form von Kontingentierungen erwogen, verbunden mit einer Kürzung von Investitionshilfen. Allerdings gehen diese Maßnahmen erneut in die Richtung, daß eine Festschreibung der Produktionsmengen auf dem Stand von 1981

vorgesehen ist. Hierdurch werden, bei weiterhin steigenden Produktionskosten, ein-kommens- und betriebsmäßig kleinere Betriebe als erste zur Aufgabe ihrer Existenz gezwungen.

Eine an den Interessen der Agrarproduzenten und Lohnabhängigen ausgerichtete agrar-politische Reform müßte dagegen vor allem anstreben:

- Neue Agrarmarktbedingungen, die an einer bäuerlichen Existenzsicherung orientiert sind, ohne jedoch die bestehenden Strukturen zu konservieren;
- Jede Subventionierung der Agrarindustrie, insbesondere Nahrungsmittelkonzerne, aufzugeben;
- Sämtliche Erzeugerabgaben, die gerade kleine Produzenten belasten, nicht mehr zu erheben;
- Die Errungenschaften einer modernen Agrarproduktion sind auf dem Wege sozialer Verbraucherpreise voll, d.h. ohne Handelsspannen, an den Binnen- und Weltmarkt weiterzugeben;
- Noch bestehende Überschüsse müssen an bedürftige Länder kostenlos abgegeben werden, ohne jedoch internationale Abhängigkeiten aufzubauen;
- Die zunehmende Verkoppelung von EG- und NATO-Interessen zu beseitigen;
- Nicht nationaler und internationaler Konkurrenzkampf und Profitsicherung für wenige, sondern Ausrichtung auf eine soziale und umweltverträgliche Existenzsicherung!

3. Durchsetzungsstrategien

In den sich zuspitzenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wird es für die Landwirte entscheidend sein, mit welchem Selbstverständnis und welchen Verbündeten sie ihre Ziele erreichen wollen. Hier zeichnen sich drei Möglichkeiten ab:

Landwirtschaft - Teil der freien Unternehmerschaft

Dieses Bündnis, das zwischen vor- und nachgelagertem Gewerbe sowie Großbauern und Agrarkapitalisten bereits seit langem besteht, propagiert den monetaristischen Weg, auf Kosten von klein- und mittelbäuerlichen Betrieben und zahlreichen Arbeiternbauern.

Landwirtschaft - ein eigener Stand

Die bisherigen Positionen der Landwirte und ihrer Organisationen sind eine Mischung aus Standesbewußtsein und Unternehmerideologie. Jahrzehntelange Erfahrungen mit diesem, nur für wenige erfolgreichen Weg und der wachsende Problemdruck lassen allmählich vor allem mittelbäuerliche Betriebe nach neuen Ansätzen suchen. Gegenwärtig stehen dabei Möglichkeiten eines verminderten Einsatzes industriell erzeugter Produktionsmittel, der Direktvermarktung und der Aufbau eigener Ver-

markierungssysteme im Mittelpunkt des Interesses. Zwischenbetriebliche Konkurrenz, Marktmacht der Nahrungsindustrie, aber auch ökonomisch starke "alternative Marktketten" und eine beschränkte Nachfragekapazität begrenzen eine allgemeine Reduktion ertragssteigernder Produktionsmittel und ein umfassendes bäuerliches Ausnutzen der Handelsspanne. Trotzdem soll der standespolitische Weg durch entsprechende protektionistische Maßnahmen gestützt werden. Die Renaissance bäuerlichen Selbstbewußtseins wird vor allem von gesellschaftlichen Mittelschichten mitgetragen.

Landwirtschaft - Partner der Verbraucher

Der Verbraucher ist nicht nur über seine biologische Stellung als "allesfressender Konsument", sondern wesentlich über seine sozio-ökonomische Zugehörigkeit definiert. Quantitative und politische Begrenzungen eines bäuerlichen Bündnisses mit Mittel- und Oberschichten, lassen dem bäuerlichen Vollerwerbsbetrieb letztlich nur die Wahl, bestehende gemeinsame Interessen mit der Mehrzahl der Verbraucher, den Arbeitnehmern, zu akzeptieren und neue zu erarbeiten. Dieses erwünschte Aufeinanderzugehen stößt jedoch aus aktuellen wie historischen Gründen noch auf erhebliche Hindernisse.

LITERATUR

- Arnold, H., Ökologische Herausforderungen der Agrarpolitik, Freiburg 1981
- Arnold, H., Das Verhältnis zwischen Agrarpolitik und Ökologie - eine neue Frage?, in: *Sociologia Ruralis* XXII, 1, Amsterdam 1982
- Bergmann, Th., Agrarstrukturwandel und Agrarpolitik, in: Stark, J. und Doll, M. (Hrsg.), Strukturwandel und Strukturpolitik im ländlichen Raum, Stuttgart 1978
- Fetscher, I., Überlebensbedingungen der Menschheit - Zur Dialektik des Fortschritts, Konstanz 1976
- Günnemann, W., Agrarpolitik in der EG - Markt oder Lenkung?, Opladen 1981
- Hötzels, H.J., Landwirtschaft und Landespflege, Dissertation, Universität Hohenheim 1975
- Jordan, J., Ein Vorschlag zur Reform der EG-Agrarpolitik, in: *Neue Gesellschaft*, 12, Bonn 1981
- Krammer, J. und Scheer, G., SPÖ und Landwirtschaft: Zwischen Scholle und Fließband, in: Hindels, J. und Pelinka, P. (Hrsg.), Roter Anstoß, Wien 1980
- Krauth, W. und Lünzer, I., Öko-Landbau, Reinbek 1982
- Lohmann, M., Klar zur Wende?, in: *Natur*, 6, München 1982
- Mayer-Tasch, P.C., Wandel per Verbrauch, in: *Natur*, 6, München 1982
- Paucke, H. und Bauer, A., Umweltprobleme - Herausforderung der Menschheit, Frankfurt 1980
- Professorenkritik - Verschärfung der bestehenden Probleme, in: *Hessenbauer*, Nr. 30, Friedrichsdorf 1983
- Schug, W., Europäische Überschüsse aus der Landwirtschaft, in: *AK-Journal*, 12, Bonn 1978
- Thimm, H.U., Kein Ventil für Überschußprodukte, in: *AK-Journal*, 12, Bonn 1978
- Tschajanow, A.W., Reise meines Bruders Alexej ins Land der bäuerlichen Utopie, Frankfurt 1981
- Willer, H. und Haase, G., Agrarpolitik unter veränderten Rahmenbedingungen, in: *Berichte über Landwirtschaft*, 60, Hamburg/Berlin 1982

Gerd Brosius / Rudolf Hickel

Gewinne und Sachinvestitionen der Unternehmen im Lichte neuerer empirischer Informationen

1. Theoretischer Ausgangspunkt

Im Zentrum der vor allem in den letzten MEMORANDEN präzisierten Krisentheorie steht der folgende Zusammenhang: Die auf einen Investitionsboom folgende Situation der Überakkumulation zeichnet sich dadurch aus, daß die den zurückliegenden Investitionsentscheidungen zugrundeliegenden Renditeerwartungen als nicht mehr realisierbar betrachtet werden. Unzureichende private und öffentliche Konsumnachfrage, die aus der vorausgegangenen Umverteilung der Einkommen zugunsten der Gewinne resultiert, verursacht diesen Verfall der Renditeerwartungen. Erwirtschaftete Gewinne drängen aus diesen Gründen auf die nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkte. Diese Tendenz wird durch eine Politik hoher Zinsen noch verstärkt.

Die Substitution von Sachinvestitionen durch Geldanlagen hat negative Kreislaufwirkungen zur Folge: Das "Recycling" der erwirtschafteten Einkommen, hinter denen Produktion steht, in entsprechende volkswirtschaftliche Ausgaben gelingt nicht vollständig. Es entsteht eine Differenz zwischen erwirtschaftetem Einkommen und gesamtwirtschaftlich effektiver Nachfrage, so daß ein "Übersparen" zustande kommt. Das hat eine Kontraktion von Produktion und Einkommen zur Folge, die so lange andauert, bis die geplante Produktion über die entsprechende Einkommensverausgabung mit der Nachfrage übereinstimmt.

Die relative Entkopplung von Profiten und Sachinvestitionen geschieht jedoch nicht in der gesamten Ökonomie gleichgerichtet. Vor allem Monopole verfügen über die Möglichkeit, einerseits überdurchschnittliche Profite - auch in der Krise - zu erzielen, andererseits Anlagemöglichkeiten auf den nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkten zu nutzen. Die krisenverschärfende Umlenkung der Gewinne in Finanzanlagen und ausländische Beteiligungen vollzieht sich vorwiegend im monopolistischen Sektor.

Diese krisenanalytischen Aussagen müssen, sollen sie nicht pure Spekulation sein, empirisch untermauert werden. Im einzelnen muß dabei wenigstens diesen beiden Kontrollfragen nachgegangen werden:

- (a) Läßt sich überhaupt über einen längeren Zeitraum eine Entkopplung von Profiten und Sachinvestitionen nachweisen. Oder anders: geht die mittelfristige Wachstumskrise seit 1975 mit einer entsprechenden Umschichtung der Gewinnverwendung einher?
- (b) Ist dabei belegbar, daß sich diese Umschichtung vorrangig im monopolistischen Sektor vollzieht?

2. Leidige Probleme mit den statistischen Daten

Für die empirische Untersuchung der beiden Kontrollfragen wäre es am besten, man verfügte über eine nach Größenklassen aufbereitete und von Bewertungsmanipulationen freie Analyse der Unternehmensbilanzen. Tatsächlich sind die zugänglichen Informationen dürftig, vor allem hinsichtlich der Größenklassendifferenzierung.

Die Bundesbank nimmt auf Basis von ca. 22 000 Bilanzen und Erfolgsrechnungen Hochrechnungen zu "Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse der Unternehmen im Jahr... vor, deren Ergebnisse sie aber der Öffentlichkeit nur in beschränktem Umfang zur Verfügung stellt. Die spärlichen Hinweise in einigen Berichten der Bundesbank zeigen jedoch, daß mit dem von ihr ausgewerteten Material größendifferenzierte Zusammenhänge ausführlich untersucht werden könnten: Im "Monatsbericht" vom November 1979 wurde gezeigt, daß das Ausmaß der Entkopplung von Gewinnen und Sachinvestitionen mit steigender Umsatzgrößenklasse zunimmt; bei Unternehmen mit einem Umsatz von 100 Mio. DM und mehr war schließlich überhaupt kein Zusammenhang mehr zwischen Gewinnhöhe und Größe der Sachinvestitionen zu erkennen, die Entkopplung also vollständig.

Die Bundesbank hat diese Aufbereitung zwischenzeitlich nicht mehr öffentlich zugänglich gemacht. Vermutlich ist dieser Analyseverzicht nicht zuletzt auf die Auswertung dieser Daten durch ihre Kritiker zurückzuführen. Einen weiteren Hinweis über ökonomische Vorteile, die aus der Unternehmensgröße resultieren, lieferte sie aber noch einmal im "Monatsbericht" vom November 1981: Die von der Bundesbank ausgewerteten Bilanzen ergaben, daß mit wachsender Unternehmensgröße der Zinsaufwand abnahm, der Zinsertrag dagegen wuchs, so daß also der Nettozinsaufwand (Zinsaufwand minus Zinsertrag) mit wachsender Unternehmensgröße geringer wurde.

Mit diesen spärlichen Hinweisen zeigt die Bundesbank, wie fruchtbar es sein kann, auf Basis von Unternehmensbilanzen volkswirtschaftliche Prozesse strukturdifferenziert zu untersuchen.

Längere Zeitreihen über Gewinnindikatoren und Sachinvestitionen, differenziert nach Unternehmensgrößen oder anderen Monopolindikatoren, liegen gegenwärtig für die BRD nicht vor. Solche Reihen sind lediglich für den gesamten Unternehmenssektor verfügbar. Zur Überprüfung der o.a. Frage nach dem Zusammenhang von Gewinnen und Sachinvestitionen ist die Finanzierungsrechnung der Bundesbank relativ gut geeignet. Sie ist jedenfalls der VGR des Statistischen Bundesamtes vorzuziehen, weil sie, anders als die VGR, eine Abgrenzung der Unternehmen ohne finanzielle Sektoren und ohne Wohnungswirtschaft zuläßt: Dies sind, grob gesagt, alle Unternehmen ohne Banken, Versicherungen und Wohnungswirtschaft.

Die Daten der Finanzierungsrechnung sind, der jüngsten Revision der VGR durch das Statistische Bundesamt folgend, im Jahre 1983 für die davor liegenden Jahre revi-

diert worden. Die Ergebnisse wurden im "Sonderdruck der Deutschen Bundesbank Nr.4, 4. Aufl., Juli 1983" veröffentlicht.

Die neuen Zahlen weichen z.T. ganz erheblich von den früheren ab. So wird das Unternehmenssparen (Nettогewinn plus Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögensübertragungen) z.B. für das Jahr 1980 früher mit 33,27 Mrd. DM und jetzt mit 15,98 Mrd. DM ausgewiesen. Dies ist sicher nicht nur ein Indiz für die Fragwürdigkeit der alten, sondern auch prinzipiell der neuen, revidierten Daten: Da Unternehmensgewinne in der VGR - wie in der Finanzierungsrechnung - im wesentlichen als Restgrößen ermittelt werden, schlägt sich in ihnen ein großer Teil des auf Fehlschätzungen zurückgehenden "Schrotts" nieder, der in davorliegenden Ermittlungsschritten angefallen ist. Unternehmensgewinne sind so gesehen in gewisser Weise der Daten-"Mülleimer" volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen.

Auf der anderen Seite stehen bessere Zahlen als die aus der Finanzierungsrechnung nicht zur Verfügung, so daß wir sie für die folgenden Überlegungen zugrundelegen müssen.

3. Gewinnverwendungsanalyse auf Basis der Finanzierungsrechnung

3.1. Empirische Belege zum globalen Akkumulationsverhalten

Die These von der zunehmenden Gewinnverwendung in Richtung Geldvermögensbildung zulasten von Sachinvestitionen, wurde in den letzten MEMORANDEN (vgl. vor allem MEMORANDUM '82, S. 60) auf der Basis der "Finanzierungsrechnung" so belegt:

Der Zeitreihe der Nettoinvestitionen wurde die Zeitreihe des Unternehmenssparsen gegenübergestellt. Als Indiz dafür, daß Gewinne in immer geringerem Maße für Sachinvestitionen verwendet wurden, diente die Relation von Nettoinvestition zu "Unternehmenssparen + Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögensübertragungen", im folgenden kurz Unternehmenssparen genannt. Dieser Quotient war im Laufe der letzten Jahre immer kleiner geworden. Da der Quotient aber keine echte Quote, sondern eine Beziehungszahl ausdrückt, kann die Bezugsgröße (der Nenner, hier also das Unternehmenssparen) Null oder negativ werden. Er ist dann nicht mehr eindeutig interpretierbar. In stark krisenhaften Zeiten kann dies leicht passieren. So weist die revidierte Finanzierungsrechnung der Bundesbank für 1981 für das Unternehmenssparen 0,19 Mrd. DM, für die Nettoinvestitionen 44,08 Mrd. DM aus: Der Quotient aus beiden führt offensichtlich zu nicht mehr sinnvoll zu interpretierenden Ergebnissen.

Wir nehmen diese Überlegung und die Revision der Finanzierungsrechnung zum Anlaß, einige theoretische Erweiterungen mit empirischen Konsequenzen vorzutragen.

(a) Die Verwendung von Nettogrößen (wie das Unternehmenssparen i.o.S. und die Net-

toinvestitionen) ist sinnvoll, wenn es um die Untersuchung von Rentabilitätsgrößen o.ä. geht. Uns geht es aber um die Frage, ob Einkommen, die dem Kreislauf entzogen wurden, als Ausgaben wieder in den Kreislauf zurückfließen (Einkommensverausgabungs-Analyse). Eine solche Fragestellung ist auf die laufende Periode bezogen. Der letzte Hinweis hat Gewicht, wenn es um die Frage geht, ob bei den Einkommen der Unternehmen die Abschreibungen berücksichtigt werden sollen oder nicht. Betriebswirtschaftlich stellen Abschreibungen Kosten dar, die der Produktion der laufenden Periode zugerechnet werden, obwohl die ihnen zugrundeliegenden Ausgaben in früheren Perioden getätigt wurden. Unter Kreislaufgesichtspunkten stehen die Abschreibungen als Einkommensanteile zur Finanzierung von Sach- und/oder Geldkapitalbildung zur Verfügung. Es interessiert daher die Frage, ob diese den Unternehmen zur Verfügung stehenden Mittel auch wieder ausgegeben werden. Vom Standpunkt einer Kreislaufanalyse müssen Abschreibungen daher unbedingt als Einkommen der Unternehmen betrachtet werden, weil sie einen Fonds darstellen, der dem Kreislauf in der laufenden Periode entzogen wurde. Die Unternehmen verfügen über die entsprechenden Mittel. Sie können sie zur (Re-) Investition verwenden, Reinvestitionen aber auch unterlassen, d.h. Geldvermögen damit bilden. Gegen eine Verwendung von Nettogrößen in diesem Zusammenhang spricht auch die Tatsache, daß die Abschreibungen in der VGR (deren Daten wir ja verwenden müssen) zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet werden, was zu einer systematischen Unterbewertung der (Netto-)Gewinne und Nettoinvestitionen führt. Aus diesem Grund verzichtet z.B. das DIW auf einen Vergleich von Unternehmenssparen und Nettoinvestitionen (Nettoselbstfinanzierungsquote).

Daher schlagen wir vor, die Gewinnverwendungsanalyse weiter als bisher zu fassen: An die Stelle des Unternehmenssparens tritt die Größe "Eigene Finanzierungsmittel" (Definition nachfolgend); an die Stelle der Nettoinvestitionen treten die Bruttoinvestitionen.

Bezogen auf die Finanzierungsrechnung für den Sektor nichtfinanzielle Unternehmen ohne Wohnungsbau (im folgenden einfach Unternehmen genannt) gelten dann diese Definitionen und Zusammenhänge:

EF : Eigene Finanzierungsmittel

IBR : Bruttoinvestitionen

GVB : Geldvermögensbildung

KA : Kreditaufnahme

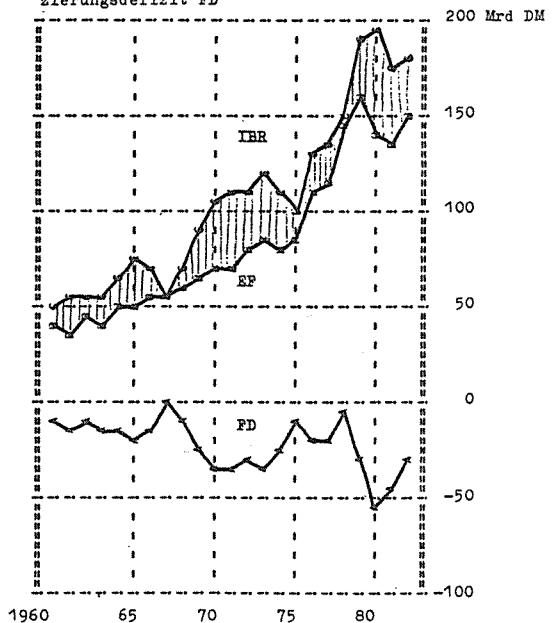
FS : Finanzierungssaldo

Dabei sind die EF definiert als:

- Ersparnis (= nichtentnommene Gewinne nach Steuern)
- + Empfangene minus geleistete Vermögensübertragungen
- + Abschreibungen

Abbildung 1

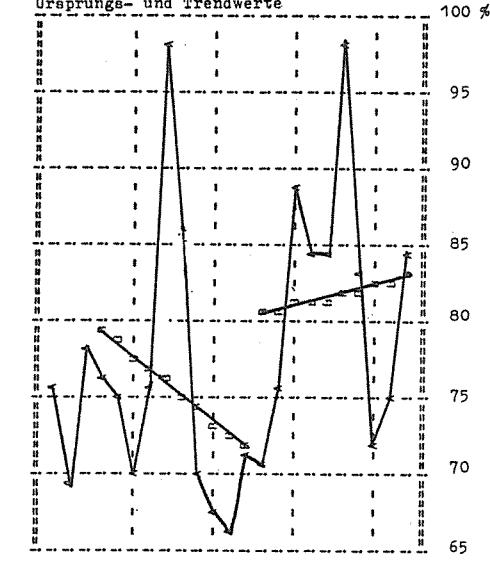
Bruttoinvestitionen IBB, eigene Finanzierungsmittel EF und Finanzierungsdefizit FD



Anmerkung: Das Finanzierungsdefizit erhält man auch durch den Abstand der Kurven IBB und EF.

Abbildung 2

Selbstfinanzierungsquote SQ,
Ursprungs- und Trendwerte



Anmerkung: Die Trendwerte wurden als lineare Regressionen berechnet.

Es gilt für den Unternehmenssektor die Gleichung: EF + KA = GVB + IBR
(Finanzierung gegenüber der Möglichkeit, damit Sach- bzw. Geldvermögen zu bilden.)

Daraus sieht man, daß FS doppelt bestimmt ist: EF - IBR = GVB - KA

$$FS = EF - IBR$$

$$FS = GVB - KA$$

(Der Finanzierungssaldo im Unternehmenssektor ist immer ein Defizit, d.h. FS ist negativ.)

In dieser Darstellungsweise wird gezeigt, daß in dem Maße, wie eigene Finanzierungsmittel die vorgenommenen Bruttoinvestitionen nicht decken, also ein Finanzierungsdefizit entsteht, die Kreditaufnahme die Geldvermögensbildung überschreiten muß. Umgekehrt müßte der Fall, daß die eigenen Finanzierungsmittel die vorgenommenen Bruttoinvestitionen übersteigen, zur positiven Netto-Geldvermögensbildung führen, d.h. die Kreditaufnahme wäre geringer als die Geldvermögensbildung.

Schließlich sei noch die Definition der "Selbstfinanzierungsquote" (SQ) angeführt (obwohl auch der SVR von Quote spricht, handelt es sich nicht um eine "echte" Quote):

$$SQ = \frac{EF}{IBR}$$

In den Grafiken wird diese Größe als Prozentzahl ausgewiesen.

(b) Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der absoluten Zahlen für die BRD. In Abbildung 2 sind die eigenen Finanzierungsmittel auf die Bruttoinvestitionen bezogen worden (Selbstfinanzierungsquote). Es wurden dazu außerdem Trendwerte berechnet.

Es ist offensichtlich, daß die Verwendung der eigenen Finanzierungsmittel nicht nur konjunkturellen Schwankungen unterliegt, sondern auch mittelfristige Veränderungen aufweist: Es gibt einzelne Jahre, in denen die "Selbstfinanzierungsquote" annähernd 100% erreicht. In anderen Jahren liegt sie nur in der Größenordnung von 70%. Trendmäßig sinkt die Selbstfinanzierungsquote von 1963 bis 1972, von 1973 bis 1982 steigt sie. Ergänzend zur Abbildung sei mitgeteilt, daß ihr Durchschnittswert 1963 bis 1972 75,5% war. 1973 bis 1982 lag dieser bei 81,7%. (Bei der Ermittlung solcher Durchschnittswerte wie auch der Trendwerte in Abbildung 2 mußten Periodenlängen zugrundegelegt werden, die ganzzahlige Vielfache einer Zykluslänge von 5 Jahren sind.)

Wie ist diese Entwicklung der "Selbstfinanzierungsquote" zu interpretieren? Man muß sich zunächst klar machen, daß die wegen bestehender Konvention auch von uns so genannte "Selbstfinanzierungsquote" gar keine echte Quote, die einen Anteil vom Ganzen angeben muß, ist. Tatsächlich gibt sie nur die Relation von eigenen Finanzierungsmitteln (EF) zu den Bruttoinvestitionen (IBR) an. Zwischen diesen beiden

Größen besteht zwar ein theoretisch ableitbarer Zusammenhang, der eine innere Beziehung zwischen ihnen begründet; dieser Zusammenhang ist jedoch allein durch Verhaltensfunktionen und nicht definitorisch a priori eingeengt. Daher kann die Beziehungszahl "Selbstfinanzierungsquote" auch durchaus Werte über 100% annehmen.

Man könnte daher besser davon sprechen, daß die Selbstfinanzierungsquote so etwas wie den Deckungsgrad vorgenommener Bruttoinvestitionen durch Eigenmittel angibt. Der Kehrwert der SQ lenkt das Augenmerk auf den umgekehrten Zusammenhang: Er gibt an, zu welchem Prozentsatz Eigenmittel Bruttoinvestitionen induziert haben. Diese Betrachtungsweise entspricht am ehesten unserem Erkenntnisinteresse, weil wir wissen wollen, in welchem Maße Unternehmenseinkünfte zu (kreislaufwirksamen) investiven Ausgaben führen.

Die Selbstfinanzierungsquote liegt im allgemeinen unter 100%. Darin kommt zum Ausdruck, daß der Unternehmenssektor im allgemeinen ein Finanzierungsdefizit (d.h. der Finanzierungssaldo (FS) ist negativ) aufweist. Zwischen SQ und FS besteht dieser Zusammenhang:

$$SQ = \frac{EF}{IBR}$$

Die bereits angegebene Beziehung

$$FS = EF - IBR$$

kann auch geschrieben werden als

$$\begin{aligned} IBR &= EF - FS; \\ \text{da } FS &= GVB - KA \text{ gilt} \\ IBR &= EF - (GVB - KA) = EF + KA - GVB \\ IBR &= (EF - GVB) + KA \end{aligned}$$

In dieser Schreibweise wird deutlich, daß die Investitionen aus Eigenmitteln und aus dem Überschuß der Kreditaufnahme über die Geldvermögensbildung finanziert werden. Eine Abnahme des FS zeigt an, daß die Geldvermögensbildung im Verhältnis zur Kreditaufnahme gewachsen ist. Anders ausgedrückt: Wird der Teil der EF, der für die GVB verwendet wird, erhöht und bleibt die Kreditfinanzierungssumme für Investitionen unverändert, dann sinken die Bruttoinvestitionen.

Wegen der zuletzt geschriebenen Beziehung kann die Selbstfinanzierungsquote auch ausgedrückt werden als

$$SQ = \frac{EF}{EF - FS} = \frac{EF}{(EF - GVB) + KA}$$

Wenn im Unternehmenssektor FS negativ ist, dann wird im Nenner zu EF der FS hinzuge-
fügt.

addiert.

Diese Schreibweise hat den Vorteil, daß das Verhältnis von Selbstfinanzierungsquote und Finanzierungsdefizit explizit sichtbar wird: Eine wachsende Selbstfinanzierungsquote zeigt an, daß das Finanzierungsdefizit im Verhältnis zu den eigenen Finanzierungsmitteln abnimmt, eine SQ von 1 bedeutet ein FS von Null, eine SQ größer als 1 heißt, daß ein Finanzierungsüberschuß vorhanden ist: In diesem letzten Fall würde neben Sachvermögen (IBR) auch Nettogeldvermögen gebildet.

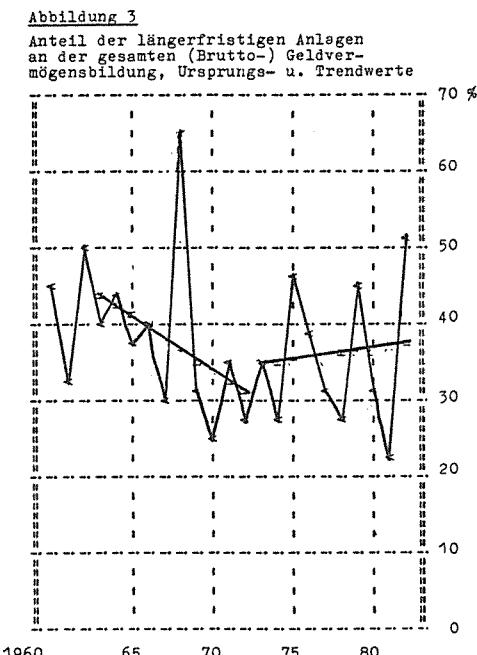
Der Normalfall für den Unternehmenssektor ist eine SQ kleiner 1, d.h. Vorhandensein von Finanzierungsdefiziten. Es ist also der Normalfall, daß die Unternehmen zwar Geldvermögen bilden, diese (Brutto-) Geldvermögensbildung aber von gleichzeitiger Kreditaufnahme in noch größerem Umfang begleitet ist. Diese Gleichzeitigkeit von Geldvermögensbildung und Kreditaufnahme muß natürlich nicht für jedes einzelne Unternehmen zutreffen: Einzelne Unternehmen mögen ausschließlich Geldvermögen bilden, andere ausschließlich Kredite aufnehmen, wieder andere beides gleichzeitig tun. Wenn daher die Tendenz zur Geldvermögensbildung anstelle von Sachinvestitionen zunimmt, muß dies keinesfalls zu einer positiven Nettogeldvermögensbildung für den ganzen Sektor, d.h. zu einem Finanzierungsüberschuß, führen. Diese Tendenz muß lediglich zu einer relativen Abnahme des Finanzierungsdefizits führen, was sich in einer steigenden Selbstfinanzierungsquote niederschlägt.

Auch die Umkehrung gilt: eine steigende Selbstfinanzierungsquote heißt, daß die Sachinvestitionen mehr als vorher durch Geldvermögensbildung substituiert werden. Wie die letzte Definition der "Selbstfinanzierungsquote" zeigt, gilt: Wenn im Durchschnitt des Unternehmenssektors in wachsendem Ausmaß die eigenen Finanzierungsmittel für die Geldvermögensbildung genutzt werden (EF - GVB sinkt also) und die kreditfinanzierten Investitionen (KA) weniger als die GVB steigen, dann muß SQ steigen. Im trendmäßigen Anstieg der SQ schlägt sich damit die Umschichtung der EF in die Geldvermögensbildung bei nachhinkender Kreditfinanzierung von IBR ("Verschiebung im finanziellen Überbau") nieder.

Berücksichtigt man diese Überlegungen, so zeigt die Abbildung 1, daß die Unternehmen im Trend bis 1972 Geldvermögensbildung durch Sachinvestitionen substituiert haben, seit 1973 machen sie trendmäßig das Gegenteil.

Abbildung 3 zeigt, daß sich dies auch in einer Strukturveränderung innerhalb der einzelnen Anlagearten der Geldvermögensbildung niederschlägt: Die Finanzierungsrechnung der Bundesbank läßt u.a. die Unterscheidung in längerfristige und kurzfristige Geldanlagen zu. In Abbildung 3 sieht man, daß der Anteil der längerfristig gebundenen Anlagen konjunkturbereinigt bis 1972 abnimmt, ab dann jedoch wächst. Diese Information dürfte die Vermutung bestätigen, daß die Substitution von Sachinvestitionen durch Geldvermögensbildung von den Unternehmen selbst nicht als kurzfristige Reaktion, sondern als längerfristig bestimmt betrachtet wird.

(c) Unsere bisherige theoretische und empirische Argumentation untermauert die Vermutung, daß die Unternehmensinvestitionen seit Beginn der siebziger Jahre relativ sanken, weil die Unternehmen Sachinvestitionen tendenziell durch die Geldvermögensbildung ersetzen. Dies schließt natürlich nicht aus, daß noch andere Faktoren negativ auf die Entwicklung der Investitionsquote gewirkt haben.



Anmerkung: Die Trendwerte wurden als lineare
Regressionen berechnet.

Von konservativer Seite wird in diesem Zusammenhang gern auf geänderte Verteilungsverhältnisse hingewiesen. Insbesondere wird argumentiert, daß die unternehmerischen Eigenmittel relativ abgenommen hätten und daß hieraus die gesunkene Investitionsquote zu erklären sei. Wir wollen daher, soweit dies die Daten der Finanzierungsrechnung zulassen, gleichzeitig den Einfluß der eigenen Finanzierungsmittel und der Selbstfinanzierungsquote auf die Investitionsquote der Unternehmen betrachten. Dabei sind diese relevanten definitorischen Zusammenhänge zu beachten: Wir bezeichnen den Anteil der eigenen Finanzierungsmittel EF am BSP als EQ

$$EQ = \frac{EF}{BSP}$$

Der Anteil der Unternehmens-Bruttoinvestitionen am BSP wird mit IQ bezeichnet.

$$IQ = \frac{IBR}{BSP}$$

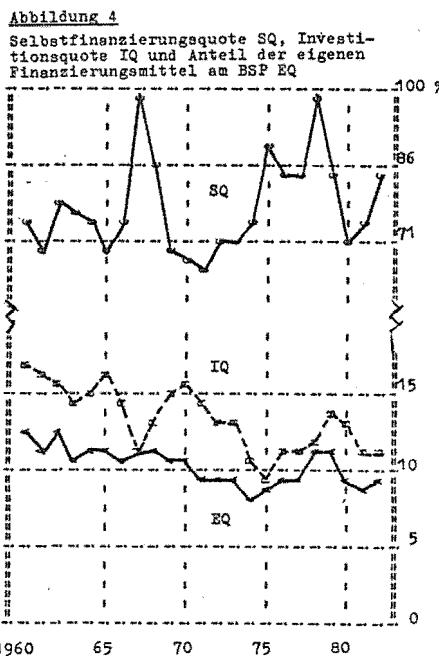
Da die Bruttoinvestitionen (IBR) und die eigenen Finanzierungsmittel (EF) die Selbstfinanzierungsquote (SQ) bestimmen,

$$SQ = \frac{EF}{IBR},$$

gilt die Beziehung:

$$\frac{EQ}{SQ} = IQ$$

In Worten: Die Investitionsquote der Unternehmen wird bestimmt durch den Anteil der eigenen Finanzierungsmittel am BSP und durch die Selbstfinanzierungsquote. Bei gegebener EQ führt eine sinkende SQ zu einer steigenden IQ, bei gegebener SQ wirkt ein sinkender Anteil der eigenen Finanzierungsmittel der Unternehmen negativ auf die Investitionsquote.

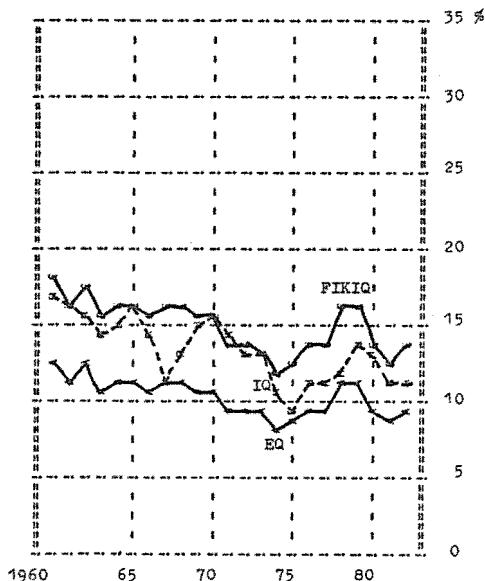


In Abbildung 4 ist die Entwicklung dieser drei Größen dargestellt. Zwei Punkte sind hervorzuheben: 1. Investitionsquote und Selbstfinanzierungsquote entwickeln sich, zumindest konjunkturell, gegenläufig. 2. Der Anteil der eigenen Finanzierungsmittel am BSP (EQ) ist, über den ganzen Zeitraum 1960 bis 1982 betrachtet, leicht rückläufig. Deutlich ist der Rückgang allerdings nur in den Jahren 1971 bis 1974, danach wird etwa wieder das Niveau der 60er Jahre erreicht. Abbildung 4 drängt die Vermutung auf, daß die Entwicklung der IQ sehr viel stärker von der Entwicklung der SQ als von der der EQ beeinflußt ist.

Um dies noch deutlicher zu sehen, betrachte man schließlich Abbildung 5. Dort sind EQ und IQ ausgewiesen wie in Abbildung 4. Zusätzlich wird dort die fiktive Investitionsquote (FIKIQ) wiedergegeben, die sich ergeben hätte, wenn die Selbstfinanzierungsquote für den ganzen Zeitraum den Wert gehabt hätte, den sie im Durchschnitt der Jahre 1969 bis 1973 (also während des vollen, dem Beginn der Massenarbeitslosigkeit unmittelbar vorangehenden Konjunkturzyklus) tatsächlich hatte.

Abbildung 5

Investitionsquote IQ, fiktive Investitionsquote FIKIQ und Anteil der eigenen Finanzierungsmittel am BSP
EQ



Da die Selbstfinanzierungsquoten im gewählten Basiszeitraum verhältnismäßig niedrig lagen, liegt die FIKIQ in fast allen Jahren über der tatsächlichen. Die Wahl

eines anderen Basiszeitraumes brächte insoweit ein anderes Niveau. Gleichwohl ist die gewählte Basisperiode nicht beliebig gewählt, denn sie ergibt sich aus der Fixierung jener Periode, in der keine Massenarbeitslosigkeit herrschte und der dann die Krisenphase folgte.

Wichtiger als die Niveauverschiebung der fiktiven gegenüber der historischen Investitionsquote der Unternehmen sind die unterschiedlichen Krümmungen der beiden entsprechenden Kurven: Zum einen sind die zyklischen Schwankungen bei IQ stärker ausgeprägt als bei FIKIQ. Zum zweiten verläuft aber die FIKIQ insgesamt flacher als die IQ. Dieser Unterschied zwischen den beiden Quoten ist etwa seit 1970 besonders ausgeprägt. Da die Berechnung der fiktiven Investitionsquote nichts anderes bedeutet, als Einflüsse geänderter Selbstfinanzierungsquoten rechnerisch auszuschalten, so daß nur noch der Einfluß der EQ bestimmd bleibt, muß sich ergeben, daß die FIKIQ niveauverschoben dem Verlauf der EQ folgt.

Als Ergebnis ist daher festzuhalten, daß eine allein durch den Anteil der eigenen Finanzierungsmittel am BSP bestimmte Investitionsquote in den Jahren 1970 bis 1974 weitaus weniger abgesackt wäre als die historische und daß die Erholung aus diesem Tief wesentlich deutlicher wäre, als dies tatsächlich der Fall ist.

Mit anderen Worten: Die Entwicklung der eigenen Finanzierungsmittel hatte einen schwach negativen, ihre Verwendung einen stark negativen Einfluß auf die Investitionsquote der Unternehmen.

3.2. Der "Spreizeffekt"

Das Datenmaterial zur Finanzierungsrechnung läßt auch noch einen Rückschluß auf die Strukturdifferenzierung der Unternehmen zu. Wenn sich gleichzeitig Kreditfinanzierung und Geldvermögensbildung ausweiten, dann zeigt sich eine "Spreizung" des Unternehmenssektors: Einzelne Bereiche müssen dann ihre Investitionen über Fremdmittel finanzieren, weil andere Bereiche zwar über eigene Finanzmittel verfügen, diese aber auf den Geldvermögensmärkten anlegen und somit als Nachfrager im Sinne der Belieferung durch andere Unternehmen ausfallen. Zwangsläufig müssen sich deshalb die "Ausgaben"-überschüssebereiche (Einnahmen kleiner als Ausgaben) mehr verschulden als die Einnahmeüberschüssebereiche. Das sieht auch die Bundesbank, wenn sie in ihrem Monatsbericht vom Oktober 1979 schreibt: "Die gleichzeitig starke Ausdehnung sowohl der finanziellen Passiva als auch des Forderungsvermögens - bei insgesamt, wie erwähnt, nur wenig erhöhtem Nettofinanzbedarf - ist wohl auf eine differenzierte Entwicklung der Finanzierungsverhältnisse im Unternehmenssektor zurückzuführen."

Diese Strukturdifferenzierung läßt sich über den sogenannten "Spreizeffekt" berech-

nen (in den ersten Jahresgutachten des SVR auch noch berechnet):

$$\text{Spreizeffekt} = \frac{\text{Zunahme der Gesamtverschuldung des Unternehmensbereichs}}{\text{Zunahme der Nettoverschuldung des Unternehmensbereichs gegenüber den anderen Sektoren (Finanzierungssaldo)}}$$

Wenn die (Brutto-) Geldvermögensbildung im Unternehmenssektor Null ist, dann ist der Spreizeffekt (S) eins:

$$S = \frac{KA}{KA - GVB} = \frac{KA}{FS}$$

In diesem Fall verteilt sich die Verschuldung auf den gesamten Bereich. Je mehr die Geldvermögensbildung im Verhältnis zur Gesamtverschuldung steigt, umso stärker wächst der Spreizeffekt über eins hinaus. Dies Phänomen der Ausspreizung der Wirtschaft kennt die alte Konjunkturtheorie für Abschwünge, die in Bereichen der Wirtschaft zu Einnahmeüberschüssen (weniger Ausgaben als Einnahmen) führen, denen Ausgabenbereiche gegenüberstehen. Es lässt sich auch auf die mittelfristige Betrachtung der Wachstumskrise übertragen: Wachsende Geldvermögensbildung bei einem Teil der Unternehmen steht dem Zwang zur Kreditfinanzierung bei anderen Unternehmen wegen Nachfrageausfällen gegenüber.

Tabelle 1
Spreizeffekt

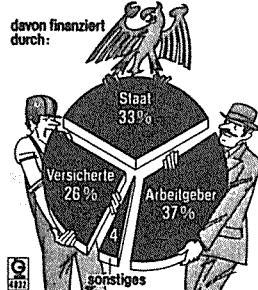
1960	1.51146
1961	1.59757
1962	1.52324
1963	1.68417
1964	1.6553
1965	1.55124
1966	1.52298
1967	16.4065
1968	2.73663
1969	1.72777
1970	1.67614
1971	1.84624
1972	2.12916
1973	1.70813
1974	2.29252
1975	3.85855
1976	3.23177
1977	2.85192
1978	16.8699
1979	2.34513
1980	1.65096
1981	2.27842
1982	2.47918

Daraus resultieren die folgenden Kreislaufwirkungen: Dort, wo Geldvermögen gebildet wird, fällt volkswirtschaftliche Nachfrage aus. Dies wiederum zwingt die anderen Unternehmen in die teure Kreditfinanzierung, weil es durch den Rückzug dieser Unternehmen, die ihr erwirtschaftetes Einkommen auf den Geld- und Kapitalmärkten anlegen, bei den bisherigen Zulieferern zu Absatzausfällen kommt.

Die kreislaufspezifischen Wirkungen des Rückzugs staatlicher Ausgabenpolitik sind auf das Phänomen "Spreizeffekt" im Sinne intrasektoraler Auswirkungen übertragbar.

Diese Strukturdifferenzierung ist, wie durch weitere Argumente nachweisbar ist, auf die Spaltung in einen monopolistischen und einen konkurrenzellen Sektor der kleinen und mittleren Wirtschaftseinheiten zurückzuführen. Die Entwicklung des Spreizeffekts für die Jahre 1960 bis 1982 belegt die trendmäßige Zunahme der Strukturdifferenzierung.

Wer bezahlt den Sozialstaat ?
Sozialleistungen 1982: 533 Mrd DM



Hauptgeldquelle: Löhne

pt DÜSSELDORF. Die Einkommen aus abhängiger Beschäftigung sind der Fonds aus dem der Staat das soziale Netz finanziert. Die Aufgliederung der Sozialausgaben in obiger Graphik nach dem Anteil des Staates, dem Anteil der Arbeitgeber und dem Anteil der Versicherten täuscht darüber hinweg, daß alle diese Anteile letztlich aus den Einkommen der Arbeitnehmer finanziert werden.

Direkt steuerten die Arbeitnehmer mit ihren Sozialversicherungsbeiträgen zwar nur 26 % zu den 533 Mrd. DM Sozialausgaben im vergangenen Jahr bei. Der Staat zahlt aus Steuermitteln 33 %. Die Arbeitgeberanteile summieren sich auf 37 % der Kosten des Sozialstaates. Der sog. Arbeitgeberanteil ist jedoch in Wirklichkeit ein Bestandteil des Arbeitslohnes. Die Beiträge werden zwar vom Arbeitgeber abgeführt, sie werden

jedoch nicht aus dem Gewinn ge- zahlt, sondern die Unternehmer kalkulieren diese Zahlungen als Lohnbestandteil in die Preise ihrer Produkte ein.

Am Steueraufkommen des Staates wiederum sind auch die Einkommen aus abhängiger Beschäftigung überproportional beteiligt. Änderungen bei den Löhnen, etwa eine zurückhaltende Tarifpolitik, wie sie in den vergangenen Jahren üblich war, haben damit auch sofort Auswirkungen auf die Finanzierbarkeit des Sozialstaates. Fatal im Hinblick auf den gewollten Umverteilungseffekt ist dieser Zusam- menhang zwischen Löhnen und den dem Sozialstaat zur Verfügung stehenden Mitteln dann, wenn die Löhne hinter der Entwicklung der Gewinne, der Zinseinkommen oder sonstiger Vermögenseinkünfte zu- rückbleiben.

Rudolf Hickel

Arbeitszeitverkürzung, voller Lohnausgleich und Lohnquote

Ein Nachtrag zum gleichnamigen Beitrag im MEMO-FORUM 1

Der Beitrag "Arbeitszeitverkürzung, voller Lohnausgleich und Lohnquote" hat zu Hinweisen geführt, die einen Nachtrag erforderlich machen.¹⁾ In diesem hier vor-gelegten Nachtrag sind die erforderlichen Ergänzungen so ausgewiesen, daß diese nicht unbedingt im einzelnen nachvollzogen werden müssen. Um aber die Ableitungen den mathematisch Interessierten - und die gibt es, wie die Reaktionen zeigen, unter den Lesern des MEMO-FORUM - zugänglich zu machen, erfolgt dieser Nachtrag.

Ausgangspunkt ist die folgende Frage: Warum sinkt die Arbeitszeit bei einer Ver-kürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden um 12,5%, während der Stunden-lohn um 14,285% steigen muß, wenn das Wocheneinkommen unverändert bleiben soll ("voller Lohnausgleich"). Eine Methode, diese Werte zu erhalten, erfolgt durch einfaches Einsetzen in der Formel für das Wocheneinkommen, das unverändert bleiben soll.

Es gibt aber auch eine exakte Methode, die hier angegeben werden soll.

A) Formel zur Berechnung des vollen Lohnausgleichs

$$(1) \quad E = l \cdot t$$

(E= Wocheneinkommen, l= Lohnsatz, t= Arbeitszeit pro Woche).

Wie im Beitrag im MEMO-FORUM 1 wird die Veränderung der Reallöhne betrachtet.

In Wachstumsraten gilt:

$$(2) \quad E (1 + w_E) = l (1 + w_l) \cdot t (1 + w_t)$$

durch Umformulierung

$$(3) \quad w_E = w_l + w_t + w_l \cdot w_t$$

Wenn die Wachstumsraten sehr klein sind, dann kann man das Produkt der Wachstums-raten vernachlässigen. Diese Betrachtung (Infinitesimalmethode) wurde bei der Dar-stellung der Wachstumsformel im MEMO-FORUM 1 S.9 angewandt. Dort ist die Formel $w_E = w_l + w_t$ angegeben. Da es sich bei der Einführung der 35-Stundenwoche um große (endliche) Wachstumsraten (12,5% Arbeitszeitverkürzung und 14,285% Stundenlohn-anstieg bei vollem Lohnausgleich) handelt, muß, wie in der Tabelle geschehen, das Restprodukt (Differenzenmethode) berücksichtigt werden.

Bei Einführung der 35-Stundenwoche errechnet sich der Stundenlohnanstieg zur

1) Für die ausführlichen Hinweise danke ich den Herren Kattermann und Duffner (Universität Bremen).

Sicherung des vollen Lohnausgleichs wie folgt:

$$w_E = 0$$

d.h. der Wochenlohn darf sich nicht ändern. Dann gilt durch Einsetzen in die Gleichung 3:

$$0 = w_1 - 0,125 - w_1 \cdot 0,125$$

$$w_1 = 0,125 : 0,875 = 0,14285$$

Die Stundenlöhne müssen zur Sicherung des Lohnausgleichs bei einer Verkürzung der Arbeitszeit um 12,5% um 14,285% steigen.

(Allgemein gilt $w_1 = - \frac{w_t}{1 + w_t}$. Wenn nun die Verkürzung der Wochenarbeitszeit

sehr klein wäre, dann müßten die Stundenlöhne mit derselben Rate wachsen. Das widerspricht aber gerade der Forderung nach Einführung der 35-Stundenwoche.)

B) Formel zur Berechnung des Beschäftigungseffektes

$$(1) \quad A = B \cdot t$$

(A = Arbeitsvolumen, B = Beschäftigte, t = Arbeitszeit pro Woche)

$$(2) \quad w_A = w_B + w_t + w_B \cdot w_t \quad \text{für } w_A = 0$$
$$0 = w_B - 0,125 - w_B \cdot 0,125$$

Wenn die Arbeitszeit pro Woche um 5 Stunden gekürzt wird, dann muß die Beschäftigung rechnerisch um 14,285% (also genauso wie Stundenlöhne für den Lohnausgleich und nicht mit 12,5%) wachsen.

$$(3) \quad w_B = - \frac{w_t}{1 + w_t} \quad (w_B = 0,125 : 0,875 = 14,285\%)$$

C) Formel zur Berechnung der Lohnquote

Durch die Differenzenbetrachtung - im Gegensatz zur Infinitesimalbetrachtung im MEMO-FORUM 1 bei der Berechnung der Formeln - ergibt sich eine wichtige Veränderung bei der Abschätzung der Lohnquote.

Wird die 35-Stundenwoche eingeführt und werden zur Sicherung des vollen Lohnausgleichs die Stundenlöhne um 14,285% erhöht, dann muß die Lohnquote nur um 6,5% (und nicht, wie in der Tabelle 2 im MEMO-FORUM 1 ausgewiesen um 6,98%) steigen.

$$(1) \quad a = L : Y = (1 \cdot A) : Y = 1 : b$$

(a = Lohnquote, L = Lohnsumme, Y = Stundenlohn, A = Arbeitsvolumen, b = Erwerbsstundenproduktivität)

$$(2) \quad w_a = \frac{w_1 - w_b}{1 + w_b}$$

Über die Produktivitätsentwicklung müssen Annahmen gemacht werden. Wenn die autonome Produktivität um 3,2% und die durch Arbeitszeitverkürzung induzierte um 4,1% steigt (vgl. Tabelle), dann muß bei Einführung der 35-Stundenwoche und vollem Lohnausgleich die (unbereinigte) Lohnquote um 6,5% steigen.

Arbeitszeitverkürzung, Lohnausgleich und Lohnquote

Wochenarbeitszeitverkürzung um ...	%-Anstieg der Stun- denlöhne bei Lohn- ausgleich	Produktivitäts- anstieg in vH			Anstieg der Lohnquote bei AZV mit vollem Lohnaus- gleich
		autonomer Anstieg	induzierter Anstieg	insge- samt	
1	2,56	3,2	0,7	3,9	-1,28 (-1,3) ^{a)}
2	5,26	3,2	1,5	4,7	0,53 (0,6)
3	8,1	3,2	2,3	5,5	2,46 (2,6)
5	14,28	3,2	4,1	7,3	6,5 (6,98)

a) Werte in der Tabelle 2 im MEMO-FORUM 1 durch die Infinitesimalmethode

Somit erhöht sich etwa durch die Einführung der 35-Stundenwoche die Lohnquote um 6,5%. Nimmt man die unbereinigte Lohnquote, die der SVR in seinem Jahrestachten für 1983/84 mit 72% schätzt, dann ergibt sich durch die Finanzierung des Lohnausgleichs eine (unbereinigte) Lohnquote von 76,68%.

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ¹		Reallohnentwicklung ¹						
		Brutto	Netto	1980	1981	1982	1. Hj. 1983	2. Hj. 1983 ²
1980 1. Hj.		+ 3,6	+ 6,0					
2. Hj.		- 4,9	- 4,3					
1981 1. Hj.		- 6,0	- 5,9					
2. Hj.		+ 3,4	+ 5,6					
1982 1. Hj.		+ 6,6	+ 9,2					
2. Hj.		+ 5,8	+ 6,1					
1983 1. Hj.		+11,3	+13,2					
2. Hj. ²		+11,0	+12,5					

1 In % gegenüber dem Vorjahr
 2 Schätzung des „Herbigutachtens“
 (Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/1983, S. 669; DIW-Wochenbericht 42-43/83, S. 534)

1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
 2 Schätzung des „Herbigutachtens“
 (Quelle: Wirtschaft und Statistik 9/83, S. 668; DIW-Wochenbericht 42-43/83, S. 534)

aus: Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse, J. Goldberg u.a. (Hrsg.), Nr. 4/1983, Frankfurt 1983

Diskussionsforum

Hans-Peter Kremer/ Werner Maßeling

KRITIK DER RÜSTUNGSEXPACTION IN DER BRD UND ALTERNATIVEN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Zur politisch-ökonomischen Begründung der Abrüstungsforderung im MEMORANDUM

I

Im folgenden Diskussionsbeitrag wird versucht, eine kritische Zwischenbilanz über die Analyse der Rüstung im MEMORANDUM aufzustellen. Hierzu werden zunächst die wesentlichen seit 1975 entwickelten diesbezüglichen Positionen referiert und kommentiert, um offene Fragen und Inkonsistenzen - aber auch Ungenauigkeiten aufzudecken und Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung zur Diskussion stellen zu können.⁺⁾

Die Forderung nach "Verminderung des Verteidigungshaushalts" (MEMORANDUM '75, S. 1292) gehört zu den 'Essentials' des MEMORANDUM. Sie wird im Laufe der Jahre immer gründlicher ausgebaut, konkretisiert und begründet. Ihre Begründung bezieht die Forderung nach Kürzung des Militäretats wesentlich aus den ökonomischen, sozialen und politischen Schäden von staatlichen Militärausgaben, Rüstungsproduktion und Waffenhandel im allgemeinen sowie der Rüstungsexpansion hierzulande seit der Wende zu den achtziger Jahren im besonderen. Gleichsam die zweite Seite dieses Begründungszusammenhangs - aber 'historischer' Ausgangspunkt im MEMORANDUM - ist die mögliche alternative Verwendung der freiwerdenden Mittel im Rahmen einer alternativen Wirtschaftspolitik...

Den Kern der gegenwärtigen staatlichen Haushaltspolitik bildet die Umschichtung öffentlicher Finanzen zugunsten der Militärausgaben, zulasten der zivilen Etats. Vor dem Hintergrund der Haushaltsskrise führen das Langzeirüstungsprogramm der NATO, die Beschaffung der zweiten Waffengeneration für die Bundeswehr und die "überdurchschnittlichen Preissteigerungen im Rüstungsbereich" (MEMORANDUM '81, S. 53) dazu, "daß kein Spielraum für die Steigerung oder auch nur die Aufrechterhaltung sozial dringend erforderlicher Ausgaben im bisherigen Umfang mehr verbleibt" (MEMORANDUM '79, S. 99). "Während die Ausgaben des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit von 1979 bis 1983 um 5,5% gesunken sind, liegen die Ansätze für militärische Beschaffungen 1983 um 45,7% über denen von 1979" (MEMORANDUM '83, S. 121). Mittlerweile erhält kein Ministerium mehr so viele zusätzliche Mittel wie das Verteidigungsministerium, verschiedene Sozialtats werden nominal gekürzt. Daß dieser Trend fortgeschrieben werden soll, belegt die momentan geltende mittelfristige Finanzplanung für den Zeitraum von 1983 und 1987. Ihr zufolge beläuft sich der An-

⁺⁾ Am Schluß findet sich eine Auswahl von hundert neueren Titeln der kritischen Literatur zum Verhältnis von Ökonomie und Rüstung. Daher wird - abgesehen von den im Text fortlaufend zitierten Stellen aus den MEMORANDEN - darauf verzichtet, den Beitrag mit einem - dann sicher umfangreichen und damit u.E. unübersichtlichen - Fußnoten-Apparat zu versehen.

teil der zusätzlichen Militärausgaben am Wachstum der Bundesausgaben nach Abzug der Mittel für allgemeine Finanzverwaltung auf 130% (7 Mrd. DM), was zwingend eine Senkung der anderen Ausgaben bedeutet (MEMO-FORUM 1, S. 24).

Diese Rüstungsexpansion in der ökonomischen Krise basiert auf der gegenwärtigen Konzeption neokonservativer Wirtschaftspolitik, deren Kern die Austerität nach innen mit dem Ziel der Expansion nach außen darstellt. Die spezifische Schwerpunktsetzung der bundesdeutschen Variante, nämlich Austerität nach innen, führt dazu, daß der Widerspruch zwischen Angebotsorientierung und militärischer Aufrüstung nicht in dem Ausmaß zum Tragen kommt wie bspw. in den USA. Zwar erschweren die Ausgabensteigerungen für 'Verteidigung' auch dann, wenn sie durch Kürzungen im zivilen Sektor finanziert werden, die Haushaltskonsolidierung; es ist jedoch davon auszugehen, daß diese fiskalpolitische Widersprüchlichkeit durch die (innen- und außen-) politischen Wirkungen der Rüstungsexpansion überkompensiert werden. So paßt sich innen- und gesellschaftspolitisch die Prioritätensetzung zugunsten des Militärs nahtlos in die als 'Wende' bezeichnete politisch-ideologische Rechtsentwicklung ein. "Arbeitslosigkeit, der Ruf nach Lohnsenkungen und mehr Rüstung vereinen sich mit sozialer Demontage und der Gefährdung demokratischer Rechte" (MEMORANDUM '81, S. 20). Außen- und militärpolitisch trägt die Aufrüstung in der BRD der Zunahme der Konfrontation, militärischem Druck, Spannungen und Gewaltanwendungen in den internationalen Beziehungen Rechnung. Diese "Labilität in den internationalen Beziehungen" (MEMORANDUM '79, S. 97f) begünstigt, daß die ökonomische Expansion nach außen begleitet wird durch "Drohungen und Ankündigungen von Handelsoffensiven und -boykotten" (MEMORANDUM '80, S. 34) sowie der "Drohung, Rohstoffinteressen notfalls mit militärischer Gewalt sichern zu wollen" (ebd., S. 43). Vor dem Hintergrund der "Erweiterung des Sicherheitsbegriffs" um "Sicherheit des Zugangs zu den Rohstoffquellen, der Energiezufuhr, der Kapitalanlage im Ausland" (MEMORANDUM '83, S. 126) ist die Rüstungsexpansion nicht in erster Linie als 'rechtskeynesianisches' Element, sondern als militärisches Pendant der auf ökonomischer Außenexpansion abzielenden neokonservativen Wirtschaftspolitik zu verstehen.

Allerdings ist künftig noch genauer zu untersuchen, wie und mit welchem Erfolg die Aufrüstung die Weltmarktstrategien militärisch flankiert. In diesem Zusammenhang müßte auch der aus dem Anschluß an die konfrontative US-Globalstrategie resultierende Schaden für das bundesdeutsche Kapital, der sich ökonomisch über die hohen US-Zinsen und politisch über die Restauration amerikanischer Dominanz im westlichen Bündnis vermittelt, näher analysiert werden. Dies gilt auch für die sozial-ökonomischen Träger der militärischen Aufrüstung hierzulande, denn aus der Rüstungswirtschaft ist mit dem stärksten Widerstand gegen eine alternative Verwendung der Militärausgaben zu rechnen. Ferner bleibt im MEMORANDUM offen, welche Wirkungen die überhöhten Rüstungsprofite sowie die staatliche Rüstungsförderung allgemein auf das gesamtwirtschaftliche Preisniveau haben. Direkt bedauerlich ist, daß im

jüngsten MEMORANDUM, in dem der Rüstung ein eigenes Kapitel gewidmet wird, die Abrüstungsforderung nur unkonkretisiert angesprochen und eher als 'Nebenbemerkung' versteckt wird (MEMORANDUM '83, S. 146).

Die zuletzt genannten Probleme sollen im folgenden nicht behandelt werden. Wir konzentrieren uns auf zwei zunächst näherliegende - weil bereits im MEMORANDUM analysierte - Problemkreise:

- Die vergleichsweise geringen Beschäftigungseffekte und ökonomischen Rückwirkungen von Militärausgaben, Rüstungsproduktion und Waffenhandel sowie vor allem ihre Begründung sind weiterhin strittig; insbesondere an den in diesem Zusammenhang verwendeten Input-Output-Studien sind z.T. erhebliche Zweifel anzumelden.
- Der Zusammenhang zwischen Rüstungsexpansion, technologischem Fortschritt, Produktivitätswachstum und wirtschaftlicher Entwicklung kann keineswegs als eindeutig geklärt gelten. Zentral ist hierbei der 'unvermittelte' Zusammenhang von Rüstungsexpansion, Produktivitätsverlusten und Arbeitszeitverkürzung.

II

Entgegen dem populären Arbeitsplatz-Argument stellt das MEMORANDUM schon recht früh fest, daß "öffentliche Aufträge im zivilen Bereich einen höheren Beschäftigungseffekt aufweisen" (MEMORANDUM '77, S.642) als im Militärbereich. Zunächst wird die Vielzahl diesbezüglicher US-amerikanischer Untersuchungen als empirischer Beleg herangezogen, später (MEMORANDUM '81, S. 79) die hinlänglich zitierte DIW-Studie (Schmidt, J. 1977). Daraus läßt sich der Schluß ziehen: "Wenn zusätzliche Militärausgaben aus dem Zuwachs der Staatsausgaben insgesamt finanziert werden, wäre das Wachstum der Beschäftigung also geringer, als wenn die zusätzlichen Staatsausgaben zur Finanzierung neuer Sozialausgaben verwendet würden. Werden die steigenden Militärausgaben jedoch, wie dies gegenwärtig zumindest zum Teil der Fall ist, durch Umschichtungen der Staatsausgaben, d.h. durch den Abbau anderer Ausgaben finanziert, ergibt sich per Saldo sogar eine Vernichtung von Arbeitsplätzen" (MEMORANDUM '83, S. 123). Diese Aussage über den direkten gesamtwirtschaftlich negativen Beschäftigungseffekt der Militärausgaben in der BRD kann in der Tat durch die Input-Output-Studie des DIW untermauert werden; allerdings nur insofern und nur deshalb, weil der 'Verteidigungsetat' eine wesentlich höhere Importquote aufweist als die zivilen Haushalte. In der Studie selbst ist bereits ausdrücklich erwähnt, daß sich ihr Ergebnis bezüglich der 'Verteidigungsausgaben' aus dem ihr zugrunde gelegten Importanteil erklärt. Es ist mithin unzulässig, die Untersuchung als Beleg für die Annahme zu benutzen, Rüstungsproduktion sei prinzipiell kapitalintensiver als zivile Fertigung. Genau diese Annahme ist jedoch die in der einschlägigen Literatur die am häufigsten anzutreffende Begründung für die vergleichsweise geringen Beschäftigungseffekte im Rüstungssektor.

Wenngleich der Stellenwert der Automation und der Elektronik in der heutigen Rüstungsproduktion unstrittig ist, läßt sich dennoch eine unterdurchschnittliche Arbeitsintensität in der Waffenherstellung nicht beweisen. Dafür ist die Datenlage zu dünn; denn schließlich werden in der BRD Rüstungsgüter branchenübergreifend produziert. Rüstungsspezifische Input-Output-Tabellen sind also nicht verfügbar. So mußte sich in der oben genannten DIW-Studie mit Tabellen über die rüstungsproduzierenden Branchen beholfen werden. Damit können ebensowenig gesicherte Aussagen über den Arbeitskoeffizienten in der bundesdeutschen Rüstungswirtschaft getroffen werden wie mit den Daten aus den diversen US-Studien, die regelmäßig dem militärischen Sektor den geringsten Beschäftigungseffekt zuweisen. Abgesehen davon, daß hier an der Validität der Untersuchungsmethoden zu zweifeln ist - immerhin weichen die Ergebnisse der einzelnen Studien, selbst wenn sie auf gleich hohem Einsatz staatlicher Gelder im gleichen Zeitraum basieren, sehr weit voneinander ab -, kann von einer einmal unterstellten hohen Arbeitsproduktivität in der US-amerikanischen Rüstungsindustrie, die in starkem Maße Atomwaffen und Raketen produziert, nicht umstandslos auf die bundesdeutsche Rüstungswirtschaft geschlossen werden.

Die These der überdurchschnittlich hohen Kapitalintensität ist nicht nur in empirischer, sondern auch in theoretischer Hinsicht problematisch. Hier wird in der Regel davon ausgegangen, daß das gegenwärtige qualitative Wettrüsten zu einem Modernisierungsdruck bei den Waffensystemen führt, der einen Rationalisierungsdruck auf die Waffenproduktion ausübt. Diesem Argumentationsmuster könnte zum einen entgegengehalten werden, daß auch etliche zivile Branchen, insbesondere die export-orientierte Industrie, unter erheblichem Innovationsdruck stehen, zum anderen, daß die vergleichsweise geringen Stückzahlen in der Rüstungsproduktion tendenziell mit einem höheren Arbeitskoeffizienten einhergehen müßten. An diesem Punkt könnten, will man sich nicht auf spekulativ bleibende Plausibilitätserwägungen verlassen, allenfalls Berichte von Betriebsräten ein wenig weiterhelfen; aber auch deren Aussagen widersprechen sich.

Angesichts der Datenlage und des gegenwärtigen Diskussionsstands sind Schlußfolgerungen vom spezifischen Charakter der militärischen Produktion auf die rüstungswirtschaftliche Arbeitsintensität oder -produktivität kaum haltbar. Dies wird auch dadurch erhärtet, daß Rüstungs- und Zivilproduktion eng miteinander verzahnt sind. Der gesamtwirtschaftlich unterproportionale Beschäftigungsgrad in der Rüstungswirtschaft selbst erklärt sich wahrscheinlich daraus, daß Rüstungsgüter fast ausschließlich in Großunternehmen hergestellt werden und daß in diesem Sektor besondere Möglichkeiten zur Einführung arbeitssparender Technologien gegeben sind.

Zusammenfassend läßt sich die direkte rüstungsinduzierte Senkung des gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsvolumens allein dadurch erklären, daß die mit Sozial- und Infrastrukturausgabenkürzungen finanzierte Rüstungsexpansion staatliche Gelder

in Bereiche lenkt, wo sie entweder gar keinen (Importe) oder einen relativ geringen (hochkonzentrierte Branchen) Beschäftigungseffekt zeitigen.

Der spezifisch militärische Charakter der Rüstungsproduktion hat allerdings einen zentralen Stellenwert bei der Analyse der langfristigen Folgen anhaltend hoher Militärausgaben. Rüstungsausgaben nehmen ökonomisch betrachtet "Arbeitskräfte, Energie, Rohstoffe und Produktionsmittel in Anspruch, die der gesellschaftlichen Versorgung entzogen werden" (MEMORANDUM '81, S. 18). Die daraus resultierende Belastung gegenwärtiger und vor allem zukünftiger Konsum- und Produktionsmöglichkeiten wirkt sich langfristig negativ auf die private, zivile Investitionstätigkeit aus. Andererseits müssen im Rüstungssektor "Kapazitäten aufgebaut werden, die schon in wenigen Jahren leerstehen oder erneut einen Schub an Waffenbeschaffungen erfordern" (MEMORANDUM '79, S. 99). Daraus resultiert eine strukturelle Deformation des Produktionsapparats. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten staatlicher Struktur- und Infrastrukturpolitik durch die Militärausgaben begrenzt. Somit trägt Rüstung in hohem Maße zu den ökonomischen Wachstumshemmungen bei; eine dauerhafte Rüstungs-expansion droht die ökonomischen Reproduktionsgrundlagen der Gesellschaft zu untergraben.

III

Mit der Problematisierung der Begründung rüstungswirtschaftlich induzierter gesamtwirtschaftlicher Beschäftigungsverluste im MEMORANDUM soll - wie deutlich geworden sein dürfte - nicht der negative Effekt selbst infrage gestellt werden. Denn im allgemeinen "bedeuten hohe Militärausgaben den Einsatz produktiver Res-sourcen - Arbeitskraft, know-how, Energie, Rohstoffe, Maschinen - für Zwecke, die weder den unmittelbar konsumtiven Lebensstandard noch die Produktionsmöglichkeiten einer Gesellschaft verbessern; sie sind in diesem Sinne also Vergeudung oder unproduktive Ausgaben. Das gilt in besonderem Maße für den technologischen Fort-schritt und die Produktivitätsentwicklung als wesentlichen Faktor des Wirtschafts-wachstums. Da Waffensysteme und andere hochgezüchtete Militärprodukte ungleich forschungsintensiver sind als zivile Produkte (...), absorbieren hohe und steigende Militärausgaben einen wesentlichen Teil des Forschungspotentials eines Landes. Da der zivile 'spin-off' militärischer Forschung und Entwicklung gering ist, führt eine derartige Belastung zu einem Rückstand in der Produktivitätsentwicklung" (MEMORANDUM '83, S. 123).

Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung (F&E) sind - als Teilbereich staatlicher Militärausgaben - unproduktiv und - was mindestens genauso wichtig ist - nicht reproduktiv. Während staatliche Militärausgaben - und damit auch mili-tärische F&E-Förderung - die Wachstumsperspektiven einer Volkswirtschaft jedoch unmittelbar einschränken, besteht das Spezifikum staatlicher Finanzierung militä-

rischer F&E darin, daß die Wachstumsverluste auf Produktivitätsverluste und diese wiederum auf die Hemmung des technologischen Wandels zurückgeführt werden. Die vergleichsweise hohe Forschungsintensität militärischer Produkte und ihr geringer ziviler 'spin-off' sind die hemmenden Determinanten. Damit wird ein Zusammenhang zwischen Rüstungsexpansion einerseits sowie Hemmung des technologischen Wandels, Produktivitäts- und Wachstumsverlusten andererseits hergestellt, in dem die Produktivitätsentwicklung die zentrale, den Begründungszusammenhang konstituierende Größe darstellt. Dieser Begründungszusammenhang muß u.E. relativiert werden:

1. Schlüsse von einer rüstungsinduzierten Hemmung des technologischen Wandels auf das Produktivitätswachstum sind ebenso problematisch wie der Umkehrschluß von gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsverlusten auf eine Expansion militärischer F&E. - Denn es spricht vieles dafür, "daß die statistisch gemessene Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität nicht mehr als Indikator für das Ausmaß des technisch-organisatorischen Wandels dienen kann" (ebd., S. 141). Trotz enormer qualitativer Entwicklungen (Mikroelektronik, Datenverarbeitung) suggerieren die statistischen Zeitreihen und Prognosen gegenwärtig (noch) eine Verlangsamung des technologischen Wandels. Das Sinken des Indikators 'Produktivitätswachstum', das hierfür verantwortlich ist, muß auf den sinkenden Kapazitätsauslastungsgrad (Erreichung der optimalen Betriebsgröße, Absatzstagnation) und mangelnde Investitionen zurückgeführt werden. Denn, da Arbeitsproduktivität nichts anderes mißt als das tatsächlich erstellte, reale Bruttosozialprodukt bzw. Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten bzw. Arbeitsstunde, bestimmt das Produktionsvolumen und seine Auslastung den 'Fortschrittsindikator' entscheidend mit. Mit anderen Worten: Da der allgemeine Zusammenhang zwischen technologischem Wandel und Produktivitätsentwicklung nicht eindeutig bestimmt ist, lassen sich weder eindeutige Wirkungen militärischer F&E auf die Produktivität ausmachen, noch entsprechende Rückschlüsse aus einer Verlangsamung des Produktivitätswachstums ziehen.
2. Der Versuch, sinkende Wachstumsraten linear aus rüstungswirtschaftlichen Produktivitätshemmungen abzuleiten, muß unbefriedigend bleiben. - Denn immerhin folgt aus der Definition der Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität, "daß bei gegebenem technischen und organisatorischen Standard die statistische Produktivität steigt, wenn das BSP wächst: Hohe Wachstumsraten des BSP haben innerhalb weiter Grenzen größere Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität zur Folge" (ebd.). Eine Analyse von Produktivität und Wachstum als voneinander unabhängiger Größen verbietet sich mithin, so daß von rüstungsinduzierten Produktivitätsverlusten eben nicht unmittelbar auf sinkende Wachstumsraten geschlossen werden sollte.
3. Es ist anzumerken, daß der technische Fortschritt zwar einen Wachstumsfaktor darstellt, aber nicht umgekehrt auch Wachstum zur unbedingten Voraussetzung hat.

Die neuen Technologien werden sich "in jedem Falle, also auch ohne Wachstum, mit großer Geschwindigkeit verbreiten, weil sie starke Rationalisierungseffekte selbst bei Produktionsrückgang ermöglichen, und dies bei weiter sinkenden Preisen der entsprechenden Geräte" (ebd.). - D.h.: selbst wenn Rüstungsforschung das Wachstum über Produktivitätsverluste, die ihrerseits aus der Hemmung des technologischen Wandels abgeleitet sind, beeinträchtigt, heißt dies nicht unbedingt, daß aufgrund dieser Zusammenhänge die gesamtwirtschaftliche Ausbreitung neuer Technologien gehemmt wird.

Wohlgemerkt: hier soll nicht der Auflösung der zur Diskussion stehenden Zusammenhänge das Wort geredet werden; die Zusammenhänge sollen und müssen vielmehr relativiert werden. Ferner sind die Kapitel im MEMORANDUM '83 über Rüstung einerseits mit den Zusammenhängen zwischen technologischem Wandel, Produktivitätsentwicklung und Wirtschaftswachstum auf der anderen Seite nicht vermittelt; oder: die Analyse der Rüstungsexpansion - im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik analysiert - ist in die theoretischen Fundamente des MEMORANDUM noch nicht hinreichend integriert.

Für einen weiteren Problemkreis, der ebenfalls an den Interdependenzen von Rüstungsexpansion und Produktivitätsentwicklung anknüpft, ist der letzte 'Vorwurf' ebenso von Relevanz. - Gemeint ist folgendes: Da es nicht zuletzt die im Vergleich zum Wachstum des realen Bruttosozialprodukts hohen Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität sind, welche die Beschäftigungskrise hierzulande perpetuieren, könnte die Produktivitätshemmung durch Rüstungsexpansion geradezu als beschäftigungspolitisches Instrument begriffen werden, das die 'Schere' zwischen Produktivitätsfortschritt und Wirtschaftswachstum von der Seite der Produktivität her schließt. Eine "umfassende Strategie, die das Problem der Massenarbeitslosigkeit auf verschiedenen Wegen angeht" und als zentrale Elemente eine "Politik des qualitativen Wachstums, eine spürbare Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich und weitgehende Maßnahmen zur Demokratisierung der Wirtschaft" zum Inhalt hat, verlangsamt eben auch den allgemeinen Produktivitätsfortschritt (ebd., S. 135). Hieraus würde sich der 'Widerspruch' ergeben, daß im MEMORANDUM einerseits aufgrund von Rüstungsexpansion ausbleibendes Produktivitätswachstum das Problem der Arbeitslosigkeit verschärft, andererseits gerade eine Senkung des Produktivitätswachstums durch Arbeitszeitverkürzung aus beschäftigungspolitischen Motiven gefordert wird.'

Hier sind zwei Dinge zu berücksichtigen. Erstens wird nicht die Senkung des Produktivitätswachstums, sondern die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert, was politisch ein sehr großer Unterschied ist. Zweitens ist die strukturell-inhaltliche Seite der Produktivitätsentwicklung zu beachten: der allgemeinen Senkung des Produktivitätsfortschritts infolge von Arbeitszeitverkürzung steht im Falle der

Rüstungsexpansion eine Deformation des Produktionsapparates aufgrund monopolistischen Kapazitätsaufbaus und Ressourcenverknappung gegenüber. Es wird auch ausgeführt, "daß der größte Teil der neuen Rüstungsaufträge an jene führenden Rüstungskonzerne gegangen ist, deren Kapazitätsauslastung ohnehin schon gut war und die, um dem neuen Auftragsboom zu begegnen, zunächst ihre Kapazitäten ausdehnen mußten - ein Beitrag zu steigender gesamtwirtschaftlicher Produktionskapazität bei konstanter oder sinkender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage. Darüberhinaus sind durch den militärischen Auftragssprung bestimmte Rohstoffe und Metalle (Aluminium, Titan) äußerst knapp und teuer geworden und stehen für (rentable) zivile Verwendung kaum noch zur Verfügung - ein Beitrag zur sinkenden Auslastung ziviler Kapazitäten - nicht aus Nachfragemangel, sondern aus Ressourcenknappheit (eine typische kriegswirtschaftliche Deformation des kapitalistischen Krisenprozesses)" (ebd., S.124).

Nur die 'Brücke' wird nicht geschlagen. Denn: wenn es zutrifft, daß es nicht auf Wachstumsraten, sondern darauf ankommt, was wächst, dann ist eben auch wichtig, worin Produktivitätsverluste inhaltlich und strukturell bestehen. Bezogen auf die Rüstung: Wichtiger als das Konstatieren rüstungswirtschaftlich induzierter Produktivitätsverluste ist der Nachweis, worin die ökonomischen Effekte der Deformation des Produktionsapparates bestehen. Das wirtschaftspolitische Alternativkonzept (qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Demokratisierung der Wirtschaft) und seine Finanzierung erfahren von dieser Seite eine weitere Begründung.

IV

Vom Kanon der durch Aufrüstung verursachten ökonomischen, sozialen und politischen Schäden konnte im vorliegenden Beitrag nur ein Ausschnitt behandelt werden. In seiner eingangs angedeuteten gesamten Breite verdeutlicht er die Notwendigkeit der Abrüstungsforderung im Rahmen einer Konzeption alternativer Wirtschaftspolitik. So wird im MEMORANDUM vorgeschlagen, die Rüstungsausgaben zunächst auf dem gegenwärtigen Stand "einzufrieren" (erstmals im SONDERMEMORANDUM '81, S. 1269). - Der 'Verteidigungsetat' belief sich 1981 auf ca. 42 Mrd. DM, 1984 auf ca. 48 Mrd. DM. - Die freiwerdenden finanziellen Mittel sollen beschäftigungs- und versorgungspolitisch sinnvoll verlagert werden (vgl. MEMORANDUM '82, S. 26). Zum "Einfrieren" und Verlagern ist folgendes vorgeschlagen (vgl. MEMORANDUM '79, S. 99 f., SONDERMEMORANDUM '81, S. 1269; MEMORANDUM '82, S. 157f):

- Ausnutzung der Fluktuation des Militärpersonals und Einberufung von weniger Wehrpflichtigen/neue Stellen im sozialen Bereich, Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst;
- Aufrechterhaltung der staatlichen Nachfrage im Bereich der Betriebsausgaben und Erhöhung der Sachausstattung im sozialen und infrastrukturellen Bereich;
- Einfrieren der verteidigungsinvestiven Ausgaben durch Verzicht auf das Hochfah-

ren der großen Waffenbeschaffungsprogramme und härteres Auftreten des BWB gegenüber den Preisforderungen der Rüstungsunternehmen/ Umlenkung der F&E-Mittel in Konversionspläne, der Mittel aus 'Beschaffungsprojekten in kompensatorische staatliche Aufträge (Meerestechnik, Umweltschutz, Energieversorgung, Nahverkehr, Medizin etc.), der Finanzen aus militärischen Anlagen in den Wohnungsbau.

Trotz dieses Maßnahmenkataloges scheint die Verwendung der durch Rüstungsbegrenzung oder sogar -verminderung freiwerdenden Mittel nicht durchgängig und eindeutig geklärt zu sein; es besteht zunächst die Tendenz, im Abrüstungsfall zu viele Aufgaben mit zu wenig Geld finanzieren zu wollen. Bleiben wir bei dem oben genannten Katalog, der sich eng an die Ausgabenstruktur des 'Verteidigungsetats' anlehnt und die freiwerdenden Mittel proportional einer 'entsprechend' vergleichbaren zivilen Verwendung zuführt: ihm zufolge werden über die staatliche Absicherung von Konversionsschritten im engen, 'harten' Rüstungsbereich hinaus auch einige sozial- bzw. beschäftigungspolitische Vorhaben finanziert. Kriterium ist jedoch, daß die Gelder dort in adäquatem Maße, zivil sinnvoll eingesetzt werden, wo durch Abrüstung staatliche Nachfragerücken entstehen. Naheliegenderweise kann das 'Abrüstungsgeld' nicht für die Produktumstellung in den Rüstungsbetrieben und für ein umfassendes Beschäftigungsprogramm und für die gegenwärtig dringend erforderlichen Maßnahmen im Sozial- und Bildungsbereich ausgegeben werden. Bislang zerstückt sich allerdings in den MEMORANDEN die Finanzmasse (die bei der äußerst optimistischen Annahme einer zehnprozentigen Militärausgabenkürzung gegenwärtig etwa 7 Mrd. DM betragen würde) auf die genannten verschiedenen Verwendungszwecke; im MEMORANDUM '81 wird sogar ein Teil der Mittel zur "Aufstockung der Entwicklungshilfe" (S. 18) gefordert.

In diesem Punkt muß die Abrüstungsforderung konkretisiert werden, wobei die Priorität u.E. der Rüstungskonversion zufallen sollte. Dafür spricht die Rolle der rüstungsabhängig Beschäftigten, die Thematik der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung und vor allen Dingen die Angebotsstruktur der zur Debatte stehenden Alternativproduktion. Diese Stichworte verdeutlichen, daß Rüstungskonversion über staatliche Haushaltsumschichtungen hinaus die prinzipielle Frage nach den Entscheidungsbefugnissen und Produktionskriterien in den Unternehmen berührt. Vor diesem Hintergrund ist die Abrüstungsforderung nicht ausschließlich notwendiger Bestandteil, sondern auch nur durchsetzbar im Rahmen einer alternativen demokratischen Wirtschaftspolitik. Deshalb wird im MEMORANDUM - dies sei zum Schluß zitiert - eine öffentliche Kontrolle der Rüstungsunternehmen gefordert: "Verschiedene Großunternehmen, namentlich in der Rüstungsproduktion, sind überwiegend oder gar ausschließlich von staatlichen Aufträgen abhängig, werden aber gemäß Prinzipien einzelwirtschaftlicher Rentabilität geführt, die in vielen Fragen gesamtwirtschaftlichen Zielen zuwiderlaufen. Auch diese Unternehmen sind im Rahmen eines sich planmäßig und stabil entwickelnden öffentlichen Sektors bei Durchsetzung von

staatlichen Auflagen oder bei Umwandlung in öffentliches Eigentum gesellschaftlicher Kontrolle zugänglich" (MEMORANDUM '78, S. 127).

<u>MEMORANDUM '75</u>	'Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik', in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/1975
<u>MEMORANDUM '77</u>	'Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit', in: Blätter ..., Heft 5/1977
<u>MEMORANDUM '78</u>	Kurzfassung: 'Alternativen der Wirtschaftspolitik', in: Blätter ..., Heft 5/1978 Langfassung: 'Alternativen der Wirtschaftspolitik', Köln 1978**
<u>MEMORANDUM '79</u>	Kurzfassung: 'Vorrang für Vollbeschäftigung - Alternativen der Wirtschaftspolitik', in: Blätter ..., Heft 5/1979 Langfassung: 'Vorrang für Vollbeschäftigung - Alternativen der Wirtschaftspolitik', Köln 1979*
<u>MEMORANDUM '80</u>	Kurzfassung: 'Gegen konservative Formierung - Alternativen der Wirtschaftspolitik', in: Blätter ..., Heft 5/1980 Langfassung: 'Gegen konservative Formierung - Alternativen der Wirtschaftspolitik', Köln 1980*
<u>SONDERMEMORANDUM '80</u>	'Beschäftigungspolitik statt Sparprogramme', in: Blätter ..., Heft 12/1980
<u>MEMORANDUM '81</u>	Kurzfassung: 'Demokratische Wirtschaftspolitik gegen Marktmacht und Sparmaßnahmen', in: Blätter ..., Heft 5/1981 Langfassung: 'Demokratische Wirtschaftspolitik gegen Marktmacht und Sparmaßnahmen', Köln 1981* Sonderbeitrage: -Krise und Alternativen im Wohnungsbau -Ein Beispiel gesellschaftlicher Strukturreformen: Die Vergesellschaftung der Eisen- und Stahlindustrie
<u>SONDERMEMORANDUM '81</u>	'Beschäftigungspolitik statt Sozialabbau - Alternativen zur Sparpolitik', in: Blätter ..., Heft 10/1981
<u>MEMORANDUM '82</u>	Kurzfassung: 'Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung - Alternativen der Wirtschaftspolitik', in: Blätter ..., Heft 5/1982 Langfassung: 'Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung - Alternativen der Wirtschaftspolitik', Köln 1982* Sonderbeitrage: -Sicherung und Ausbau des Sozialstaats statt sozialer Demontage - Alternativen zur Finanzierung der Sozialpolitik -Krise in der Berufsausbildung
<u>SONDERMEMORANDUM '82</u>	'Mehr Arbeitsplätze und soziale Sicherheit', in: Blätter ..., Heft 11/1982
<u>MEMORANDUM '83</u>	Kurzfassung: 'Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Vergesellschaftung - Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik', in: Blätter ..., Heft 5/1983 Langfassung: 'Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Vergesellschaftung - Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik', Köln 1983 Sonderbeiträge: -35 Stunden sind genug! Abbau der Massenarbeitslosigkeit und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch Arbeitszeitverkürzung -Alternativen der Kommunalpolitik - Sicherung von Finanzstärke gegen autoritäre Konsolidierungspolitik und Sozialabbau

* Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln

** Bund-Verlag, Köln

ANHANG: Literaturauswahl zum Verhältnis von Ökonomie und Rüstung

- Albrecht, U., Der Handel mit Waffen, München 1971
- Albrecht, U., Politik und Waffengeschäfte - Rüstungsexporte in der BRD, München 1972
- Albrecht, U., Analyseebenen und Forschungsaufgaben bei der Untersuchung der politisch-ökonomischen Funktionen von Rüstung am Beispiel von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik, in: Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), Rüstung und Militär in der Bundesrepublik Deutschland, Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. V, Opladen 1977
- Albrecht, U., Rüstungskonversionsforschung. Eine Literaturstudie mit Forschungsempfehlungen, unter Mitarbeit von Lorenz, F. und Smith, D., Baden-Baden 1979
- Albrecht, U./Bielfeldt, C., Verteidigungshaushalt und Alternativen, in: Studiengruppe Militärpolitik, Ein Anti-Weißbuch, Reinbek 1974
- Albrecht, U. u.a., Rüstung und Unterentwicklung. Iran, Indien, Griechenland/Türkei: Die verschärfte Militarisierung, Reinbek 1976
- Albrecht, U. u.a., Vorschläge zur Abrüstung in der Bundesrepublik, Düsseldorf 1980
- Albrecht, U. u.a., Militärische Aufrüstung und soziale Demontage? Politische und wirtschaftliche Alternativen zur Rüstungspolitik der Bundesregierung, Düsseldorf 1981
- Albrecht, U. u.a., Mit Rüstung gegen Arbeitslosigkeit?, Reinbek 1982
- Anderson, M., Arbeitslosigkeit und Pentagon-Haushalt, in: Ahlemeyer, H.W./Greiner, B. (Hrsg.), We shall overcome - Die amerikanische Friedensbewegung in Selbstzeugnissen, Köln 1983
- Autorenkollektiv, Militarismus heute - Wesen und Erscheinungsformen des Militarismus in der Gegenwart, Berlin/DDR 1979
- Becker, H./Leist, O., Militarismus in der Bundesrepublik - Ursachen und Formen, Köln 1981
- Benedict, H.J., Arbeiter in der Rüstungsproduktion, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1977
- Bielfeldt, C., Zur Ermittlung der militärisch abhängig Beschäftigten, in: Anti-militarismus-Information 2/1974
- Bielfeldt, C., Ökonomische Probleme der Abrüstung - Konversion? Einige Überlegungen zum Stand der Diskussion, in: Politische Vierteljahresschrift 2/1982
- Bielfeldt, C., Rüstungsausgaben und Staatsinterventionismus - Das Beispiel der Bundesrepublik 1950 - 1971, Frankfurt/M. 1977
- Bielfeldt, C., Aufrüstung und Sozialabbau, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 9/1983
- Bräunling, G. u.a., Rüstungsproduktion und Rüstungspolitik in der BRD, in: Albrecht, U. u.a., Anti-Wehrkunde, Basistexte zur politischen Bildung, Darmstadt/Neuwied 1975
- Bredow, W.v./Kade, G. (Hrsg.), Abrüstung - Politische Voraussetzungen, sozioökonomische Folgen, Aufgaben der Wissenschaftler, Köln 1978
- Breuch, H.-P., Die Bundesrepublik, eine Waffenschmiede für die Welt, in: Marxistische Blätter 1/1982
- Breuer, W., Waffenhandel - Geschäft mit dem Tod, in: Marxistische Blätter 2/1981
- Brock, L., Abrüstung als Entwicklungspolitik, in: Lutz, D.S. (Hrsg.), Sicherheitspolitik am Scheideweg?, Bonn 1982
- Brzoska, M., BRD-Rüstungsexporte in die Dritte Welt, in: Entwicklungspolitische Korrespondenz 1/1979
- Brzoska, M., Rüstung und Dritte Welt - Zum Stand der Forschung, München 1981

- Brzoska, M./Wulf, H., Offensive im Rüstungsexport, in: Studiengruppe Militärpolitik (Hrsg.), Aufrüsten, um abzurüsten? Informationen zur Lage - Friedensforscher reagieren auf die internationale Krise, Reinbek 1980
- Brzoska, M. u.a., Rüstungsproduktion in Westeuropa, IFSH-Forschungsbericht 15, Hamburg 1979
- Brzoska, M. u.a., Das Geschäft mit dem Tod - Fakten und Hintergründe der Rüstungsindustrie, Frankfurt/M. 1982
- Burhop, E./Huffschmid, J. (Hrsg.), Von der Kriegs- zur Friedensproduktion - Politische, wirtschaftliche und soziale Probleme, Köln 1980
- Cooley, M., Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod - Arbeitnehmerstrategien für eine andere Produktion. Das Beispiel Lucas-Aerospace, Reinbek 1982
- Dähne, E., Was kosten Rüstung und Bonner Atomprogramm? Materialien zu den offenen und verdeckten Militärausgaben im Bundeshaushalt - Kosten des Bonner Atomprogramms, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1981
- Engelhardt, K., Rüstung, Abrüstung - ökonomische und soziale Entwicklung, in: IPW-Berichte 5/1982
- Engelhardt, K./Heise, K.-H., Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus, Köln 1974
- Fiedler, H., Internationalisierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, NATO-Rüstung und multinationale Konzerne, in: IPW-Berichte 3/1983
- Fiedler, H., Qualitative Rüstung und Rüstungskapital, in: Wirtschaftswissenschaft 9/1981
- Fischer, M./Büchler, V., Soziale Demontage und Arbeitsplatzverluste als Folge militärischer Aufrüstung am Beispiel der Bundesrepublik, in: Antimilitarismus-Information 8/1982
- Galbraith, J.K., Ökonomie des Wettrüstens, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/1981
- Götz, Chr., Kampf gegen Hochrüstung und Kampf gegen Sozialabbau sind zwei Seiten einer Medaille, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/1983
- Gottschalk, A./Eihsen, M., Rüstung und militärisch-industrieller Komplex im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, in: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.), Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, Frankfurt/M. 1981
- Grünwald, G., Abrüstung und Arbeitsplatzsicherung - Zur Diskussion über Rüstungskonversion und Arbeitslosigkeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/1978
- Hess, P., Ökonomie und Politik der Konfrontation, in: Marxistische Blätter 6/1981
- Hildebrandt, E./Spitzley, H., Umschalten auf nützliche Produkte, in: Die Mitbestimmung 12/1982
- Huffschmid, J., Ökonomie der Abrüstung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1977
- Huffschmid, J., Bedroht Abrüstung die Arbeitsplätze?, in: Marxistische Blätter 2/1979
- Huffschmid, J., Der Großmachtkurs und seine Kosten - Soziale Folgen der Bonner Außen- und Militärpolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/1980
- Huffschmid, J., Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, in: Druck und Papier 23/1981
- Huffschmid, J., Was kostet die Rüstung?, in: Marxistische Blätter 1/1982

- Huffschmid, J., Kapitalismus und Rüstung - Die ökonomischen Aspekte bei Marx und die heutigen Probleme, in: Institut für Marxistische Studien und Forschung (Hrsg.), "... einen großen Hebel der Geschichte", Zum 100. Todestag von Karl Marx - Aktualität und Wirkung seines Werks, Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF, Sonderband 1, Frankfurt/M. 1982
- Huffschmid, J., Sparen, Umverteilen, Rüsten - Zu den Schwerpunkten der Haushaltspolitik nach dem Regierungswechsel, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1982
- Huffschmid, J., Rüstungskonversion als Verbindung friedenspolitischer und sozial-ökonomischer Interessen, in: WSI-Mitteilungen 6/1983
- Huffschmid, J. (Hrsg.)/Arbeitsgruppe Abrüstung, Rüstungs- oder Sozialstaat? Zur wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit von Abrüstung in der Bundesrepublik, Ein Handbuch, Köln 1981
- Huffschmid, J. (Hrsg.)/Arbeitsgruppe Abrüstung, Für den Frieden produzieren - Alternativen zur Kriegsproduktion in der Bundesrepublik, Köln 1981
- Kade, G./Schmidt, M. (Hrsg.), Frieden, Rüstung und Monopole - Konzerne und internationale Sicherheit, Köln 1980
- Kaldor, M., Der allmähliche Aufbau eines europäischen militärisch-industriellen Komplexes, in: Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), Rüstung und Militär in der Bundesrepublik Deutschland, Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. V, Opladen 1977
- Kaldor, M., Rüstungsbarock, Westberlin 1981
- Karl, W., Preisexplosion bei den Rüstungsgütern und ihre Ursachen, in: Antimilitarismus-Information 8/1982
- Clank, W., Struktur und Entwicklungstendenzen der BRD-Rüstungsindustrie, in: IPW-Berichte 11/1979
- Klein, P./Engelhardt, K., Weltproblem Abrüstung - Politische und ökonomische Probleme des Ringens um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, Berlin/DDR 1979
- Kremer, H.-P./Maßeling, W., Aufrüstung, Sozialabbau und Entdemokratisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1982
- Kremer, H.-P./Maßeling, W., Zur Verflechtung ökonomischer, politischer und militärischer Interessen in der gegenwärtigen Krise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1983
- Kremer, H.-P./Maßeling, W., Soziale und wirtschaftliche Schäden der Rüstungsexpansion, in: Marxistische Blätter 5/1983
- Lock, P./Wulf, H., Wachstum durch Rüstung? Zum Zusammenhang von wirtschaftlicher und militärischer Sicherheit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1977
- Lucas, M., US-Rüstungspolitik: Wirtschaftliche Folgen und Hintergründe, in: Antimilitarismus-Information 8/1982
- Lutz, D.S./Storz, U., Zur Funktion der Rüstungspolitik in der BRD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1976
- Maske, A., Abrüstung - Gefahr oder Chance für Arbeitsplätze, Abrüstung und technologischen Fortschritt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1976
- Mehrens, K., Gewerkschaften und Abrüstung, in: Frankfurter Hefte 12/1980
- Mehrens, K., Investitionen und Produktumstellung als Mitbestimmungsproblem, in: Die Mitbestimmung 12/1982
- Meissner, H./Lohs, K.-H. (Hrsg.), Abrüstung - Wissenschaft - Verantwortung, Berlin/DDR 1978

- Melman, S., Plünderung der Produktionsmittel, in: Ahlemeyer, H.W./Greiner, B. (Hrsg.), *We shall overcome - Die amerikanische Friedensbewegung in Selbstzeugnissen*, Köln 1983
- Müller, E., Abrüstungsplanung in der Bundesrepublik: Modellvarianten und Probleme, in: *Das kontrollierte Chaos: Die Krise der Abrüstung*, Frankfurt/M. 1980
- Rilling, R., Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970
- Rilling, R., Militärische Forschung in der BRD, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8/1982
- Rodejohann, J./Wellmann, Chr., Rüstungsabhängige Beschäftigte und Gewerkschaften als restriktive Rahmenbedingungen von Abrüstungsplanung?, in: Rittberger, V. (Hrsg.), *Neue Wege der Abrüstungsplanung - Organisationsprobleme und Reformoptionen im internationalen Vergleich*, Baden-Baden 1981
- Rodejohann, J., Rüstungsindustrie in der Krise - Aussichten für die achtziger Jahre, Referat auf der "Volksuni 1982", Arbeitspapier aus dem Berliner Projektverbund der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, 1982
- Rothschild, K.W., Ökonomische Aspekte des Friedens, in: Frey, B.S./Meissner, W. (Hrsg.), *Zwei Ansätze der politischen Ökonomie*, Frankfurt/M. 1974
- Rothschild, K.W., Militärausgaben und Wirtschaftswachstum, in: Reif, A. (Hrsg.), *Die Zukunft der Wirtschaft*, München 1976
- Rothschild, K.W., Über den wirtschaftlichen Widersinn des Rüstungswettlaufs, in: *ÖTV-Magazin* 5/1979
- Schlotter, P., Rüstungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland - Die Beispiele Starfighter und Phantom, Frankfurt/M./New York 1975
- Schlotter, P., Beschaffungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland - Das Beispiel der F-122, in: *Frankfurter Hefte* 6/1978
- Schmidt, H., "Tornado". Militär- und Rüstungspolitik in der BRD - Die transnationale Rüstungsproduktion der Luftfahrtindustrie, Frankfurt/M. 1979
- Schmidt, J., Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung. Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen, in: *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Beiträge zur Strukturforschung*, Heft 46, Westberlin 1977
- Schmidt, M.G., Staatliche Ausgabenpolitik und Akkumulationsentwicklung im Rüstungssektor der Bundesrepublik, in: *Gesellschaft - Beiträge zur Marxschen Theorie*, hrsg. v. Backhaus, H.G. u.a., Frankfurt/M. 1975
- Schulz, K.E. (Hrsg.), Militär und Ökonomie - Beiträge zu einem Symposium, Göttingen 1977
- Schütt, B., Alternative Fertigung: Die Suche nach sicheren Arbeitsplätzen und sinnvoller Arbeit - Der Arbeitskreis "Alternative Fertigung" bei Blohm & Voss, in: *Die Mitbestimmung* 12/1982
- Senghaas, D., Rüstung und Militarismus, Frankfurt/M. 1972
- Sivard, R.L., Entwicklung der Militär- und Sozialausgaben der Welt, *Militärpolitik Dokumentation* 2/1976
- Sonntag, Ph. (Hrsg.), Rüstung und Ökonomie, Frankfurt/M. 1982
- Studiengruppe Militärpolitik, Für eine Neufassung der Rüstungsexportkontrolle in der Bundesrepublik, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3/1981
- Trempnau, T., Probleme und Möglichkeiten der Umstellung auf Zivilproduktion, in: *Antimilitarismus-Information* 8/1982
- Tudyka, K.P., Rüstung und multinationale Konzerne - Einige Anmerkungen zur Analyse rüstungswirtschaftlicher Konzentration, in: *Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung* (Hrsg.), *Rüstung und Militär in der Bundesrepublik Deutschland*, *Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung*, Bd. V, Opladen 1977

Vilmar, F., Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus - Eine sozio-ökonomische Analyse des Militarismus, 6. Aufl., Reinbek 1973

Volkmann, R., Rüstung und Arbeitsplätze - Zur ökonomischen Diskussion um Rüstung, Zyklus, Wachstum und Arbeitsplätze im Kapitalismus, in: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.), Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 5, Frankfurt/M. 1982

Wagner, Chr., Geschichte der Rüstungsindustrie seit 1945, in: Antimilitarismus-Information 8/1982

Weller, W., Die Struktur der bundesdeutschen Rüstungsindustrie, in: Antimilitarismus-Information 8/1982

Wellmann, Chr., Welchen zivilen Nutzen hat die Rüstungsforschung? - Materialien zur Spin-Off-Diskussion, in: Antimilitarismus-Information 8/9/1974

Wellmann, Chr., Rüstungsproduktion, Arbeitsplätze und gewerkschaftliche Interessenvertretung, in: Jacobi, O. u.a. (Hrsg.), Arbeiterinteressen gegen Sozialpartnerschaft, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1978/79, Westberlin 1978

Wellmann, Chr., Rüstung und Arbeitsplätze, in: Die Mitbestimmung 12/1982

Wöhrl, A., Gewerkschaften und Friedensbewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1981

Wulf, H., Rüstungsimport als Technologietransfer - Die negativen Auswirkungen von Rüstungsimporten auf die Industrialisierung von Peripherieländern, München/London 1979

Wulf, H., Zum Zusammenhang von Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik der Reagan-Administration, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1982

Wulf, H., Vorschläge zur Ausgabenkürzung im Rüstungshaushalt, in: WSI-Mitteilungen 10/1982



Bund demokratischer Wissenschaftler e.V. (BdWi)

Geschäftsstelle:
3550 Marburg/Lahn · Gisselberger Straße 7
Postfach 543 · Telefon 06421/21395

Informationsdienst Wissenschaft und Frieden

Der Informationsdienst Wissenschaft und Frieden

- dokumentiert friedenspolitische Aktivitäten im Wissenschaftsbereich
- berichtet über die Friedensbewegung im In- und Ausland
- bringt Analysen und Materialien zur Militarisierung der Wissenschaft
- bringt inhaltliche Beiträge aus verschiedenen Wissenschaftsbereichen
- hilft den interdisziplinären Erfahrungs- und Informationsaustausch organisieren
- bietet den Wissenschaftlerinitiativen ein Forum zur Selbstdarstellung und Diskussion

Der Informationsdienst brachte bisher u.a. folgende Beiträge:

- Militärische Forschung an den Hochschulen
- Mathematik und Militärwesen
- Wie friedlich ist die Soziologie?
- Sozialabbau und Aufrüstung
- Friedensforschung vor Neuanfang?
- Stars and Stripes – neue Waffentechnologien

Der Informationsdienst erscheint zweimonatlich. Er kostet im Jahresabonnement 15,- DM. (Einzelheft 4,- DM)

Der Informationsdienst kann bestellt werden beim
Bund demokratischer Wissenschaftler
Postfach 543
3550 Marburg/Lahn

Berichte

Wie bereits im MEMO-FORUM 1 angekündigt, war auch die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik zu einer öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages zu den 'Wirkungen des Bundeshaushaltsentwurfs 1984' nach Bonn eingeladen. Nachfolgend ein Bericht über die Anhörung. Die eingerahmten Zitate sind dem unkorrigierten stenographischen Protokoll der Öffentlichen Anhörung entnommen (Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Haushaltsausschuß - 731 - 2450 -, Protokoll Nr. 13 und 14).

Michael Ernst-Pörksen

Sachverständ im Bundestag

Für zukünftige Anhörungen müsse man noch einmal "über die Spielregeln nachdenken", und insgesamt sei die zweitägige Anhörung "wenig ergiebig" gewesen. Mit diesen Worten des Vorsitzenden Walther (SPD) endete ein mittelmäßig inszeniertes Stück Parlamentsalltag, in dessen Verlauf der Kurs der Regierung wissenschaftlich analysiert und im Kern von der Mehrheit des anwesenden Sachverständs bestätigt wurde. Vor dem Haushaltsausschuß des Bundestages ging es dabei um die "Wirkungen des Haushaltsentwurfs 1984 und der Haushaltsbegleitgesetze auf Einkommen, gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Beschäftigung" - so der Titel der Anhörung. Geladen und vorher schriftlich abgefragt waren Vertreter der Bundesbank, der wichtigsten Wirtschaftsinstitute, der Gewerkschaften, der Unternehmerverbände, von Städte- und Kreistag bis hin zur Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.

Das Niveau der Debatte war über weiteste Strecken so übel, daß der Ausschuß-Walther immer wieder darauf hinweisen mußte, daß es der nichtssagenden Allgemeinplätze vor allem der Wirtschaftsinstitute der sogenannten Gemeinschaftsgutachten (IFO, Kieler Institut für Weltwirtschaft, HWWA, RWI und DIW) nicht bedarf, weil die Mitglieder des Haushaltsausschusses über "hohe Fachkenntnis" verfügten, die Experten also direkt zur Sache kommen mögen. Seine Apelle waren jedoch ohne Erfolg, der gesammelte Sachverständ war nicht zu bewegen, sich den geneigten Ausschußmitgliedern zu offenbaren.

Allen voran schritt Bundesbankvize Dr. Drs. hc Helmut Schlesinger. Mit den ihm folgenden Wirtschaftsinstituten war er sich einig, daß die unmittelbaren Wirkungen der Bonner Haushaltsbeschlüsse für 1984 gar nicht bestimmt werden könnten, weil diese Beschlüsse Bestandteil einer längerfristigen Strategie seien, deren Erfolg frühestens Ende der 80er Jahre beurteilt werden könne. Dennoch sei davon auszugehen, daß sich alles auf dem rechten Weg befinde, wenn die Staatsausgaben enger begrenzt, die Verschuldung zurückgeführt und der Haushalt so umstrukturiert werde, daß vom Staat mehr "investiert" - also z.B. mehr Schulen gebaut - und weniger "konsumiert" - also z.B. weniger Lehrer eingestellt - würden.

"Nur ein paar kurze Bemerkungen. Erstens. Es gibt, glaube ich, keine ökonomische Theorie, die sagt, daß man den privaten Verbrauch durch die Einkommen zu erklären hat und nicht umgekehrt die Einkommen durch den privaten Verbrauch. Wenn junge - oder auch ältere - Menschen etwas haben wollen und dieses Bedürfnis bei ihnen außerordentlich stark entwickelt ist, ihnen aber durch die öffentliche Hand nicht mehr soviel an Transferzahlungen gewährt wird, besteht die Möglichkeit, daß diese jungen Leute sich auf die Hinterbeine stellen, um etwas zu erwerben. Das könnte bedeuten, daß der Primäreffekt einer Reduzierung des Transfers durch die Mehranstrengung ausgeglichen wird. Es gibt also durch Verhaltensänderungen bewirkte Änderungen, die das Einkommen - nicht am nächsten Tag, aber vielleicht übermorgen oder im nächsten Jahr - in die entsprechende Richtung drängen."

(Zurufe von der SPD)

"Weil gerade die Professoren genannt werden, möchte ich denjenigen, denen nichts einfällt, ein wenig mehr vorführen. Beispielsweise gibt es bereits wieder junge Leute, die morgens Brötchen oder Zeitungen austragen. Wir sollten nicht übersehen, daß die Tätigkeiten in der Schattenwirtschaft in der Hauptsache bei jenen konzentriert sind, die relativ niedrige Einkommen haben, sondern sollten das, bitte schön, bei solchen Argumenten, die so leichtfertig in die Gegend posaunt werden, bedenken.

Zweiter Punkt. Wenn diese Einkommen nicht sofort eintreten, könnte es sein, daß im Vorgriff darauf die Konsumquote höher bzw. die Sparquote niedriger ist. Wir reden hier nie über mikroökonomische, über einzelwirtschaftliche Entscheidungen. Denken Sie bitte an sich selber. Ganz offensichtlich haben junge Leute im Verhältnis zu ihrem Einkommen immer übergroße Bedürfnisse und Ausgabewünsche. Ältere Leute haben das eben nicht."

(Zuruf von der SPD: Da muß ich ein sehr junger Mensch sein!)

"Wenn nun aber demographisch zu beobachten ist, daß die Zahl dieser jungen Leute sehr stark zunimmt und zugenummen hat, dann sollte man vielleicht auch wahrnehmen, daß die durchschnittliche, die volkswirtschaftliche Sparquote für die Periode, in der die Bevölkerung jünger wird, sinkt. Bitte bedenken Sie das. In den 70er Jahren waren die Fahrräder und die Mopeds dran. Jetzt sind es die Autos und die ersten Möbel. Die jungen Leute sitzen nicht mehr auf Kisten, sondern sie mögen schon eine Spanplatte, die beschichtet ist, in ihrer Wohnung. Solche Argumente sollten auch Volkswirten und Volksvertretern manchmal einfallen."

(Unruhe)

"Ich habe eine Bemerkung noch zu klären. Ich wurde gefragt, ob die Subventionen und Sozialleistungen demnächst weiterhin zu reduzieren seien. Die Antwort heißt ja. Bei den Subventionen ist die Korrektur nach meiner Einschätzung bislang nur homöopathisch erfolgt. Dort braucht es mehr als das. Dort besteht die Gefahr, daß durch öffentlichen Druck und durch größere Schwierigkeiten, die regional und sektorale bedingt sind, der Zug demnächst in die falsche Richtung fährt, auch mit der neuen Regierung. Was die Frage der Sozialleistungen anlangt, so sollte nach meiner Einschätzung, um ein Beispiel zu nennen, in der Krankenversicherung das Prinzip der Autohaftpflicht konsequenter angewendet werden. Dann würden die Leute wieder gesund bleiben oder schnell gesund werden wollen."

Der nächste Punkt. Wir sollten bei der Rentenversicherung nicht das Jahr 1987 ins Auge fassen, sondern das Jahr 2000; denn darüber wissen wir schon so viel, daß wir beispielsweise auf die Verrücktheit der Verkürzung der Lebensarbeitszeit nicht kommen könnten. - Danke."

Prof. Dr. Walter, Institut für Weltwirtschaft (Kiel)

Die Wirtschaftsinstitute stimmten dem zu und redeten vom Silberstreif am Wachstums-
horizont, der aber nicht mit einem echten Aufschwung verwechselt werden sollte.
1984 immerhin ginge alles bergauf: Einkommen und Verbrauch, Produktion und Export.
Daß auch die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen wird - auf mindestens 2,5 Millionen
registrierte Arbeitslose und noch einmal 1,2 Millionen 'stille Reserve' -, sei
schmerzlich, aber nicht zu vermeiden.

Die in der Stoßrichtung vernünftige Politik der Bundesregierung müsse nun erst
einmal greifen, und die mit ihr einhergehenden Belastungen, die "natürlich im
Schnitt mehr die Ärmeren treffen", seien - wie im richtigen Leben - "der Preis
für die erhofften Wirkungen". Worin die erhofften Wirkungen letzten Endes bestehen,
machte Norbert Walter vom Kieler Institut für Weltwirtschaft hinreichend deutlich:
"Arbeitskraft muß wieder gewinnbringend eingesetzt werden können". Na also. Und
über die drastischen Senkungen - so der einflußreiche Kieler Professor - sollte
fortan nicht weiter gejammert werden. Im Gegenteil: es muß mehr gekürzt werden,
weil so "zusätzliche Leistungsanreize" entstehen. Von staatlicher Hätschelei be-
freit, werden sich die Menschen wieder stärker auf die eigenen Hinterbeine stellen.
Der gebückte Gang des Penners zur Sozialkasse muß endlich dem frischwärts ziehen-

"Man kann die Ausgabensumme für Personal verschieden aufteilen, in Menge und
Preis, in Zahl der Beschäftigten und Lohn je Beschäftigten. Damit sind wir bei
der Frage, wie hoch das Lohnniveau im öffentlichen Dienst sein sollte. Die Dis-
kussion über diese Frage wird normalerweise unter Gerechtigkeitsaspekten ge-
führt. Es werden Abstände zur privaten Wirtschaft ausgerechnet usw. Eine solche
Diskussion ist müßig. Die errechneten Abstände sind völlig irrelevant. Das Lohn-
niveau im öffentlichen Dienst ist erst dann nicht mehr hoch genug, darf erst
dann nicht mehr gesenkt werden, wenn so viele Staatsdiener in die Privatwirt-
schaft abwandern, daß der Staat seine eigentlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen
kann. Es besteht wohl kein Zweifel, daß wir von diesem Zustand weit entfernt
sind.

(Unruhe)

Das scheint angekommen zu sein."

Dr. Boss, Institut für Weltwirtschaft (Kiel)

den Jungburschen weichen. Von ersten Anzeichen hierfür konnte der Wirtschafts-Wal-
ter schon berichten: "Es gibt wieder junge Leute, die Brötchen und Zeitungen aus-
tragen".

Dem konnten die Unternehmervertreter nur zustimmen, freilich nicht ohne noch ein-
mal die ganze Leier abzusingen, nach der die Staatsausgaben gesenkt werden müßten,
damit die Schulden und damit die Zinsen sinken könnten. Als es um den allfälligen
Subventionsabbau ging, wiesen allerdings dieselben Vertreter darauf hin, daß dies
zum gegenwärtigen Zeitpunkt ungünstig sei, weil bei fehlenden Subventionen vielen
Unternehmen das Geld ausginge und damit die Nachfrage ausfallen müßte. Ansonsten
gefiel den Herren von BDA und BDI die von der CDU/CSU geforderte Nullrunde bei den

Tarifverhandlungen '84 im öffentlichen Dienst ganz gut, weil die Privaten ja um so mehr ausgeben würden, je mehr der Staat sparte.

So drohte die ganze Anhörung im faden Brei von Glaubenssätzen und vagen Aussagen unterzugehen. Auch die moderate Kritik des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hätte daran nichts ändern können. Störung war nur zu erwarten von den

"Sind die Investitionen ein Grund für Arbeitslosigkeit? Nein. Der Grund für die Arbeitslosigkeit liegt in den zu hohen Kosten. Genauso wie wir Energie sparten, weil die Energiepreise zu hoch waren, haben die Unternehmer Arbeitskraft gespart, weil Arbeitskraft zu teuer wurde."

Filusch, RWI (Essen)

Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Letztere war vertreten durch Rudolf Hickel und Axel Troost und beide besudelten dann auch prompt das feingestekte Arrangement höfischer Gelehrsamkeit. Hickel warf der Bundesregierung vor, einen Katastrophenkurs zu fahren. Der Haushalt stelle gegenwärtig das größte binnengesellschaftliche Risiko dar und stabilisiere die Stagnation. Allein im Jahre 1984 vernichte der geplante Haushalt 200 000 Arbeitsplätze und führe zu einem Kaufkraftausfall von ca. 13 Milliarden DM, den vor allem die unteren Einkommensbezieher zu tragen hätten, die Kranken, die Arbeitslosen, die Rentner, Behinderte und Sozialhilfeempfänger. Dabei zeige die Entwicklung der

"Um die Arbeitslosigkeit mittelfristig abzubauen, ist insbesondere notwendig, die Reallöhne nach unten zu korrigieren. Es ist auch notwendig, die Reallöhne strukturell anzupassen. Damit es zu solchen Korrekturen kommt, sind Kürzungen bei sozialen Leistungen unabdingbar. Denn die Bereitschaft der Gewerkschaften zu Korrekturen beim Lohnniveau hängt doch entscheidend davon ab, wie hoch die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit ist. Je höher die Arbeitslosenunterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit ist, desto geringer ist die Bereitschaft der Gewerkschaften, sich auf Korrekturen beim Reallohniveau einzulassen."

Dr. Boss, Institut für Weltwirtschaft (Kiel)

letzten Jahre deutlich, wie wenig steigende Gewinne mit Investitionen oder gar mit der Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden seien. Der DGB-Vertreter machte eine ähnliche Rechnung auf. So seien alle Bedingungen, die angeblich Aufschwung und Wohlfahrt verheißen längst erfüllt: die Nettogewinne seien erheblich gestiegen, Reallöhne, Zinsen und Ölpreise gesunken, und das Preisniveau sei relativ stabil. All dies habe nicht mehr erreicht, als daß 1984 die Arbeitslosenzahl vielleicht nur um 100 000 höher liegen wird als 1983.

Nach wie vor nehme die Armut in der BRD rapide zu - sichtbar allein an den 5 Millionen Menschen, die gegenwärtig von der Sozialhilfe abhängig sind -, und die konjunkturelle Besserung, die schon Ende '84 wieder zu Ende sei, werde überlagert von einer Verschärfung der Strukturkrisen (Stahl, Werften etc.), die ganze Regio-

nen in den Krisenstrudel reißen.

Erforderlich sei deshalb - und dies war der Grundton aller Beiträge aus dem Gewerkschaftsspektrum incl. Memorandumgruppe - eine Umkehr der staatlichen Wirtschaftspolitik in Richtung gezielter Ausgabenprogramme und einer Rücknahme der Sozialkürzungen. Erforderlich sei weiterhin eine Verkürzung der Arbeitszeit für alle, und zwar mit vollem Lohnausgleich - alles andere sei "verordnete Kurzarbeit".

Die Abgeordneten der Ausschuß-Mehrheit hat dies freilich wenig gerührt. Für sie hatte die Anhörung ein eindeutiges Ergebnis: "Es wurde fast übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß die Politik der Bundesregierung am richtigen Punkt ansetzt, daß sie aber noch nicht ausreicht, um die Wirtschaft auf den Weg zu bringen".

Was lehrt uns das? Offensichtlich ist die Bundesregierung und die sie tragende Koalition unbeirrbar auf dem Weg, den Abbau sozialer Leistungen, die Senkung der Reallöhne und die Stabilisierung der Gewinne bis hin zum Eingriff in die konkrete Betriebspolitik (vgl. den Druck der Bundesregierung auf den Gesamtbetriebsrat der

"Die zweite Frage. Es war nur ein zarter Hauch von Privatisierung zu spüren. Ich möchte an die kommunalen Spitzenverbände die Frage stellen, ob sie nicht endlich verstärkt privatisieren wollen, zumal einige Gutachten vorliegen, die sagen, daß man gerade im kommunalen Bereich bis zu 80% privatisieren könnte. Ich darf auch noch fragen, ob den Herren bekannt ist, daß der Bürgermeister von Georgsmarienhütte eine Auszeichnung bekommen hat, weil er die einzige schuldenfreie Gemeinde der Bundesrepublik verwaltet. Er hat alles veräußert bis auf den Friedhof; das durfte er nicht, weil der Bischof ein Vetorecht hat. Vielleicht könnte man das einmal überprüfen."

MdB Grünbeck (FDP)

Arbed-Saarstahl) weiter zu forcieren. Der bloße Nachweis, dies führe zu wachsender Massenarbeitslosigkeit und wachsender Massenarmut, stößt ins Leere, denn dies alles gehört zum Konzept. Die Beispiele USA und Großbritannien zeigen, daß ein solches Konzept auch durchaus aufgehen kann: die Spaltung der Gesellschaft in Arbeits-

"Konkret war gefragt worden, welche Alternative zur Vermögensteuerentlastung man sich denn vorstelle, wenn man eine Entlastung bei den ertragsabhängigen Steuern für gut halte. Die Antwort: eine ersatzlose Beseitigung der Gewerbeertragsteuer. Da wird nun mancher fragen: Wie soll das gehen angesichts der Tatsache, daß die Gewerbeertragsteuer den Gemeinden zufließt? Antwort: Wenn Sie eine solche Maßnahme auf mittlere Sicht beschließen, schaffen Sie für die Gemeinden einen Druck, mehr in Richtung auf Privatisierung zu tun, einen Druck in Richtung auf Korrektur ihrer Ausgaben. Insofern wären Kompensationsmaßnahmen bei einer solchen totalen Streichung der Gewerbeertragsteuer auf Dauer jedenfalls entbehrlich."

Dr. Boss, Institut für Weltwirtschaft (Kiel)

lose und Nicht-Arbeitslose läßt sich noch ein ganzes Stück weitertreiben, die Einkommen der Armen lassen sich noch ein ganzes Stück senken, ohne daß die konservative Herrschaft ihre (Wahl-)Mehrheit verliert, selbst wenn die Einkommen aller

Lohnabhängigen weiter sinken.

Die Gewißheit, diesen Weg beschreiten zu können, erklärt zu einem erheblichen Teil die materielle Schweigsamkeit der Vertreter der Wirtschaftsinstitute. Für sie war diese Anhörung ebenso eine Pflichterfüllung wie für die Ausschußmitglieder der Rechtskoalition. In dieser Hinsicht war die ganze Szene gestellt: Die beantragende Fraktion (SPD) stellte publizistisch für wirksam erachtete Fällen auf, ohne zu glauben, an der zur Debatte stehenden Sache (Haushalt '84) Wesentliches ändern zu können. Die Vertreter der Regierungsfraktionen tapsten unbekümmert umher, ohne sich weiter um die mühsam errichteten Fällen zu kümmern, wohl wissend, daß entscheidende Schlachten gegenwärtig nicht in den Haushaltausschüssen geschlagen werden, auch wenn diese öffentlich sind. Die publizistische Verarbeitung der Anhörung gab den Vertretern der Regierungsfraktionen Recht.

In dieser Szenerie spielte auch der Memorandumkreis die ihm zukommende Rolle: die Kritik der Gewerkschaften an der Haushaltspolitik der Bundesregierung wurde verstärkt, fundiert, präzisiert oder auch nur dupliziert, je nach vorliegender Fragestellung. Als Newcomer im parlamentarischen Beratungsgeschäft waren die Memorandumvertreter vergleichsweise gut vorbereitet: die schriftliche Stellungnahme¹⁾ ist die bei weitem ausführlichste, die Wortbeiträge waren die bei weitem präzisesten und konzentriertesten, und wo bei den Übrigen intellektuelle Blässe und gelangweilte Routine vorherrschte, herrschte bei den Vertretern des Memorandumkreises und bei einem Teil der Gewerkschafts- bzw. WSI-Vertreter 'echtes Engagement'.

Die politische Einschätzung des Memorandum-Auftritts fällt schwerer als die szenische Einordnung. Zunächst gilt ohne Vorbehalt: Die Tatsache, daß der Memorandumkreis nun auch auf parlamentarischer Ebene eingeführt ist, und es bei der nächsten Anhörung der Begründung bedarf, wenn er nicht eingeladen wird, ist als großer Erfolg seiner jahrelangen Arbeit zu werten. Allerdings: es waren nicht die Gewerkschaften und nicht die linken SPD-Abgeordneten, die sich mit dem Memorandumkreis parlamentarische Unterstützung holten. Es waren erst recht nicht die Regierungsparteien unter den Druck der Öffentlichkeit geraten, der sie an uns 'nicht vorbeikommen' ließ. Es waren schlicht und ergreifend die Grünen, die für eine Einladung sorgten. Mit anderen Worten: Es war nicht einfach gerechter Lohn für harte Arbeit, daß es zur Einladung unseres Arbeitskreises gekommen ist. Vielmehr hat sich parlamentarisch/politisch einiges geändert, sowohl in Richtung 'Wende' als auch in Richtung 'Öffnung nach links'. Für diesen Änderungsprozeß gearbeitet zu haben, ist durchaus Memorandumverdienst, die Einladung ins Bundeshaus eine Konsequenz der geänderten Strukturen.

Und ohne Zweifel müssen wir diese Ebene parlamentarischer Präsenz weiterhin bedienen. Der Tanz auf dieser Bühne gehört sozusagen zu den Standards der Politikbera-

1) abgedruckt in MEMO-FORUM Nr. 1, S. 68 - 85

tung. Dort verankert zu sein - und sei es auch nur am Rande -, bietet ein Stück Windschutz gegen herablassende und allzu leichte Diffamierungen. Auch der auf diese Weise ergatterte Zugewinn an 'Seriosität' ist zwar wegen der in ihm zum Ausdruck kommenden Mechanismen der Bildung von Massenbewußtsein durchaus problematisch zu beurteilen, aber weder zu vermeiden, noch zu verachten.

Dennoch sollten wir die Probleme parlamentarischer Weihen und neugewonnener Attraktivität nicht unterschätzen:

1. Auf der Ebene parlamentarischer Politik werden wir gegenwärtig in der Sache und unmittelbar gar nichts (in Worten: gar nichts) erreichen.
2. Unsere Aufgabe könnte es sein, die Gewerkschaftsvertreter auf dieser Ebene zu unterstützen, aber auch zu fordern, mit ihnen um 'richtige Positionen' zu konkurrieren.
3. Wir sollten nicht unterschätzen, wie sehr unser bisheriges Ansehen auch auf der Tatsache beruht, daß wir nicht eingerollt sind in das mit Staatsgeldern geschmierte Beraterkartell, das für jede politische Frage im gewünschten Interesse das erforderliche Gutachten formuliert. Wir müssen deshalb darauf achten, daß wir das, was wir an Ansehen hinzugewinnen, weil wir auf parlamentarischer Ebene stärker wahrgekommen werden, nicht dadurch wieder verlieren, daß wir 'eine Meinung unter anderen' bieten und die grundlegende Oppositionsrolle zugunsten offizieller Aufwertung verlassen.
4. Dies hat Konsequenzen für den Aufwand, den wir jeweils betreiben sollten. Wie die letzten Diskussionsrunden zeigten, wird es uns schwerfallen, in den kommenden Memoranden bereits alle Löcher zu stopfen, die sich uns in der Debatte auftun - vor allem, was die längerfristigen Perspektiven angeht. Hier sollten wir uns austoben. Die weitergehenden Aktivitäten - insbesondere jene, die man gerne als besonders 'politisch' einschätzt - dürfen sich nicht verselbständigen. Politisch erste Priorität hat für uns als Arbeitsgruppe die inhaltlich-wissenschaftliche Arbeit. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß wir gerade dort politischen Einfluß verlieren bzw. gar nicht erst gewinnen, wo wir inhaltliche Schwachpunkte aufweisen. Umgekehrt gilt das Entsprechende.

Der SVR und sein Öffentlichkeitsverständnis

Am 20. 12. 1983 wurde ein Bericht zum "Rat der Fünf Weisen" in der Sendung Panorama gezeigt. Ursprünglich war ein Streitgespräch zwischen Olaf Sievert und Rudolf Hickel geplant. Der SVR hat sich die Fragen vorlegen lassen und dann entschieden (Dokument A und B), an dem Streitgespräch nicht teilzunehmen. In einem weiteren Fernschreiben wurde dann, ein Tag vor der Sendung, mit anderer Akzentuierung die Nichtteilnahme gerechtfertigt: Während zuerst bemängelt wurde, daß man zur Diskussion mit Hickel mindestens eine Stunde benötige (derartige Diskussionen fanden auch schon statt), wurde jetzt dessen Qualifikation massiv angegriffen (Dokument C).

Die dokumentierenden Fernschreiben sind hier angefügt.

A.

an : statisches bundesamt in wiesbaden
z.hd. herrn dr. ernst moritz lipp. generalsekretär des
sachverständigen rates zur begutachtung der gesamtwirtschaft-
lichen entwicklung.

von : ndr-fernsehen -panorama-red. hans-juergen boerner

-bitte sofort auf den tisch -----
15.12.1983

sehr geehrter Herr Lipp,

wir planen fuer die sendung panorama am 20.12.83, 21.00 uhr , 1. fernsehprogramm, einen magazinbeitrag zum 20-jährigen bestehen des sachverständigenrates. aktuelles material von der gutachten-uebergabe am 24.11.83, archiv-aufnahmen, grafiken und schaubilder wollen wir mit 2 interviews verbinden.

wir haben sie ja schon telefonisch gebeten, ein interview mit prof. sievert zu arrangieren. als 2. interviewpartner moechten wir prof. dr. rudolf hickel befragen.

wir sind gern dazu bereit, wenn sie es wünschen, ihnen vor der sendung mitzuteilen, welchen teil des interviews mit prof. sievert wir definitiv senden wollen. einen vorschlag zum verfahren moechten wir ihnen ausserdem machen:

es besteht die moeglichkeit, zusammen mit herrn prof. dr. hickel zu ihnen nach wiesbaden oder nach saarbruecken zu kommen, um rede und gegenrede, quasi wie in einem "streitgespraech" an einem ort zu filmen. das waere, glaube ich, am sinnvollsten.

~~selbstverständlich ist dns auch ein anderes mitglied des svr~~
als interviewpartner willkommen.

nun zu den fragen:

1. die prognosen des svr liegen meistens daneben. so stimmten nur 1978 und wahrscheinlich 1993 die vorhersagen der wachstumsrate des sozialproduktes mit den realen werten ueberein. warum? -

2. warum kommt es zu den fehldiagnosen? -
3. zeigen die fehldiagnosen nicht, dass der svr ueber keine hinreichende erklaerung der oekonomischen bewegungsgesetze verfuegt? -

4. muss man nicht, angesichts dieser diagnosen, kritik an den wirtschaftspolitischen empfehlungen ueben? lohnabbau, sozialstaats-einschraenkung, haushaltskonsolidierung?-
5. weil die loehne in den 60er jahren niedriger waren als heute, es damals weniger arbeitslose gab, zieht der svr den schluss, runter mit den loehnen, dann gibt es auch weniger arbeitslose. stimmt diese unsere beobachtung? stimmt die empfehlung?

(die zahlen von 1980 bis '83 zeigen: die loehne gingen runter, die arbeitslosenzahl aber stieg.)

6. das gesetz schreibt dem rat beratung im rahmen der marktwirtschaftlichen ordnung vor. "gehört" dazu nicht auch wahrung des sozialstaates, wie es das grundgesetz vorschreibt? in den empfehlungen des rates wird aber abbau des sozialstaates gefordert.

7. der svr ist als "olymp der weisen," ueber den ineressen stehend, etabliert worden .ist er es?

8. muss etwas und was muessste veraendert werden?

sehr geehrter Herr Lipp,
fuer die unterstuetzung bedanke ich mich im voraus.
gegen 19.30 uhr erwarte ich heute ihre antwort, wie und wo das interview zustande kommt.
meine telefonnummern im ndr:040 -4134870 oder 4134835.
privat: 04183 -2151.
mit freundlichen gruessen
gez. hans-juergen boerner
panorama-redaktion

B.

FERN SCHREIBEN

An: Statistisches Bundesamt in Wiesbaden - FS-Nr.: 4 186 511 -
zu Hd. Herrn Dr. Ernst Moritz Lipp; Generalsekretär des
Sachverständigenrates zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen
Entwicklung

von: NDR-Fernsehen - Panorama-Redaktion - Hans-Jürgen Börner

16. 12. 1983

bitte gleich auf den Tisch !!!!

Sehr geehrter Herr Dr. Lipp,

zunächst möchte ich mich für Ihre Bemühungen bedanken, für uns einen Interviewpartner zu gewinnen. Mit Bedauern habe ich Ihre Absage zur Kenntnis genommen.

Ich möchte Ihre Gründe der Absage noch einmal schriftlich festhalten. Sie teilten mir mit, daß der SVR einen Beschuß gefaßt habe, wonach kein Interview gegeben werden könne weil

1. Die Fragestellung erkennbar unsachlich sei und
2. die Problematik in 8 Minuten Magazinbeitrag nicht darstellbar sei.
3. Mit Prof. Dr. Hickel führten Sie schon ein Streitgespräch, das brauche aber mindestens eine Dreiviertelstunde.

Sie waren nicht bereit, auf meine Vorschläge einzugehen, sich auf weniger Fragen zu beschränken, aus einer längeren Aufzeichnung einen Teil herauszunehmen, noch die Fragen schriftlich zu beantworten.

Sie sehen sich dazu auch nicht verpflichtet.

Ich hoffe, ich habe Ihre Ablehungsgrundierung richtig wiedergegeben, sollte dies nicht der Fall sein, bitte ich, den Leiter von "Panorama", Herrn Peter Gatter, direkt anzurufen.

Mit Wünschen für ein schönes Wochenende und verbunden mit der Hoffnung, daß es beim nächsten Mal klappt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hans-Jürgen Börner
Panorama-Redaktion

C.

211849b ndrf d
4186511a stb d fs nr. 12 869 19.12.1983 18.20h=

an den
ndr hamburg - fernsehen -
z.h. herr peter gatter
panorama-redaktion

hamburg=

soll ~~xxxxxxxxxx~~ bitte sofort redaktion verstaendigen ~~xxxxxx~~
betr.: panorama-beitrag zu "20 Jahre sachverstaendigenrat"
=====

sehr geehrter herr gatter,

herr dr. lipp, der generalsekretär des sachverstaendigenrates, hat mir mitgeteilt, dass meine ablehnung, an dem genannten magazinbeitrag mitzuwirken, das verstaendnis ihrer mitarbeiter nicht gefunden hat. nun denn. sie haben richtig gefunden, mir fragen uebermitteln zu lassen, die nur jemand ausgedacht haben kann, der die gutachten des sachverstaendigenrates nicht gelesen hat, der sie allenfalls boeswilligem hoerersagen nach kennt. angesichts des vorhabens, zwanzig jahre arbeit des sachverstaendigenrates zu bilanzieren, grenzt dies an unverschämtheit. nach schlechten erfahrungen in der vergangenheit bin ich nicht mehr bereit, durch eigene mitwirkung fernsehbeitraegen den anschein der seriositaet zu verschaffen, deren urheber ein mindestmass an kompetenz und sachlichkeit nicht erwarten lassen. (vergleiche auch mein schreiben an den intendenten des westdeutschen rundfunks vom 25. november 1982 mit kopie an den leiter der redaktion tagesthemen in hamburg).

ahnliches gilt fuer die seltsame idee eines achtminuetigen streitgespraechs mit einem der verfasser der sogenannten alternativ-gutachten, die auf fassung des sachverstaendigenrates und dieser autorengruppe trennen wetten und diese auffassungsunterschiede koennen einem millionenpublikum in einem achtminuetigen streitgespraech unmoeglich vermittelt werden, schon garnicht anhand unsinniger fragen. es gibt ernstzunehmende kritiker des sachverstaendigenrates, auch scharfe ernstzunehmende kritiken. aber ich bin nicht bereit, an der vorstellung mitzuwirken, dass die auffassungen der verfasser der sogenannten alternativ-gutachten, die in der fachwelt weithin als skurril betrachtet werden, frucht sein koennten einer ernstzunehmenden form, national-oekonomie zu treiben, eine solche vorstellung mussen die betreffenden herren durch die qualitaet ihrer gutachten begruenden, und wenn sie sie in der panorama-redaktion schon begruendet haben, so haben sie diese einschaetzung zu verantworten. ich nehme die serioese kritik an unserer arbeit sehr ernst, aber nicht die kritik aus dieser ecke.

ein streitgespraech mit herrn hickey in der von ihnen geplanten art kann nur dazu beitragen, diese unterschiede zu verwischen.

ahnliche, wenn auch im einzelnen nicht notwendigerweise identische gruende haben die uebrigen mitglieder des sachverstaendigenrates veranlasst, eine mitwirkung an dem panorama-beitrag abzulehnen.

mit freundlichen gruessen
gez.: olaf sievert

sachverstaendigenrat zur begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen entwicklung +++

211849b ndrf d
4186511a stb d

Übersicht über Veröffentlichungen von Mitarbeitern/innen der Memorandumgruppe zu einzelnen Themenschwerpunkten

SOZIALPOLITIK

Klaus Hofemann/Gerhard Bäcker, Chancengleichheit durch Sozialgesetze, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 7. Jg., 1976

Klaus Hofemann/Gerhard Bäcker, Entwicklungstendenzen der Ausbildungsförderung, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 24. Jg., 1976

Klaus Hofemann, Ziel- und Erfolgsanalyse sozialer Reformprogramme am Beispiel des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (Bafög), Meisenheim 1977

Gerhard Bäcker, Beschäftigungsprobleme älterer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland - Ausprägungen und Ursachen, in: M. Dieck/G. Naegele (Hrsg.), Sozialpolitik für ältere Menschen, Heidelberg 1978

Gerhard Bäcker, Der ältere Arbeitnehmer auf Arbeitsplatz und Arbeitsmarkt - Ein Beitrag zur Diskussion und Verfestigung von "Problemgruppen", in: Sozialer Fortschritt, Heft 3/4/5/6 1979

Gerhard Bäcker, Entprofessionalisierung und Laisierung sozialer Dienste - richtungsweisende Perspektiven oder konservativer Rückzug?, in: WSI-Mitteilungen 10/1979

Gerhard Bäcker, Wirtschaftskrise und Rentenversicherung - Anmerkungen zu den Finanzierungsproblemen und den Konsolidierungsmaßnahmen in der Gesetzlichen Rentenversicherung, in: Lothar Neumann (Hrsg.), Sozialforschung und soziale Demokratie, Festschrift für Otto Blume, Bonn 1979

Gerhard Bäcker/Werner Elsner, Rentenversicherung in der Krise?, in: Zur Sache, Informationen für Arbeitnehmer, Köln 1979

Klaus Hofemann/Ernst-Ulrich Huster, Präventive Sozialpolitik: Ideologie und Realität, in: WSI-Mitteilungen 10/1979

Gerhard Bäcker, Familienpolitik durch soziale Transfers, in: WSI-Mitteilungen 1/1980

Ernst-Ulrich Huster/Marianne Weg, Sozialer Konflikt und Sozialpolitik, in: Argument Sonderband 51: Sozialliberalismus oder rechter Populismus?, Berlin 1980

Gerhard Bäcker, Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung - zwischen Verharmlosung und Dramatisierung, in: WSI-Mitteilungen 10/1980

Gerhard Bäcker/Reinhard Bispinck/Klaus Hofemann/Gerhard Naegele, Sozialpolitik - Eine problemorientierte Einführung, Köln 1980

Klaus Hofemann, Ein neues Modell für die gesetzliche Rentenversicherung?, in: Soziale Sicherheit 12/1981

Gerhard Bäcker, Probleme älterer Arbeitnehmer - Probleme einer fehlgeleiteten Sozialpolitik?, in: K. Dohse/U. Jürgens/H. Russig (Hrsg.), Ältere Arbeitnehmer zwischen Unternehmensinteressen und Sozialpolitik, Frankfurt 1981

Ernst-Ulrich Huster, Krise der Sozialpolitik - Ausdruck veränderten Wirtschaftswachstums, in: Blätter für Wohlfahrtspflege 3/1982

Wilhelm Adamy/Johannes Steffen, "Wohin gehen wir?" - Unternehmerstrategien in der Sozialpolitik, in: Soziale Sicherheit 5/1982

Wilhelm Adamy, Sparpolitik und Finanzierungsprobleme in der Rentenversicherung, in: Wirtschaftsdienst 6/1982

Wilhelm Adamy/Johannes Steffen, Auf dem Abstellgleis - Rentner, Arbeitslose, Kranke, in: Der Gewerkschafter 7-8/1982

Angelina Sörgel, Sozialpolitik in der Wirtschaftskrise - Krise der Sozialpolitik, in: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.), Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 5, Frankfurt 1982

Wilhelm Adamy/Johannes Steffen, Finanzierungsprobleme der Sozialversicherung in der Wirtschaftskrise, in: Sozialer Fortschritt 9/1982

Gerhard Bäcker, Die Entwicklung der Alterssicherung: Auf dem Weg zur Aushöhlung des Sozialstaates - Hintergründe und Folgen der Finanzkrise in der Rentenversicherung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 11/1982

Ernst-Ulrich Huster, Krankenversorgung und Gesundheitssicherung - Perspektiven der Gesundheitspolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 11/1982

Wilhelm Adamy/Johannes Steffen, Konservative Sanierungsstrategien in der Sozialpolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 11/1982

Klaus Hofemann, Weichenstellung in der Sozialpolitik - Alternativen zur Privatisierung des Sozialstaates, in: Soziale Sicherheit 12/1982

Wilhelm Adamy/Johannes Steffen, Gesundheitspolitisches Programm der CDA - Atempause für die Kranken, in: Der Gewerkschafter 1/1983

Klaus Hofemann/Bodo Scharf, Gesundheitspolitik mit sozialen Risiken, in: Soziale Sicherheit 1/1983

Wilhelm Adamy/Otto Blume/Johannes Steffen, Werkstätten für Behinderte - Therapeutischer Anspruch und ökonomischer Leistungzwang, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 22/1983

Klaus Hofemann, Die aktuellen Vertragsverhandlungen zwischen der Ärzte- und Zahnärzteschaft und den Krankenkassen - zur Einkommenssituation von Ärzten und Zahnärzten, in: Soziale Sicherheit 5/1983

Ernst-Ulrich Huster, Die nützliche Armut - Aktive Beschäftigungspolitik oder Sozialabbau, in: Sozialmagazin, Die Zeitschrift für soziale Arbeit, Juni 1983

Klaus Hofemann, Kampagne gegen "fremde" Leistungen - zur Diskussion um die sogenannten versicherungsfreien Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung, in: Angestellten-Magazin 6/1983

Klaus Hofemann/Bodo Scharf, Verschärfter Wettbewerb oder gestärkte Solidarität - eine kritische Auseinandersetzung mit den Strukturpapieren der Spaltenverbände der sozialen Krankenversicherung, in: Soziale Sicherheit 7/1983

Klaus Reinhart, Wer hat, dem wird gegeben... Zur Sozialpolitik der Bundesregierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1983

Ernst-Ulrich Huster, Gesellschaftliche Prioritäten und Strukturreformen in der Sozialpolitik, Thesen, vorgetragen auf der Tagung der Evangelischen Akademie in Loccum über "Sozialpolitik ohne Wachstum - Zur Zukunft der sozialen Sicherung" vom 9.-11.5. 83, abgedruckt in Loccumer Protokolle 1983

Reinhard Bisping, "Wir wollen die Gesellschaft mit menschlichem Gesicht" - Zur Politik des Sozialabbaus der Rechtskoalition, in: Die Mitbestimmung 10/1983

Ernst-Ulrich Huster, Wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Arbeit in sozialen Brennpunkten, in: Jugendwohl, hrsg. vom Deutschen Caritasverband, 11/1983

Klaus Hofemann, Kritik am Sozialstaat, in: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium, Heft 2/1983

Gerhard Bäcker, Ehrenamtliche Dienste - Probleme aus sozialpolitischer Sicht, in: R. Schmidt (Hrsg.), Ehrenamtliche Dienste in der Altenhilfe, Ein Reader, Deutsches Zentrum für Altersfragen, Beiträge zur Gerontologie und Altenarbeit, Berlin 1983

ARBEITSMARKTPOLITIK - ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Jan Prieve, Die beschäftigungstheoretischen und -politischen Konzeptionen des Sachverständigenrates in seinem Jahresgutachten 1975/76, in: WSI-Mitteilungen 9/1976; wieder abgedruckt in: H.Seifert/D.B.Simmert (Hrsg.), Arbeitsmarktpolitik in der Krise, Köln 1977

Karl Georg Zinn (Hrsg.), Strategien gegen die Arbeitslosigkeit - Analysen zur wirtschaftlichen Fehlentwicklung und wirtschaftspolitische Handlungsvorschläge, Frankfurt/Köln 1977

Jan Prieve, Neoklassische und keynesianische Theorien der Beschäftigung, in: H. Markmann/D.B.Simmert (Hrsg.), Krise der Wirtschaftspolitik, Köln 1978

Reinhard Bispinck/Klaus Hofemann, Theoretische und empirische Defizite der "Theorie der strukturierten Arbeitslosigkeit", in: Sozialer Fortschritt, 27. Jg., 1978

Jan Prieve, Zur Kritik neoklassischer Arbeitsmarkttheorien, in: Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie, Opladen 1978

Gerhard Bosch, Arbeitsplatzverlust - Die sozialen Folgen einer Betriebsstilllegung, Frankfurt/New York 1978

Jan Prieve, Beschäftigungspolitik durch Arbeitszeitverkürzung? Ein Literaturbericht, in: Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie, Opladen 1978

Klaus Hofemann, Die Wirksamkeit der Arbeitsmarktpolitik für die Begrenzung des Beschäftigungsrisikos, in: Soziale Sicherheit, 28. Jg., 1979

Thomas Friess/Michael Schwarz, Wirkungen von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen für ältere Arbeitnehmer unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitszeitverkürzung, in: Beiträge aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB), Nr. 51, Nürnberg 1980

Klaus Hofemann/Renate Schmitt, Arbeitsmarktsegmentation - die Karriere eines Konzeptes, in: WSI-Mitteilungen 1/1980

Gerhard Bosch, Betriebliche Arbeitsmärkte und öffentliche Beschäftigungspolitik, in: WSI-Mitteilungen 10/1980

Jan Prieve, Strategien gegen Arbeitslosigkeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1980

Gerhard Bosch, Das arbeitspolitische Sonderprogramm der Bundesregierung von 1979, in: Soziale Sicherheit 3/1981

Gerhard Bäcker, Teilzeitarbeit und individuelle Arbeitszeitflexibilisierung - Festschreibung der Benachteiligung von Frauen in Beruf und Familie, in: WSI-Mitteilungen 4/1981

Karl Georg Zinn, Beschäftigungspolitik auf dem Rückzug, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/1981

Gerhard Bäcker/Gerhard Naegele, Arbeitsmarkt, Altersgrenze und die Ausgliederung älterer Arbeitnehmer - Einige Anmerkungen zur Forderung nach einer weiteren Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze, in: WSI-Mitteilungen 11/1981

Gerhard Bosch, Zur Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik, in: WSI-Mitteilungen 11/1981

Gerhard Bosch, Weiterbildung - neues Aufgabenfeld der Interessenvertretung, in: Das Mitbestimmungsgespräch 11/1981

Karl Krahn/Michael Schwarz, Beschäftigungswirkungen von Maßnahmen zur Humanisierung des Arbeitslebens - Analyse von ausgewählten Bedingungen bei HdA-Projekten, Frankfurt/New York 1982

Gerhard Bosch, Job-sharing - Vorteile für den Arbeitnehmer? Ein Kommentar aus gewerkschaftlicher Sicht, in: Die Betriebswirtschaft 1982

Gerhard Bäcker/Hartmut Seifert, Arbeitszeitpolitische Kontroverse: Individuelle Flexibilität oder tarifvertragliches Regelsystem?, in: C. Offe u.a. (Hrsg.), Arbeitszeitpolitik, Formen und Folgen einer Neuverteilung der Arbeitszeit, Frankfurt/New York 1982

Gerhard Bosch/Rainer Lichte, Zur Funktionsweise informeller Senioritätssysteme, in: K. Dohse u.a. (Hrsg.), Statussicherung im Industriebetrieb, Frankfurt/New York 1982

Gerhard Bosch/Jan Priebe, Perspektiven und Handlungsspielräume der Arbeitsmarktpolitik, in: WSI-Mitteilungen 2/1982

Gerhard Bosch/Hartmut Seifert, Arbeitsmarktpolitik und gewerkschaftliche Interessenvertretung, in: WSI-Mitteilungen 2/1982

Gerhard Bäcker/Hartmut Seifert, Arbeitszeitverkürzung durch individuelle Flexibilität oder tarifvertragliches Regelsystem?, in: WSI-Mitteilungen 2/1982

Gerhard Bosch, Personalplanung aus der Sicht der Gewerkschaften, in: Personal, Mensch und Arbeit 3/1982

Gerhard Bosch, Arbeitszeit und Rationalisierung, in: WSI-Mitteilungen 4/1983

Karl Krahn/Michael Schwarz, Zum Zusammenhang von betrieblichen Humanisierungsvorhaben und Beschäftigungswirkungen, in: WSI-Mitteilungen 6/1982

WSI-Projektgruppe Humanisierung der Arbeit (Reinhard Bispinck/Brigitte Stahn-Willich), Informationspaket Flexible Arbeitszeiten, Düsseldorf 1982

Michael Schwarz/Thomas Friess/Jürgen Ulber/Johann Frerichs/Karl Krahn, Job-sharing - ein Modell "Neuer Arbeitszeitpolitik?", in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/1982

Wilhelm Adamy/Johannes Steffen, "Arbeitsmarktpolitik" in der Depression - Sanierungsstrategien in der Arbeitslosenversicherung 1927 - 1933, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 3/ 1982

Gerhard Bosch, Personalplanung und die Folgen ihres Einsatzes, in: Mehrwert, Heft 23

Michael Schwarz, Forderungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer - Zu unterschiedlichen Ansätzen, ihren Auswirkungen und Durchsetzungsproblemen, Institut zur Erforschung sozialer Chancen, Arbeitsmaterialien Nr. 3, Köln 1982

Gerhard Bäcker/Gerhard Naegele, Früher in den Ruhestand - aber wie? Sozial- und arbeitsmarktpolitische Aspekte einer weiteren Absenkung der Altersgrenze, in: Sozialer Fortschritt 2/3/4/1983

Gerhard Bäcker, Neue Arbeitszeitsysteme: Jedem seine individuelle Arbeitszeit?, in: Frauen und Arbeit 11/12/1983

Wilhelm Adamy/Johannes Steffen, Ist Bonn Weimar? Vergleich der Arbeitsmarktpolitik damals - heute, in: Zeitschrift für Sozialreform 7/1983

Gerhard Bosch, Arbeitsmarktbeitrag: Für eine gerechtere Verteilung der Lasten in der Arbeitsmarktpolitik, in: WSI-Mitteilungen 8/1983

Gerhard Bäcker, Teilzeitarbeit und andere flexible Arbeitszeitsysteme - Hintergründe und Bewertungen aus gewerkschaftlicher Sicht, in: Sonderinformationen des Bundesfrauensekretariats der Gewerkschaft ÖTV, Stuttgart 1983

Reinhard Bispinck/Roland Schneider, Arbeitszeitverkürzung und Humanisierung der Arbeit, in: WSI-Arbeitsmaterialien "Arbeitszeitverkürzung", Düsseldorf 1983

Gerhard Bäcker, Arbeitszeitverkürzung und Gestaltung von Lebensbedürfnissen, in: WSI-Arbeitsmaterialien "Arbeitszeitverkürzung", Düsseldorf 1983

Gerhard Bosch, Arbeitszeitverkürzung und betriebliche Umsetzung, in: WSI-Arbeitsmaterialien "Arbeitszeitverkürzung", Düsseldorf 1983

Gerhard Bosch, Perspektiven der Arbeitszeitverkürzung, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, Nr. 67/68 1983

- Gerhard Bäcker, Stichwörter 'Arbeitspausen', 'Erholzeiten', 'Gleitzeit', 'Teilzeitarbeit', in: Bundesanstalt für Arbeitsschutz (Hrsg.), *Wörterbuch zur Humanisierung der Arbeit*, Bremerhaven 1983
- Reinhard Bispinck, Probleme gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik, in: *Sozialer Fortschritt* 9/1983
- Gerhard Bäcker, 35-Stunden sind genug!, in: *Soziale Sicherheit* 9/1983
- Gerhard Bäcker/Reinhard Bispinck, Flexibilisierung der Arbeitszeit, in: *spw - Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft*, Heft 20, 1983
- Marianne Weg, *Mehr Chancen für Frauen im Beruf durch Teilzeitarbeit und Arbeitszeitflexibilisierung?*, in: Ch. Mayer/H. Krüger/U. Rabe-Kleberg/I. Schütte (Hrsg.), *Mädchen - Beruf und Biographie*, München 1983
- Gerhard Bäcker, Individuelle flexible Arbeitszeit - Schritt in die richtige Richtung?, in: *Stimme der Arbeit* 4/1983
- Gerhard Bosch/Heribert Kohl, Unternehmensplanung und Betriebsrat, in: E. Kappler u.a., *Entscheidungen für die Zukunft - Instrumente und Methoden der Unternehmensplanung*, hrsg. von der FAZ, Frankfurt 1983
- Rudolf Hickel, 35 Stunden sind genug, in: *Sozialismus* 10/1983
- Gerhard Bäcker/Erich Ott, Arbeitszeit, in: *Bundesanstalt für Arbeitsschutz (Hrsg.), Handwörterbuch zur Humanisierung der Arbeit*, Bremerhaven 1984
- Gerhard Bosch/Hartmut Seifert/Bernd-Georg Spies, *Arbeitsmarktpolitik und gewerkschaftliche Interessenvertretung*, Köln 1984
- Jan Priewe, *Zur Kritik konkurrierender Arbeitsmarkt- und Beschäftigungstheorien und ihrer politischen Implikationen*, Frankfurt/Bern/Nancy/New York 1984
- Gerhard Bäcker/Brigitte Stahn-Willig, 35 Stunden sind immer noch zuviel - Arbeitszeitverkürzung im Lebenszusammenhang erwerbstätiger Frauen, in: *WSI-Mitteilungen* 1/1984
- Gerhard Bosch, *Arbeitszeitverkürzung: Quantitative und qualitative Aspekte des technischen Wandels*, in: Heinz Janßen, *Perspektiven der Arbeitszeitverkürzung*, Köln 1984
- Udo Achten unter Mitarbeit von Gerhard Bäcker und Reinhard Bispinck, *Mehr Zeit zum Leben - Die Geschichte der Arbeitszeitverkürzung*, Köln 1984
- Gerhard Bosch, *Zur Umsetzung von Arbeitszeitverkürzung im Betrieb*, in: *Die Mitbestimmung* 1/1984
- Gerhard Bäcker/Reinhard Bispinck, *35-Stunden-Woche: Ein Argumentationsleitfaden*, Berlin 1984

Nachfolgende Materialien können über das

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB/WSI
Postfach 30 02 15, 4000 Düsseldorf 30

bestellt werden:

- WSI-Arbeitsmaterialien (Nr. 1) „Arbeitszeitverkürzung“, 160 S., 5,— DM
WSI-Arbeitsmaterialien (Nr. 2) „Krankenstand — Krankfeiern oder krank durch Arbeit?“ 100 S., 8,— DM
WSI-Arbeitsmaterialien (Nr. 3) „Die Eigenkapitalquote der Deutschen Unternehmen.“ 92 S., 10,— DM
WSI-Informationsdienst zur Humanisierung der Arbeit (regelmäßig alle drei Monate, kostenlos)
HdA-Extra-Info 1 „Soziale Folgen der Mikroelektronik“, 135 S., 10,— DM
HdA-Extra-Info 2 „Gesundheitsgefährdung durch Großraumbüros“, kostenlos
HdA-Extra-Info 3 „IG Metall-Lohnrahmentarifvertrag für Südwürttemberg/Hohenzollern und Südbaden“, — Entwurf kostenlos
HdA-Extra-Info 4 „Krankenstand — Krankfeiern oder krank durch Arbeit?“ (Kurzfassung der o. g. WSI-Materialien), kostenlos
HdA-Extra-Info 5 „IG Metall: Erster einheitlicher Entgelttarifvertrag“, kostenlos
HdA-Extra-Info 6 „Arbeit macht krank“, 230 S., 10,— DM
WSI-Informationspaket „Bildschirmarbeit“, 300 S., 25,— DM
WSI-Informationspaket „Textverarbeitung“, 120 S., 15,— DM
WSI-Informationspaket „Neue Formen der Arbeitsorganisation“, 350 S., 25,— DM
WSI-Informationspaket „Flexible Arbeitszeiten“, 280 S., 20,— DM
WSI-Informationspaket „Industrieroboter“, 260 S., 20,— DM

Herbert Schui

Wirtschaftspolitik in der Krise

Ursachen der Stagnation
Unternehmerstrategien
Alternativen



DEUTSCHER
VERLAG

Distel 4
Heftie 4

Herbert Schui
Wirtschaftspolitik in der Krise

Krisen gehören zum Kapitalismus. Warum?
Die Entwicklung in der Bundesrepublik seit 1975.
Unternehmerstrategien, die Krise zu meistern:
Die Wirtschaftspolitik
Im Interesse der Bevölkerung: Die Krise lösen
durch mehr Demokratie

Distel Hefte 4
ISBN 3-923208-03-0
87 Seiten, kartonierte, DM 9,80

Distel-Verlag, Sonnengasse 9
7100 Heilbronn

Bei Bestellungen von wenigstens 10 Exemplaren direkt ab
Verlag werden 30 % Rabatt gewährt.

Priewe, Jan

ZUR KRITIK KONKURRIERENDER ARBEITSMARKT- UND BESCHÄFTIGUNGSTHEORIEN UND IHRER POLITISCHEN IMPLIKATIONEN

Ansatzpunkte für eine Neuorientierung einer Theorie der Arbeitslosigkeit

Frankfurt/M., Bern, Nancy, New York, 1984. ca. 378 S.
Europäische Hochschulschriften: Reihe 5, Volks- und Betriebswirtschaft. Bd. 501
ISBN 3-8204-8033-1 br. / ca. sFr. 74.-

Zunächst wird die Erklärungskraft der drei vorherrschenden arbeitsmarkttheoretischen Paradigmen (Neoklassik, Segmentationstheorien, keynesianische Theorien) in bezug auf die unterschiedlichen Formen von Arbeitslosigkeit analysiert. Ausgehend von einer Kritik dieser Paradigmen werden Ansatzpunkte einer sozialwissenschaftlich ausgerichteten Strukturtheorie des Arbeitsmarktes dargelegt, die eine ursachenorientierte Typologie von Arbeitslosigkeit ermöglichen. Sodann werden die Einflüsse von Lohnflexibilität einerseits und Unternehmenskonzentration andererseits auf die verschiedenen Arbeitslosigkeitstypen untersucht. Schliesslich werden daraus differenzierte beschäftigungspolitische Schlussfolgerungen abgeleitet.

Aus dem Inhalt: u.a. Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit in der Neoklassik, in den Segmentationstheorien und in keynesianischen Beschäftigungstheorien – Sozialökonomische Theorie des Arbeitsmarktes – Typisierung von Arbeitslosigkeit.

Wirtschaftspolitik in der Krise

Schafft Lohnverzicht mehr Arbeitsplätze, bedeuten höhere Gewinne mehr Investitionen und sichern damit die Arbeitsplätze von übermorgen und leben wir über unsere Verhältnisse, wie uns von Unternehmenseite eingeredet werden soll?

Der Autor setzt sich mit diesen Ideologien auseinander und legt dar, warum Krisen zum Kapitalismus gehören, weshalb Arbeitslosigkeit und Stagnation sich zwangsläufig aus den Funktionsprinzipien einer profitgesteuerten Wirtschaft ergeben müssen und warum Lohnverzicht die Krise nur vertieft, die Arbeitslosigkeit steigen lässt.

Der Autor zeigt weiter auf, daß die Strategie der Unternehmer nicht nur darauf abzielt, schlechte Zeiten möglichst ungeschoren zu überdauern: Die Krise soll positiv genutzt werden, um die Gewerkschaften zu schwächen, die Sozialgesetzgebung zurückzuverdrehen. Die Krise soll der weiteren Konzentration und der internationalen Expansion dienen. Dies bedeutet auch Rüstung, die sich gegen all jene Länder und politischen Bewegungen richten muß, die dieser internationalen Expansion entgegenstehen, und all dies kann nur ins Werk gesetzt werden, wenn die radikale Minderheit der Großkonzerne den Staat für seine Zwecke einspannt. Die vorliegende Schrift möchte über solche ökonomischen und politischen Zusammenhänge einen Überblick vermitteln und demokratische Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.

Herbert Schui, insbesondere bekannt durch seine Mitarbeit in der Gruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik“ ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg.

Verlag Peter Lang AG
Postfach 277
CH-3000 Bern 15

Boni, Manfred

PRODUKTIVITÄT UND ARBEITSLOSIGKEIT

Die Marxsche Akkumulationstheorie und die Arbeitsmarktforschung

Frankfurt/M., Bern, Nancy, New York, 1984. 100 S.

Europäische Hochschulschriften: Reihe 22, Soziologie. Bd. 82

ISBN 3-8204-5123-4

br. sFr. 25.-

Die Marxsche Akkumulationstheorie wird als Theorie der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungsentwicklung rekonstruiert, und zwar von ihrem, die Möglichkeit geschichtlichen Fortschritts der Gesellschaft beinhaltenden Standpunkt aus, der Produktivkraftentwicklung. Jedoch fallen geschichtlicher Fortschritt und Produktivkraftentwicklung nicht zusammen, im Gegenteil begründet die Form der Produktivkraftentwicklung die Tendenz zur gesellschaftlichen Krise. Marx' Darstellung des Zusammenhangs von Kapitalakkumulation, Reallohnentwicklung und Beschäftigung gibt ein Paradigma ab, das für die Arbeitsmarktforschung fruchtbare gemacht werden sollte, einmal, um Defizite der herrschenden Modelle zu überwinden, zum anderen aber auch, um der Marxschen Theorie die Möglichkeit zu geben, ihre paradigmatische Qualität zu beweisen.

Aus dem Inhalt: 1. Gesellschaftliche Arbeit und die Möglichkeit geschichtlichen Fortschritts – 2. Die Wachstumsdynamik des Kapitals und seine immanente Grenze – 3. Arbeitslosigkeit und Akkumulationstheorie – 4. Kapitalakkumulation, Reallohnentwicklung und Arbeitslosigkeit – 5. Die Marxsche Theorie und die Paradigmen der Arbeitsmarktforschung.

Verlag Peter Lang AG
Postfach 277
CH-3000 Bern 15

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik – Postfach 33 04 47 – 2800 Bremen 33

MEMO-FORUM Nr. 1

aus dem Inhalt:

Zusammenhänge, die für die Diskussion der Arbeitszeitverkürzung relevant sind (Hickel); Haushaltsoperation '84 (Troost); Wie Armut produziert wird (Adamy/Steffen); Xenofinanzmärkte, Zinsentwicklung und internationale Finanzkrise (Roth); Diskussionsforum: Memorandum und Frauen (Weg); Anmerkungen zur Orientierung der Memoranden auf Wachstum und staatliche Politik (Ernst-Pörksen); Überlegungen zur Vergesellschaftung von Krisenbranchen (Heseler);

Tagungsberichte; Veröffentlichungsübersicht (Kommunale Finanzpolitik, Wohnungsbau - Frauen - Staatsverschuldung, Geld- und Kreditpolitik);

Stellungnahme der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik zum Fragenkatalog der Öffentlichen Anhörung des Haushaltsschusses des Deutschen Bundestages

Ich bitte um die Zusendung von

.... Exemplare des MEMO-FORUM Nr. 1

.... Exemplare des MEMO-FORUM Nr. 2

Ich bitte um die ständige Zusendung des MEMO-FORUM ab Nr. 3

Einzelpreis jeweils DM 3.-; ab 10 Exemplaren DM 2.-

.....
Name

.....
Anschrift

MEMORANDUM '83

**Qualitatives Wachstum
Arbeitszeitverkürzung
Vergesellschaftung –**

**Alternativen
zu Unternehmerstaat
und Krisenpolitik**

Mit den Sonderbeiträgen

35 Stunden Arbeit sind genug!

**Abbau der Massenarbeitslosigkeit
und Verbesserung der Arbeits- und
Lebensbedingungen durch
Arbeitszeitverkürzung**

Alternativen der Kommunalpolitik

**Sicherung von Finanzstärke
gegen autoritäre Konsolidierungspolitik
und Sozialabbau**

Pahl-Rugenstein Verlag · Köln

Kleine Bibliothek 285, DM 19,80

35 Stunden sind genug! E12

**35
Stunden
sind
genug!**

**Alternativen der Massenarbeitslosigkeit
und Verbesserung der Arbeits- und
Lebensbedingungen durch
Arbeitszeitverkürzung**

**Pahl
Rugenstein**

**Kleine
Bibliothek**

**„35 Stunden sind genug“.
Arbeitsgruppe „Alternative
Wirtschaftspolitik“ 104 Seiten.
Erschienen im Pahl-Rugenstein
Verlag (Köln), Reihe „Kleine
Bibliothek“, Nr. 315. DM 5,-.**

Aus dem Inhalt:

Die Begründung für die Arbeitszeitverkürzung – Ohne forcierte Arbeitszeitverkürzung droht eine beschäftigungspolitische Katastrophe – Formen und Trends der Arbeitszeitverkürzung – Flexibilisierung der Arbeitszeit als Mittel zur Arbeitsmarktentlastung? – Die Perspektive: Tarifliche und gesetzliche Absicherung von flexiblen Arbeitszeiten nach den Bedürfnissen der Arbeitnehmer – Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch Herabsetzung der Altersgrenze – Die Beschäftigungseffekte einer Vorrerlegung des Ruhestandsalters – Das Modell der Tarifrente – Wochenarbeitszeitverkürzung: Die 35-Stunden-Woche ist notwendig und machbar – Läßt sich die Wochenarbeitszeitverkürzung finanzieren?

VSA

Walter Gruber/
Peter Sörgel (Hrsg.)

Stahl ^{ohne} Zukunft ?

Der Überlebenskampf in den Revieren
264 Seiten; DM 16,80

In diesem Buch wird gezeigt, was Leben und Arbeiten in den Stahlhütten bedeutet - für die Menschen wie für die Region. "Ende der Stahlzeit ?" dokumentiert in Wort und Bild, warum Arbeiter für Arbeitsplätze kämpfen, die zeit ihres Lebens mühselig und gesundheitsgefährdend gewesen sind. Die Betroffenen selbst berichten, was es für sie und ihre Familien heißt, wenn es statt Arbeit nur noch "Sozialpläne" gibt.

Hans Ziegenfuß/Heiner Heseler/
Hans Jürgen Kröger (Hrsg.)

**»Wer kämpft, kann verlieren,
wer nicht kämpft, hat schon verloren«**

**Tagebuch der Werftbesetzung
auf der AG »Weser« im September '83.**

Die Kolleginnen und Kollegen berichten über die Erfahrungen,
die Solidarität der Bremer Bevölkerung
und das Arbeiten, Wohnen und Leben in Gröpelingen.

264 Seiten (mit vielen Fotos); DM 16,80

In jeder Buchhandlung oder direkt bei
VSA-Verlag, Postfach 50 15 71
D-2000 Hamburg 50
Stresemannstr. 384 a, Telefon (040) 899 25 61